

# Kurzschriftlicher Bericht

## 15. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 3. März 2005

---

### Inhalt:

#### **Fragestunde:**

L-8067/1-XXVI: Anfrage des Abg. Hüttmayr an Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 5)

L-8068/1-XXVI: Anfrage der Abg. Dr. Röper-Kelmayr an Landesrat Anschober (Seite 9)

L-8069/1-XXVI: Anfrage des Abg. Hirz an Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 12)

L-8070/1-XXVI: Anfrage der Abg. Präsidentin Eisenriegler an Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 15)

L-8071/1-XXVI: Anfrage des Abg. Ing. Aspöck an Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl (Seite 16)

L-8072/1-XXVI: Anfrage des Abg. Dr. Brunmair an Landesrätin Dr. Stöger (Seite 18)

L-8073/1-XXVI: Anfrage der Abg. Moser an Landesrat Ackerl (Seite 21)

L-8074/1-XXVI: Anfrage des Abg. Ing. Öller an Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl (Seite 24)

L-8075/1-XXVI: Anfrage des Abg. Makor-Winkelbauer an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 25)

#### **Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 27)**

#### **Dringlichkeitsanträge:**

Beilage 455/2005: Initiativantrag betreffend die Ablehnung der Schließung von Bezirksgerichten.

Redner/innen: Abg. Bauer (Seite 29)  
Abg. Bernhofer (Seite 30)  
Abg. Trübswasser (Seite 31)  
Abg. Dr. Brunmair (Seite 31)

Beilage 456/2005: Initiativantrag betreffend Errichtung einer Hochschule für Pädagogische Berufe unter Trägerschaft des Bundes in Linz.

Redner/innen: Abg. Eidenberger (Seite 32)  
Abg. Mag. Stelzer (Seite 34)  
Abg. Hirz (Seite 35)  
Abg. Moser (Seite 36)

Beilage 457/2005: Initiativantrag betreffend Geistes- und Sprachwissenschaftliche Fakultät an der Linzer Johannes Kepler Universität.

Redner/innen: Abg. Dr. Röper-Kelmayr (Seite 37)  
Abg. Mag. Strugl (Seite 38)  
Abg. Hirz (Seite 39)  
Abg. Moser (Seite 40)

Beilage 458/2005: Initiativantrag betreffend ein Ausbildungsmodell für Jugendliche.

Redner/innen: Abg. Affenzeller (Seite 41)  
Abg. Weinberger (Seite 43)  
Abg. Schwarz (Seite 44)  
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 46)

Beilage 459/2005: Initiativantrag betreffend Erweiterung der Richtlinien für die Gewährung eines Beitrages bei Beschaffung von Wohnungen und Eigenheimen.

Redner/innen: Abg. Mag. Chansri (Seite 47)  
Abg. Weixelbaumer (Seite 48)  
Abg. Wageneder (Seite 49)  
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 49)

#### **Geschäftsantrag:**

Beilage 453/2005: Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltung betreffend das Landesgesetz über das Verbot der Diskriminierung auf Grund der rassischen oder ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (Oö. Antidiskriminierungsgesetz - Oö. ADG).

Redner: Abg. Trübswasser (Seite 50)

#### **Aktuelle Stunde** über das Thema:

"Wirtschaftsstandort Oberösterreich - Zukunftsstrategien für Wachstum und Beschäftigung"

Redner/innen: Abg. Mag. Strugl (Seite 52)  
Abg. Dr. Frais (Seite 55)  
Abg. Trübswasser (Seite 59)  
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 60)  
Abg. Hirz (Seite 62)  
Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 63)  
Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 65)  
Abg. Schwarz (Seite 69)  
Landesrat Anschober (Seite 70)  
Abg. Ing. Aspöck (Seite 71)  
Abg. Moser (Seite 72)  
Landesrat Dr. Stockinger (Seite 73)  
Landesrat Sigl (Seite 73)

#### **Geschäftsanträge:**

Beilage 454/2005: Initiativantrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich.

Redner/innen: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 74)  
Abg. Schwarz (Seite 75)

Beilage 460/2005: Initiativantrag betreffend eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik.

Redner/innen: Abg. Mag. Jahn (Seite 76)  
Abg. Mag. Strugl (Seite 78)  
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 79)

### **Verhandlungsgegenstände:**

Beilage 454/2005: Initiativantrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich.

Berichterstatter: Abg. Mag. Strugl (Seite 80)

Beilage 460/2005: Initiativantrag betreffend eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik.

Berichterstatterin: Abg. Mag. Jahn (Seite 80)

Gemeinsame Wechselrede über die Beilage 454/2005 und Beilage 460/2005:

Redner: Abg. Schenner (Seite 81)  
Abg. Dr. Brunmair (Seite 82)

### **Ersatzwahlen in die Ausschüsse**

#### **Verhandlungsgegenstände:**

Beilage 446/2005: Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamtengesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Gehaltsgesetz 2001, das Oö. Landes-Gehaltsgesetz, das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Oö. Mutterschutzgesetz, das Oö. Karenzurlaubsgeldgesetz 2000, die Oö. Landes-Reisegebührevorschrift, das Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbeamte, das Oö. Landesbediensteten-Schutzgesetz 1998 und das Oö. Landesbediensteten-Zuweisungsgesetz geändert werden (Oö. Dienstrechtsänderungsgesetz 2005 - Oö. DRÄG 2005).

Berichterstatter: Abg. Stanek (Seite 83)

Redner/innen: Abg. Stanek (Seite 84)  
Abg. Kapeller (Seite 85)  
Abg. Trübswasser (Seite 86)  
Abg. Schenner (Seite 88)  
Abg. Moser (Seite 88)

Beilage 447/2005: Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten.

Berichterstatter: Abg. Weinberger (Seite 89)

Redner: Abg. Weinberger (Seite 90)

Beilage 453/2005: Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltung betreffend das Landesgesetz über das Verbot der Diskriminierung auf Grund der rassischen oder ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (Oö. Antidiskriminierungsgesetz - Oö. ADG).

Berichterstatterin: Abg. Präsidentin Orthner (Seite 90)

Redner/innen: Abg. Präsidentin Orthner (Seite 91)  
Abg. Präsidentin Weichsler (Seite 92)  
Abg. Trübswasser (Seite 93)  
Abg. Moser (Seite 94)  
Abg. Mag. Chansri (Seite 95)  
Abg. Schwarz (Seite 96)

**Geschäftsanträge:**

Beilage 463/2005: Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Klubobmann Mag. Günther Steinkellner betreffend eine Fristsetzung zur Beilage 123/2004 – Initiativantrag betreffend eine Starthilfe für die erste eigene Wohnung.

Redner: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 97)

Beilage 473/2005: Geschäftsantrag des unterzeichneten Abgeordneten der Grünen im Oö. Landtag Gottfried Hirz betreffend Fristsetzung zur Beilage 456/2005 (Initiativantrag betreffend Errichtung einer Hochschule für Pädagogische Berufe unter Trägerschaft des Bundes in Linz).

Redner: Abg. Hirz (Seite 97)

Beilage 461/2005: Initiativantrag betreffend die Einsetzung einer Untersuchungskommission.

Redner: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 98)  
Abg. Trübswasser (Seite 99)  
Abg. Dr. Aichinger (Seite 100)  
Abg. Dr. Frais (Seite 101)

**Vorsitz:** Erste Präsidentin Orthner  
Zweite Präsidentin Weichsler  
Dritte Präsidentin Eisenriegler

**Schriftführer:** Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

**Anwesend:**

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider und Hiesl, die Landesräte Ackerl, Anschöber, Dr. Kepplinger, Sigl, Dr. Stockinger und Dr. Stöger

Die Mitglieder des Landtags

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Hörtenhuber

Amtsschriftführer: HR Dr. Grabensteiner

(Beginn der Sitzung: 10.07 Uhr)

**Erste Präsidentin:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen. Ich eröffne die 15. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags in dieser Legislaturperiode. Ich begrüße alle Damen und Herren hier im Sitzungssaal, alle Damen und Herren auf der Zuhörer- und Zuschauergalerie. Im Besonderen begrüße ich heute den Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, der gestern vor 10 Jahren vom Oberösterreichischen Landtag angelobt wurde, der sein zehnjähriges Jubiläum feiert und dem ich dazu herzlich gratuliere und alles Gute wünsche. (Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider müssen wir auch die heutige Sitzung mit einer Gedenkminute an einen verstorbenen Abgeordneten beginnen. Ich bitte Sie sich von den Sitzen zu erheben. Am 20. Februar ist nach einer langen schweren Krankheit Herr Josef Katzenhofer, der in den Jahren 1961 bis 1967 Abgeordneter im Oberösterreichischen Landtag gewesen ist, gestorben. Seit 1945 war Josef Katzenhofer Mitglied der sozialdemokratischen Partei und von Beginn an aktiv in der Kommunalpolitik tätig. Von 1955 bis 1979 war er zuerst Gemeinderat, dann Stadtrat in Vöcklabruck, was eben von Seiten der Stadtgemeinde Vöcklabruck auch dazu geführt hat, ihm als ersten Bürger 1980 den Ehrenring zu verleihen.

In seiner Funktion hat sich Herr Landtagsabgeordneter Katzenhofer engagiert im Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten, im Sozialausschuss, im Finanzausschuss, im Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss. Und er hat einen besonderen Leitsatz gehabt, der in den ersten Jahren nach dem Krieg genauso gültig ist wie heute. Er meinte oft, man muss die Menschen gern haben, wenn man in die Politik gehen will. Er lebte mit diesem Leitsatz in seiner jahrzehntelangen politischen Tätigkeit. Josef Katzenhofer wurde 81 Jahre alt. Wir wollen ihm ein ehrendes Gedenken halten. Ich danke Ihnen.

Die amtliche Niederschrift über die letzte, also die 14. Sitzung des Landtages liegt in der Zeit vom 4. bis 18. März in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf und das Protokoll über die 13. Sitzung finden Sie entweder auf Ihren Plätzen, oder wenn Sie sich dazu entschlossen haben es nur mehr elektronisch zu bekommen, in Ihrem Computer.

Wir beginnen die Sitzung mit einer Fragestunde. Eine Zusammenfassung aller Anfragen haben Sie auf Ihren Plätzen. Ich beginne mit der Anfrage des Herrn Abgeordneten Anton Hüttmayr an den Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Erich Haider.

Abg. **Hüttmayr:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Eingangs möchte ich mein Mitgefühl für die Verkehrstoten ausdrücken, gerade der gestrigen. Im Jahr 2004 sind im Verkehr in Österreich 876 Menschen tödlich verunglückt. In Oberösterreich sank die Zahl der Toten von 174 im Jahr 2003 auf 153. Dies ist zwar erfreulich, doch liegt Oberösterreich im Bundesländervergleich hinter Niederösterreich nach wie vor an trauriger zweiter Stelle. Was glauben Sie Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ist die Ursache für dieses schlechte Abschneiden Oberösterreichs im Bundesländervergleich?

**Erste Präsidentin:** Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren auf der Galerie, hohes Haus! Auch ich möchte vorweg die Gelegenheit wahrnehmen und auf den schrecklichen Unfall von gestern auf der Westautobahn eingehen. Es sind leider zwei Tote und acht zum Teil schwerverletzte Personen zu beklagen. 39 Fahr

zeuge waren in diesen Unfall verwickelt. Trotz funktionierender Nebelwarnanlage waren die Verkehrsteilnehmer offenbar mit nicht angepasster Geschwindigkeit unterwegs. Der erforderliche Sicherheitsabstand wurde nicht eingehalten. Nicht angepasste Geschwindigkeit ist die häufigste Unfallursache in Oberösterreich. Bei den Unfällen im Jahr 2004 sind 35,6 Prozent der Unfälle, also rund ein Drittel, durch überhöhte Geschwindigkeit verursacht worden.

Was es an technischen und baulichen Vorkehrungen geben kann, wurde - sieht man den Unfall gestern an - getan. Technisch ist derzeit mehr an Warnanlagen überhaupt nicht möglich, es ist die modernste Nebelwarnanlage in Österreich und laut Aussagen der ASFINAG auch in Europa.

Es geht daher um Information, um Aufklärung und Bewusstseinsbildung, um richtiges Verhalten im Verkehr. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal an alle in der Politik Tätigen, an alle Meinungsbildner appellieren: Treten Sie ein für ein vorausschauendes, rücksichtsvolles Fahren der Verkehrsteilnehmer. Der Verkehrsminister, der sich um die Verkehrssicherheit sorgen sollte, hat leider mit einem Tempo-160-Vorschlag gerade das verkehrte Signal gegeben. Die Landesregierung hat am Montag eine entsprechende Resolution verfasst, in der dieser Vorschlag abgelehnt wird. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass die Bewusstseinsbildung, das persönliche Verhalten im Verkehr, bei 70 Prozent der Unfälle die Ursache sind und daher eine entsprechende Bewusstseinsbildung notwendig ist.

Nun zur Anfrage selber: Oberösterreich hat im vergangenen Jahr ein sehr erfreuliches Ergebnis bei der Unfallstatistik erreicht. Die Zahl der Verkehrstoten ist auf den niedrigsten Wert seit 1961, seit es überhaupt Aufzeichnungen gibt, gesunken, nämlich auf 153. Gegenüber 2003 ist das ein ganz beträchtlicher Rückgang um 21 Personen oder 12,1 Prozent. Für die Detailangaben, die ich jetzt machen möchte, muss ich darauf hinweisen, dass die Zahlen sich auf Jänner bis November 2004 beziehen. Das Monat Dezember fehlt noch, weil es vom Innenministerium noch nicht freigegeben wurde. Besonders fällt auch auf im Jahr 2004, dass die Zahl der verletzten Kinder um 6 Prozent, die Zahl der getöteten Kinder um 50 Prozent gesenkt wurde. Ich bin überzeugt davon, dass dieses gute Ergebnis durch die Verkehrssicherheitsaktivitäten des Landes miterreicht werden konnte.

Zu Ihrem angesprochenen Vergleich zwischen den Bundesländern: Die Zahl der Toten im Straßenverkehr ist in der Verkehrssicherheitsstatistik eine etablierte Maßzahl, sie ist aber auch in einem gewissen Grad von den jeweils umgebenden Umständen abhängig. Ähnliche Unfallabläufe können einmal Tote zur Folge haben, ein anderes Mal Verletzte. Die Maßzahl ist auch sehr empfindlich auf Massenergebnisse, Unfälle mit vielen oder mehreren Beteiligten. Alleine daraus kann sich ein Reihungswechsel zwischen der Steiermark und Oberösterreich um den zweiten und dritten Platz ergeben, was in den letzten Jahren auch der Fall war.

Im Augenblick ist es so, dass sich bis Ende Februar folgender Stand sich unter den Bundesländern ergibt: Niederösterreich führt mit 26 Getöteten vor der Steiermark mit 21 Getöteten und Oberösterreich mit 13 Verkehrstoten in den ersten zwei Monaten. Nachdem Sie aber immer wieder diesen Bundesländervergleich ansprechen, habe ich mir die Mühe gemacht, wirklich die genauen Vergleichszahlen zu eruieren. Und vergleichen kann man nur Straßennetz, Verkehrsdichte mit der Unfallhäufigkeit. Und da darf ich Ihnen sagen, dass Niederösterreich beim Straßennetz an erster Stelle liegt mit 31.000 Kilometern oder 26,6 Prozent, bei den Todesfällen aber 31 Prozent zu verzeichnen hat. Oberösterreich hat 26.000 Straßenkilometer oder 22 Prozent des Verkehrsnetzes und wir haben 17 Prozent der Todesfälle, sodass wir in Relation zum Straßennetz wir österreichweit unterdurchschnittliche Unfallzahlen und Todeszahlen zu verzeichnen haben.

Das ist glaube ich eine ganz wichtige Maßzahl, denn nur so kann man vergleichen und nur so kann man die richtige Relation auch tatsächlich herstellen. Es gibt auch noch weitere Erklärungen, warum wir bei der Zahl der Unfälle vor Niederösterreich liegen und das habe ich hier schon einmal getan, Niederösterreich hat immer weniger Unfälle als unser Bundesland, aber mehr tödlich Verletzte. In Oberösterreich waren es im vergangenen Jahr, einschließlich November, 8.151 Unfälle mit Personenschaden, in Niederösterreich 6.543. Oberösterreich hat zu diesem Zeitpunkt 138 getötete Personen, Niederösterreich 250 zu verzeichnen gehabt. Eine Erklärung wäre, dass es in Niederösterreich weitgehend ländliche Strukturen mit weniger Konfliktpunkten auf den Straßen gibt. Aufgrund der möglichen höheren Geschwindigkeiten gibt es aber schwerere Unfälle und leider auch mehr Todesfälle zu verzeichnen.

Oberösterreich hat eine stärker städtische Struktur, dadurch gibt es mehr Konfliktpunkte, mehr Kreuzungen, mehr Möglichkeiten, dass Unfälle passieren, aber es wird in den städtischen Räumen natürlich deutlich langsamer gefahren, sodass das eine Erklärung wäre, warum wir mehr Unfälle, aber eben weniger Todesfälle haben.

Trotzdem ist positiv hervorzuheben, dass sowohl in Oberösterreich als auch in Niederösterreich die Unfälle mit Personenschäden zurückgegangen sind. Es sind im vergangenen Jahr die Verletzten zurückgegangen und wir haben bei den getöteten Personen die niedrigste Zahl seit es überhaupt Aufzeichnungen gibt und was mir besonders wichtig ist, es ist die Zahl der verletzten und getöteten Kinder deutlich zurückgegangen.

Es war also das Jahr 2004 eigentlich das beste Jahr, seit es Statistiken gibt und wir werden uns auch bemühen, die Verkehrssicherheit in Oberösterreich weiter zu erhöhen. Unser Ziel lautet: Bis 2010 die Zahl der Todesopfer auf 100 zu reduzieren und die Zahl der Unfälle um 20 Prozent weniger zu machen.

**Erste Präsidentin:** Danke. Eine Zusatzfrage bitte.

Abg. **Hüttmayr:** Ja eine Zusatzfrage, das ist die Statistik. Was werden Sie konkret veranlassen, damit eben die Unfälle und die Unfallzahlen in die richtige Richtung gehen? Die Ankündigungen sind da, aber was werden Sie konkret veranlassen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Wir haben auf der Verkehrssicherheitsenquete im vergangenen Herbst unser Verkehrssicherheitsprogramm vorgestellt. Wir werden ganz klar bewusstseinsbildende Aktionen in Richtung Anhalten hinter dem Schulbus machen, Reduzierung und Anpassung der Geschwindigkeit auf die tatsächlichen Witterungs- und Fahrbahnverhältnisse, eine Bewusstseinsbildungskampagne in Richtung Abstand einhalten. Es ist ein großes Problem, dass der Sicherheitsabstand nicht eingehalten wird. Es gibt ein bautechnisches Programm zum Entschärfen von Unfallhäufungspunkten. Oberösterreich ist das einzige Bundesland, das eine genaue Statistik über alle Unfallorte hat und wir werden uns einfach bemühen, wirklich das Bewusstsein - beginnend bei den Kindern - für die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Abg. **Hüttmayr:** Eine zweite Frage: Wie werden sich die Maßnahmen, die Sie jetzt angekündigt haben, im Vergleich mit den Ankündigungen über diese Maßnahmen von der Kosten- seite her entwickeln?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Also ich glaube, dass wir diese Verkehrssicherheitsmaßnahmen, die baulichen Maßnahmen, auf jeden Fall aus dem Verkehrs

sicherheitstopf auch entsprechend finanzieren können. Für die Bewusstseinsbildung darf ich ankündigen, dass ich wieder einen Antrag einbringen werde, die Verkehrssicherheitskampagne "Klix, der Schlaubär" wieder durchzuführen. Bekanntlich wurde ja diese Verkehrssicherheitskampagne von der schwarz-grünen Mehrheit im vergangenen Jahr in der Oberösterreichischen Landesregierung abgelehnt. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Nein, wirklich nicht! Das können Sie mit Ihren 0,5 Millionen ohne weiters finanzieren. Das ist Ihre Sache, Herr Kollege!") Herr Landeshauptmann, Sie wissen, dass ich im Jänner diesen Antrag eingebracht habe und dass Sie ihn abgelehnt haben und Sie wissen auch, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Stimmt!") dass das Budget für Öffentlichkeitsarbeit für alle Ressorts genau die Hälfte des Budgets der Verkehrssicherheitskampagne ausmacht. Jedenfalls werde ich diesen Antrag wieder einbringen, weil sich diese Bewusstseinsbildungsaktion besonders gut ausgewirkt hat. Wir haben gesehen bei der Kampagne "Ohne Gurt fahren wir nicht fort", dass sich vor der Kampagne 70 Prozent nicht angeschnallt haben, nach der Kampagne haben sich die Kinder zwischen fünf und 14 angeschnallt zu 70 Prozent, nur die Babys von null bis drei Jahren, wo die Eltern für das Anschnallen zuständig sind, waren wieder zu 70 Prozent nicht angeschnallt. Also bei den Jugendlichen hat die Kampagne sehr gut gegriffen, bei den Erwachsenen brauchen wir noch sehr viel mehr Bewusstseinsbildung.

**Erste Präsidentin:** Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Vorerst danke für das Lob an Herrn Vizekanzler Bundesminister Gorbach hinsichtlich der Zahlen, da ja österreichweit im letzten Jahr Gott sei Dank die Anzahl der Toten im Verkehr wirklich auf dem niedrigsten Stand seit der Messung war. Zu Ihrer Ausführung mit 160 km/h möchte ich Ihnen noch einmal erläutern, wie eine Verkehrsbeeinflussungsanlage funktioniert, die eben dynamisch auf eine Verkehrssituation, Witterungsbedingungen und Verkehrsdichte reagiert. Nachdem es eine dynamische Regelung ist, die vorsieht, dass die Geschwindigkeit auch abgesenkt wird und damit auch verstanden wird, (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Anfrage!") ich formuliere die Anfrage genauso lang wie andere Kollegen und ich gehe davon aus, dass hier im Landtag es üblich und gerecht ist, dass die Abgeordneten gleich lange Fragestellungen durchführen können, nachdem diese Verkehrsbeeinflussungsanlage die Geschwindigkeit nach unten reguliert oder auch nach oben regulieren könnte, geht es um eine Versuchsstrecke, die dann auch durch das so genannte Section Control genau überwacht wird, somit eine weitere Überschreitung der Geschwindigkeit auszuschließen wäre. Nachdem Sie als Vorbild hier in Oberösterreich für Verkehr und Verkehrssicherheit zuständig sind, frage ich Sie, ob Sie freiwillig bereit sind, in Ihrem Dienstfahrzeug einen Fahrtenschreiber zu installieren, damit jedenfalls der Verkehrsreferent des Landes Oberösterreich die 130 oder sonstigen Höchstgeschwindigkeiten nicht übertritt?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Herr Kollege Steinkellner, du bist für deine pragmatischen und sehr sinnvollen Vorschläge ja wirklich bekannt und daher darf ich dir sagen, dass wir kein Problem haben mit deinem Vorschlag. Wir brauchen aber den Tachografen nicht einzubauen, wir schauen immer auf das Tempo, weil mein Fahrer den Auftrag hat, die Geschwindigkeiten einzuhalten, weil ich weiß, wie sensibel der Verkehrsreferent in diesem Bereich betrachtet wird. Und sollte eine Geschwindigkeitsüberschreitung festgestellt werden, würden das viele wissen und das würde zu erheblichen Debatten führen. Daher achte ich wirklich darauf, dass wir das Tempo einhalten. Ich möchte aber nur auf einen unlogischen Schluss hinweisen, dem Sie offensichtlich immer wieder zum Opfer fallen. Wenn eine Geschwindigkeitsregulierung, eine technische, automatische, die Geschwindigkeit auf



160 erhöht, ändert das nichts daran, dass bei einem Unfall mit 160 km/h das Risiko, tödlich zu verunglücken, fünf Mal so hoch ist wie bei 130. Selbst wenn durch irgendeinen Umstand die Autobahn frei sein sollte, was sie bei uns im Bereich Haid/Ansfelden nicht ist, und der Streckenabschnitt, der vorgeschlagen wurde für diesen Bereich beinhaltet wochentags 18.000 LKW mit sehr vielen Spurwechseln, also wer wirklich glaubt, dass er mit 160 in diese 18.000 LKW hineinfahren kann (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Ist ja gar nicht vorgeschlagen bis jetzt!") und die Verkehrssicherheit wird dadurch erhöht, der glaube ich unterliegt einem kleinen Irrtum. Aber es gibt auch andere Lösungen, darf ich Ihnen sagen. Ich habe vom Kollegen Hiesl ein wirklich lustiges Interview gestern gelesen, ich weiß nicht, ob es ernst gemeint ist oder nicht, aber es hat diese Zeitschrift uns drei befragt, den Kollegen Anschober, mich und den Kollegen Hiesl, welche realistischen Maßnahmen gibt es im Kampf gegen die zunehmende Verkehrslawine, und er hat gesagt, es gibt nur eine realistische Maßnahme gegen den zunehmenden Verkehr, das ist die konsequente Nichtbenützung des KFZ oder noch besser die Abmeldung und Rückgabe des Nummerntafelschildes. Also auch das wäre eine Lösung für Ihr Problem.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, heißt das nein auf meine Frage, werden Sie keinen Fahrtenschreiben freiwillig -

**Erste Präsidentin:** Ich glaube, das hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter -

**Abg. Mag. Steinkellner:** Hat er nicht beantwortet.

**Erste Präsidentin:** Oja, er hat es beantwortet.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Ich kann es aber noch einmal sagen. Nachdem wir sehr sparsam wirtschaften und vernünftige Maßnahmen im Bereich der Verkehrssicherheit setzen, darf ich Ihnen versichern, dass ich mich als Verkehrsreferent an die vorgegebenen Geschwindigkeiten halte.

**Erste Präsidentin:** Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Das ist nicht der Fall. Danke, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Die nächste Anfrage ist die der Frau Abgeordneten Dr. Julia Röper-Kelmayr an den Herrn Landesrat Rudolf Anschober. Bitte Frau Abgeordnete.

**Abg. Dr. Röper-Kelmayr:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Eine im Auftrag von Greenpeace durchgeführte Untersuchung von US-Agrarwissenschaftlern hat ergeben, dass Österreichs Milch-, Fleisch- und Eier-Produzenten jährlich über 500.000 Tonnen gentechnisch veränderten Sojaschrot verfüttern. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie in Oberösterreich als zuständiger Landesrat gesetzt, um die Konsumenten vor Lebensmitteln, die unter Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln erzeugt werden, zu schützen?

**Erste Präsidentin:** Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Anschober:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Röper-Kelmayr, herzlichen Dank für die Anfrage, weil sie mir die Möglichkeit bietet, unsere Anti-Gentechnik-Politik ausführlich und detailliert darzustellen. Und ich denke, wir sind ja hier in Oberösterreich eine Region, die sich nicht verstecken braucht mit den Maßnahmen, die wir machen. Ganz im Gegenteil, wir haben mittlerweile europaweit das Image, die Speerspitze im Widerstand gegen die Aussaat von GVO-veränderten Materialien zu sein. Selbstverständlich ist es aber so, dass wir uns an den europarechtlichen Rahmen

halten müssen, das heißt, wir können leider, sehr zu meinem Bedauern, keine direkten Importverbote von Futtermitteln, die Sie angesprochen haben, verankern. Das heißt, wir müssen auf Bewusstseinsarbeit setzen, wir müssen zweitens auf Kooperationen mit dem Handel setzen, wir müssen drittens darauf setzen, dass die Konsumentinnen und Konsumenten diese tägliche Abstimmung, die sie mit dem Einkaufswagen durchführen, verstärkt in Richtung biologische Lebensmittel durchführen, denn wir alle wissen, da habe ich die Sicherheit, dass auch dieser Themenkreis, den Sie angesprochen haben und der tatsächlich ein sehr wichtiger ist, ausgeschlossen ist und diese Problemsituation nicht gegeben ist.

Was machen wir derzeit im Detail, um auf Ihre konkrete Frage zu kommen? Ein wesentlicher Punkt ist, und da gebe ich den Kritikern, und Kollege Klubobmann Frais hat ja auch mehrfach Aussendungen in dem Zusammenhang und Aussagen medial gemacht, absolut Recht, wir brauchen Verbesserungen als erste Voraussetzung dafür, dass der Konsument handeln kann im Bereich der Deklaration und im Bereich der Kennzeichnungsverordnung, die die Europäische Union seit April des vergangenen Jahres erlassen hat. Ich sehe da zwei Kernschwächen einerseits was den Umfang der Deklaration betrifft. Mein Ziel ist es, dass die Europäische Union diese Kennzeichnungspflicht ausweitet auch auf Lebensmittel tierischen Ursprungs, die unter Verwendung kennzeichnungspflichtiger, gentechnisch veränderter Futtermittel produziert werden. Und der zweite Punkt ist die Sichtbarkeit dieser Deklaration, denn Gott sei Dank finden wir derzeit in unseren Regalen keine derartig deklarierten Produkte, weil sie noch nicht, und ich hoffe, das noch kann ich weglassen, nämlich gar nicht bei uns im Handel sind und der Handel diese Produkte dezidiert aus dem Handelsbereich draußen hält. Aber wenn Sie sich internationale Probepackungen anschauen, wie hier die Deklaration ist, dann brauchen Sie eine Lupe, um das tatsächlich lesen zu können. Das heißt, das ist weder kindgerecht, noch konsumentengerecht und konsumentinnengerecht, und hier wollen wir eine sichtbare Regelung haben auf europäischer Ebene, die eine Möglichkeit für den Konsumenten darstellt, hier wirklich zu reagieren.

Ein dritter Punkt, der ist ganz, ganz wichtig, ist der Bereich der Unterbindung des Anbaus von GVO-verändertem Saatgut in Oberösterreich selbst. Das ist unser Schwerpunkt, weil wir überzeugt sind, dass das auch der problematischste Bereich ist, wo wir auch am ehesten handeln können. Und ich bin sehr froh darüber, dass alle vier Fraktionen ein entsprechendes Verbotsgesetz im Ausschuss gemeinsam fixiert, formuliert und fixiert haben. Wir sind derzeit im Rechtsstreit mit der Europäischen Union, mit der EU-Kommission in dieser Frage, ob dieses Verbotsgesetz zulässig sein muss und ob wir dieses notifizieren können. Und ich bin sehr froh darüber, dass nach umfassendem politischen Engagement wir jetzt wissen, dass es in Kürze zur Entscheidung über diese Frage, ist das Oberösterreichische Verbotsgesetz europarechtskonform und kann es aufrecht erhalten bleiben, getroffen wird. Wir haben die erste mündliche Verhandlung vor dem Europäischen Gerichtshof am 17. März, also in Kürze, und nach meinem Informationsstand ist damit zu rechnen, dass wir im September oder Oktober einen dezidierten Beschluss des Europäischen Gerichtshofes und damit eine Richtungsentscheidung für ganz Europa erreichen.

Und wir gehen da voran sozusagen als Vorreiter, als Pionier, als Oberösterreich, um eine Grundsatzentscheidung zu erreichen. Um diese positiv zu gestalten, haben wir, wie Sie wissen, diese europäische Allianz der Regionen, die ein Selbstbestimmungsrecht in dieser Frage einfordern, gegründet und ich kann Ihnen mit Freude neue Informationen geben, was das Wachstum dieser Allianz der Regionen betrifft. Wir haben mittlerweile 20 Regionen, die sich diesem Weg angeschlossen haben, die Druck gemeinsam in Richtung EU-Kommission für dieses Selbstbestimmungsrecht der Regionen in der Frage, wollen wir gentechnisch manipulierte Saatgut tatsächlich verwenden, ja oder nein, einfordern und die uns damit stärken.

Und es gibt eine Reihe anderer Regionen, die sich bereits jetzt interessiert zeigen, die beitreten wollen, das Bundesland Kärnten und Wien, die beiden haben das auch öffentlich bereits bekundet. Ich habe Informationen heute in der Früh gekriegt, dass etwa die Region Westpannonien, das heißt der Grenzraum zu Ungarn, Burgenland-Ungarn, beitreten will, dass sich diese Region intensivst bereits in Kontakt mit den anderen ungarischen Regionen befindet, um auch einen Beitritt anderer Regionen zu erreichen, und es gibt zwei polnische Regionen, die ebenfalls beitreten wollen. Das heißt, wir wachsen da in Richtung einer Kraft auf europäischer Ebene, die Druck macht, damit die Regionen etwas zu reden haben. Denn es geht ja auch einerseits um eine ökologisch wirtschaftliche Frage, andererseits aber um eine zutiefst demokratiepolitische Frage. Ist es möglich in einem Europa der Bürgerinnen und Bürger, dass im Gegensatz zum Willen von 80 Prozent der Konsumenten, die auf GVO-Lebensmittel verzichten wollen, trotzdem Zwangszulassungen passieren für ganz Europa, und ist es ein Europa der Regionen, wenn dieses Selbstbestimmungsrecht der Regionen nicht akzeptiert wird? Ich behaupte, das ist eine sehr, sehr wichtige Grundsatzentscheidung.

Ein vierter Bereich, wir arbeiten in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer derzeit daran, dass freiwillige Verzichtserklärungen von Landwirten unterschrieben werden, freiwillige Verzichtserklärungen, wo Landwirte jeweils für ein Jahr dezidiert versichern, bei mir am Feld kommt eine GVO-Aussaart nicht in Frage.

Fünfter Bereich, wir führen derzeit mit dem Handel intensive Gespräche und ich muss sagen, die Handelsorganisationen sind sehr offen und sehr gesprächsbereit, diese Produkte, GVO-Produkte, aus dem Handel draußen zu lassen. Deswegen waren unsere bisherigen Überprüfungsaktionen der Lebensmittelkontrolle allesamt negativ. Wir haben bisher keinerlei Grenzwertüberschreitungen festgestellt in diesem Zusammenhang.

Sechster Bereich, ganz wichtig, wir sind in Gesprächen auch mit Verarbeitern, mit großen Verarbeitern, aber das sind freiwillige Aktionen, weil wir derzeit auf Grund der europarechtlichen Situation niemanden zu einem Verzicht etwa im Sojabereich und damit im Futtermittelbereich zwingend verpflichten können.

Und siebter Bereich, mit ist das ein ganz großes Anliegen, mir einem Konsum von biologischen Lebensmitteln machen Sie, ich, jeder von uns eine tagtägliche Entscheidung gegen GVO-Futtermittel. Denn im Biolandwirtschaftsbereich gibt es die dezidierte Auflage und Selbstverpflichtung der Biobauern und Biobäuerinnen, dass auf derartiges Material verzichtet wird.

Das heißt, wir arbeiten im Rahmen des Europagesetzes mit einem Bündel von Initiativen und ich kann wirklich garantieren, dass wir jeden Millimeter, den uns das Europarecht Handlungsspielraum lässt, auch tatsächlich ausnützen.

**Erste Präsidentin:** Bitte Frau Abgeordnete Dr. Röper-Kelmayr.

Abg. **Dr. Röper-Kelmayr:** Herzlichen Dank für die ausführliche Antwort. Als Zusatzfrage stellt sich jetzt, sind Sie bereit, ein Gütesiegel zu entwickeln, das Lebensmittel kennzeichnet, wo im Produktionsweg gentechnikverändertes Saatgut verwendet worden ist?

Landesrat **Anschober:** Ich habe versucht, mit der Anfragebeantwortung genau auf diesen Bereich bereits einzugehen. Unser Ziel ist es und mein Ziel ist es, und da gibt es viele Bündnispartnerinnen und -partner, dass die derzeitige Kennzeichnungspflicht auf europäischer Ebene, die ja seit April Bestand hat, seit April 2004, ausgedehnt wird auf eine generelle De

klaration, das heißt, die Lücken geschlossen werden und so realisiert wird, dass auch die Sichtbarkeit und damit die Wahrnehmbarkeit für den Konsumenten und für die Konsumentin tatsächlich gegeben ist. In diesem Sinn ja.

Abg. **Dr. Röper-Kelmayr**: Danke.

**Erste Präsidentin**: Danke Frau Dr. Röper-Kelmayr. Bitte Herr Abgeordneter Ing. Aspöck.

Abg. **Ing. Aspöck**: Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich habe Ihnen jetzt ausführlich zugehört (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Das freut mich!") und es stellt sich für mich die Frage, Sie haben ja behauptet, dass in den Lebensmittelmärkten keine tierischen Erzeugnisse angeboten werden, die also von Tieren stammen, die gentechnisch verändertes Futtermittel verwenden, also fressen. Und wie kommen Sie zu dieser Erklärung, zu dieser Behauptung? Denn man weiß ja, dass praktisch mehrheitlich, dass angebotene konventionelle Lebensmittel im Handel aus Produktionen stammen, die also die Bauern, die also gentechnisch verändertes Soja verwenden. Wie kommen Sie zu dieser Behauptung?

Landesrat **Anschöber**: Herr Abgeordneter! Da handelt es sich möglicherweise um ein Missverständnis. Was ich behauptet habe und was ich wirklich mit voller Rückversicherung und in Besitz aller Informationen und Tatsachen, die es in Oberösterreich derzeit gibt, behaupten kann, das ist, dass nach unserem derzeitigen Stand der Überprüfungen durch die Lebensmittelbehörden die Kennzeichnungsverordnung der Europäischen Union bei all den Proben, die wir schwerpunktmäßig gezogen haben, eingehalten wird. Ich habe aber auch dazugesagt, dass es aus meiner Sicht Lücken bei dieser Kennzeichnungsverordnung gibt, die ich kritisiere und wo wir alle miteinander Druck in Brüssel machen, damit diese Lücken geschlossen werden. Wir können als Behörde im Landesvollzug nur das bestehende Gesetz kontrollieren. Mehr kann ich nicht machen, alles andere wäre ja ein Vorbeigehen an der Rechtssituation und an der rechtlichen Lage. All die Proben, die wir derzeit gezogen haben, sagen, dass wir im Rahmen der Grenzwerte sind und keine Grenzwertüberschreitungen bislang feststellen konnten. Und ich habe extra bereits vor einem Jahr den Auftrag gegeben, dass die Überprüfung der Einhaltung der Kennzeichnungsverordnung die große Schwerpunktaktion der Lebensmittelbehörden in Oberösterreich ist.

Abg. **Ing. Aspöck**: Danke.

**Erste Präsidentin**: Danke. Gibt es noch eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall, danke Herr Landesrat Anschöber. Die nächste Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Hirz an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider. Bitte Herr Abgeordneter.

Abg. **Hirz**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Auf Grund der 2004 eingeführten Maut für LKW über 3,5 Tonnen kam es auch in Oberösterreich zu beträchtlichen Verschiebungen des LKW-Verkehrs von der Autobahn auf das sekundäre Bundes- und Landesstraßennetz mit entsprechenden Belastungen für Anrainer/innen und Straßenbenutzer/innen. Um diesem entgegenzuwirken, haben Sie im Juni 2004 durch Verordnung für besonders belastete Straßenzüge ein Fahrverbot für diese Mautflüchtlinge erlassen. Im Bezirk Braunau sind die Lamprechtshausner Bundesstraße, die Mattighofner Bundesstraße, die Altheimer Bundesstraße und die Kobernaußer Landesstraße massiv vom LKW-Ausweichverkehr der Nord-Süd-Autobahnverbindung A8 - A1 betroffen, für die sie jedoch bisher noch kein Fahrverbot verordnet haben. Warum wurden diese Straßenabschnitte bisher noch nicht in die LKW-Fahrverbotsverordnung aufgenommen?

**Erste Präsidentin:** Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter! Die Einführung einer fahrleistungsabhängigen Maut für LKWs auf Autobahnen hat zu einem großen Ausweichverkehr auf die Landesstraßen geführt, der die Anrainer an diesen Straßen wirklich belastet. Vereinfacht gesagt, der Bundesminister Grassler hat die Einnahmen der LKW-Maut, wir Bundesländer haben den Ausweichverkehr mit all den Problemen für die Bevölkerung, und müssen jetzt schauen, wie wir dieses Problem lösen können. Meine Fachabteilung Verkehrstechnik hat daher bereits zu Beginn des Jahres 2004 darauf reagiert und entsprechende Erhebungen durchgeführt. Es wurden jene Strecken, die als Verlagerungsstrecken eingeschätzt und auch in den Verlagerungsprognosen der ASFINAG erfasst waren, beobachtet und entsprechende Messungen vorgenommen. Im Mai 2004 wurden diese Messungen vorgelegt, mit denen zweifelsfrei nachgewiesen werden konnte, dass auf bestimmten Strecken eine überdurchschnittliche Steigerung des LKW-Verkehrs festzustellen ist.

Darauf gestützt hat die Verkehrsabteilung des Landes ein entsprechendes Ermittlungsverfahren eingeleitet. Für den Bezirk Braunau lag eine Messung auf der B142 in Mauerkirchen vor, die lediglich eine Steigerung des LKW-Verkehrs um 8 Prozent gegenüber 2002 zeigte, das ist eine Steigerung, die auch der Steigerung des PKW-Verkehrs entspricht, also eher eine allgemeine Steigerung des Verkehrsaufkommens und LKW und PKW gleich. Im Ermittlungsverfahren wurden starke Bedenken vorgebracht, ob es auf Straßen im Bezirk Braunau einen nennenswerten LKW-Ausweichverkehr geben kann. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ersuchen zu berücksichtigen, dass ich hier keine Aussagen über die Verkehrsbelastung und deren Intensität treffe, sondern nur darüber spreche, ob durch die LKW-Maut ein Mehr an LKW-Verkehr auf Ausweichrouten entstanden ist. Straßenabschnitte im Bezirk Braunau sind in dieser Verordnung nicht enthalten, es wurden aber die Erhebungen fortgesetzt, um etwaige Maßnahmen der Bezirkshauptmannschaft vorzubereiten. Die Bezirkshauptmannschaft Braunau hat also diese Ermittlung durchgeführt und in diesem Zusammenhang auch Kontakt mit der benachbarten Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Land aufgenommen. Im Sommer vergangenen Jahres hat Salzburg diese Einführung der Lkw-Verbote massiv gefordert, bei der Absprache über die Erlassung dieses LKW-Verbots im Dezember waren die Dinge aber völlig anders. Dabei wurde mitgeteilt, dass das Land Salzburg ein LKW-Fahrverbot massiv ablehnt und keine Ankündigungstafeln auf dem Salzburger Gebiet genehmigen wird. Das hätte bedeutet, bei Erlassung eines Fahrverbots im Bezirk Braunau, dass die LKWs bis zur Landesgrenze keine Information bekommen hätten, zwischen 8 und 12 Kilometer nach Oberösterreich gefahren wären, dort die erste Umkehrmöglichkeit gewesen wäre und die LKWs wieder nach Salzburg zurück geschickt hätten werden müssen. Das Land Salzburg hat außerdem die Befürchtung geäußert, dass es bereits auf Salzburger Gebiet durch das Vor- und Zurückfahren zu Verlagerungen auf das niederrangige Straßennetz kommen wird und daher auch aus diesem Grund unsere Verordnung abgelehnt. Und drittens hat Salzburg ins Treffen geführt, dass bei ihren Zählungen des LKW-Aufkommens auf der Salzburger Seite nur 2 Prozent Ausweichverkehr stattfindet, sodass auch in den Zahlen noch eine große Diskrepanz gegeben ist.

Ich habe daher mit der Bezirkshauptmannschaft vereinbart, dass vor Erlassung dieser Verordnung noch einmal Zählungen und Erhebungen durchgeführt werden, um zu sicheren Ergebnissen zu kommen. Wir haben auch vereinbart, dass wir eine sogenannte Verfolgungszählung durchführen, das heißt, wir zählen nicht nur wie viele LKWs es sind, sondern wir schauen auch, woher kommen die LKWs und wohin fahren die LKWs. Das heißt, wir orientieren uns ganz genau an den Kennzeichen für diese LKWs, um eben die Daten außer Streit zwischen Oberösterreich und Salzburg zu stellen. Für eine bereits vom Straßenbau in Auf

trag gegebene Verfolgungszählung müssen aufgrund der mangelhaften Ausführung einer externen Firma diese Ergänzungszählungen noch durchgeführt werden, unsere Zählungen können nur bei entsprechenden Tageslichtverhältnissen durchgeführt werden, das heißt also, wir werden diese Zählungen im März durchführen und werden dann die Ergebnisse im April haben und dann die weiteren Schritte beraten. Das Problem derzeit ist, dass Salzburg diese Verordnung wirklich bekämpft, sie nicht haben will und behauptet, es gibt nur 2 Prozent LKW-Ausweichverkehr, wir technisch keine Lösung dafür haben, wenn auf der Salzburger Seite keine Information besteht, also die LKWs zu uns kommen und zurückgewiesen werden müssen und dadurch wirklich große Verkehrsprobleme im Bezirk Braunau entstehen. Wir haben andere Zahlen, und deshalb machen wir noch einmal ganz genaue Verkehrs- und Verfolgungszählungen und werden uns dann mit diesen Daten noch einmal mit Salzburg zusammensetzen und versuchen, das Problem zu lösen.

**Erste Präsidentin:** Danke. Bitte Herr Abgeordneter.

Abg. **Hirz:** Das heißt, dass frühestens Ende April mit einer Aufnahme in die LKW-Fahrverbotsverordnung zu rechnen ist, wenn die entsprechenden Zahlen es ergeben. Wird auch die Möglichkeit eines Alleingangs des Landes Oberösterreich in dieser Frage von Ihnen erörtert?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Die Möglichkeit eines Alleingangs wird nicht erörtert. Von mir aus ist das alles im April verfügbar, aber es ist technisch nicht möglich, ohne Zustimmung des Landes Salzburg diese LKW-Fahrverbote auch einzuführen. Es ist für mich nicht vorstellbar, dass wir alle LKWs aus Salzburg kommend zwölf Kilometer nach Oberösterreich hereinlassen, sie dort anhalten umzudrehen und wieder nach Salzburg zurückschicken, da würde sich ein Verkehrschaos abspielen, das unmöglich ist, also ich mache darauf aufmerksam, dass ein Alleingang des Landes Oberösterreich keine zielführende Regelung ergeben wird, sondern dass unsere Strategie ist, mit unseren Zahlen Salzburg versuchen zu gewinnen, und diese Lösung gemeinsam zu machen.

Abg. **Hirz:** Danke.

**Erste Präsidentin:** Danke. Weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Abgeordneter Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich konnte bei Ihren Ausführungen nicht klar erkennen, ob Sie für oder gegen die von der Bundesregierung eingeführte LKW-Maut sind, daher meine konkrete Frage, sind Sie für die LKW-Maut oder dagegen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Herr Abgeordneter! Ich habe es Ihnen schon mehrfach erklärt, wofür ich bin. Ich bin für eine sinnvolle LKW-Maut und nicht für ein LKW-Mautsystem, dass dem Herrn Finanzminister sehr viel Geld und den Ländern sehr viel Kummer bereitet. In dieser Form bereitet die LKW-Maut den Bundesländern das Problem, dass wir die Kontrollparkplätze auf den Bundes- und Landesstraßen zahlen müssen, dass wir die Exekutive von der Autobahn abziehen müssen zum Kontrollieren auf den Landesstraßen, und dass wir die Probleme unserer Landesbürger lösen müssen. Also, eine wirklich gute Lösung ist diese LKW-Maut nicht. Grundsätzlich bin ich für eine LKW-Maut. Damit kein Missverständnis entsteht, aber für sinnvolle, praktikable Lösungen, die nicht dem einen das Geld und den anderen den Kummer bringen.

**Erste Präsidentin:** Danke. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht mehr. Die nächste Anfrage ist die der Frau dritten Präsidentin Eisenriegler an Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Bitte Frau Kollegin.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wie zahlreiche Beschwerden von Anrainerrinnen seit Beginn der LKW-Bemautung auf Autobahnen belegen, ist auch der Bezirk Linz-Land von Mautflüchtlingen betroffen. Die Traunufer-Landesstraße L563 zwischen Freindorf-Ebelsberg und Haid-Ansfelden ist wegen ihres parallelen Verlaufs zur A1 ebenfalls eine dieser vielgenützten LKW-Ausweichrouten, für die Sie jedoch bisher kein Fahrverbot verordnet haben. Meine Frage, warum wurde dieser Abschnitt der Traunufer-Landesstraße bisher noch nicht in die LKW-Fahrverbotsverordnung aufgenommen?

**Erste Präsidentin:** Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Sehr geehrte erste Präsidentin, sehr geehrte dritte Präsidentin! Ihre Frage macht mir die Beantwortung leichter als die Frage des Kollegen Hirz, denn hier haben wir eine Lösung in Aussicht, die wir umsetzen können. Im Lauf des Jahres 2004 wurde von den Anrainern an der Traunuferstraße aus Linz-Ebelsberg und Ansfelden-Freindorf massiv Klage geführt, dass es auch hier zu starkem LKW-Verkehr im Wohngebiet kommt. Wir haben auch hier die entsprechenden Verkehrserhebungen und –messungen durchgeführt. Im Herbst des vergangenen Jahres haben sich aber auch die Vertreter der Gemeinden Pucking, Schleißheim und Thalheim bei Wels gemeldet und darauf aufmerksam gemacht, dass in der Fortsetzung des von Ihnen genannten Straßenzuges ebenfalls hoher LKW-Ausweichverkehr stattfindet. Daher haben wir auch diesen Bereich noch nachgemessen und haben jetzt die entsprechende Verordnung bereits in die Begutachtung gegeben. Es war vorgestern die Verhandlung, das Ermittlungsverfahren, sodass ich davon ausgehe, dass ich in diesen Tagen das endgültige Protokoll und die Zusammenfassung des Ermittlungsverfahren bekomme und am 14. März diese Verordnung in der Landesregierung sein wird und dann im Laufe des Aprils, nach dem Aufstellen der Verkehrszeichen diese Verordnung auch wirksam wird.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler:** Danke vielmals.

**Erste Präsidentin:** Danke. Eine weitere Wortmeldung dazu. Bitte Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben zuerst ausgeführt, dass Sie die derzeitige LKW-Maut für nicht sinnvoll erachten. Da schließt sich natürlich daraus die Frage, was wäre denn eine sinnvolle LKW-Maut? Wäre das Ihrer Ansicht nach eine LKW-Maut, dass nicht jener das Geld bekommt, der für die Straßenerrichtung und –erhaltung zuständig ist, sondern jener, der den umgeleiteten Verkehr durch Verbote sehr wohl regulieren könnte?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Herr Klubobmann! Ich danke Ihnen wiederum auch für diese Zusatzfrage, sie ermöglichen es mir als oberösterreichischem Verkehrsreferenten immer österreichische Verkehrspolitik zu machen. Ich bin dafür nicht zuständig, ich erkläre es Ihnen aber auch gerne, wie ich die Dinge sehe oder machen würde. Zum einen ist es ja leider nicht so, dass der zuständige Verkehrsminister, der Straßen baut und erhält, das Geld auch wirklich bekommt, das Geld bekommt der Herr Grassner und andere, in das Verkehrsministerium kommt dieses Geld nicht. Also, das ist schon einmal der erste

Irrtum. Das Zweite ist, man muss natürlich ein System erfinden und einführen, dass es den LKWs unmöglich macht auszuweichen und dann das Landes- und Bundes- und Gemeindestraßennetz zu ruinieren, weil hier sind wir diejenigen, die es erhalten müssen, und wir bekommen auch das Geld nicht. Auf deutsch hätte man ein System einführen müssen, das die LKWs entsprechend verfolgt und insgesamt die gefahrenen LKWs bemautet. Die LKW-Kilometer bemautet im Gesamtsystem, das wäre das gerechteste System gewesen. So war absehbar, dass alle Möglichkeiten zum Ausweichen benützt werden. Das war im ersten Halbjahr 2004 auch der Fall, wir haben jetzt ziemlich wirksame Maßnahmen ergriffen. Wir haben durch Nachzählungen feststellen können, dass der Ausweichverkehr zurück gegangen ist, aber es erfordert einen hohen Einsatz an Exekutive, dass muss man ganz klar dazu sagen. Wird nicht kontrolliert, sind die LKWs wieder da.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Aber die SPÖ hat doch dem Landesbudget zugestimmt, also, ist das doch alles in Ordnung.

**Erste Präsidentin:** Danke, es gibt keine Debatte.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Den Zusammenhang zwischen Landesbudget und Karl-Heinz Grasser und LKW-Maut kann ich im Augenblick nicht nachvollziehen. Bitte um Vergebung. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: „Wenn die Frau Präsidentin gestattet, erkläre ich es!“) Nach der Landtagssitzung bitte.

**Erste Präsidentin:** Ich kann das nicht gestatten. Und ich danke dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Haider. Er hat seine Anfragen damit beantwortet. Die nächste Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Ing. Aspöck an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl, bitte Herr Abgeordneter.

**Abg. Ing. Aspöck:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wann ist mit dem Baubeginn der Umfahrung Eferding zu rechnen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Die Frage kann ich so nicht beantworten, weil man es noch nicht sagen kann, wann der Baubeginn sein wird. Ich kann Ihnen aber das Projekt der Umfahrung Eferding beschreiben und kann aus dieser Beschreibung dann eine mögliche Abfolge ableiten. Wir haben 2003 die Korridoruntersuchung im Raum Eferding gemacht, das war ein sehr aufwändiges Verfahren, wo entschieden wurde, ob im Osten oder im Westen von Eferding die Trassenführung gefunden wird. Die Korridoruntersuchung hat ein eindeutiges Ergebnis ergeben. Sie kennen das Ergebnis, daher brauche ich es nicht darstellen. Wir sind zur Zeit mit Vermessungsarbeiten beschäftigt in diesem Bereich, es werden die Grundlagen für das Einreichprojekt hergestellt, ich gehe davon aus, dass wir 2005/2006 brauchen werden, um das Einreichprojekt so fertig zu stellen, dass es für weitere Schritte geeignet ist. 2007 haben wir uns vorgenommen, dass die Trassenverordnung erreichbar sein müsste, die Trassenverordnung erlässt die oberösterreichische Landesregierung. Aufgrund der Trassenverordnung kann man dann die weiteren Schritte, die materienrechtlichen Verfahren, das ist in diesem Fall ein Naturschutzverfahren, Forstrechtsverfahren, Eisenbahnrecht, Grundeinlösen und das straßenrechtliche Bewilligungsverfahren abwickeln. Wenn Sie mich fragen, gehe ich davon aus, dass bei normalem Verlauf und bei ordentlicher Anstrengung unser Ziel sein könnte, dass wir in dieser Legislaturperiode einen Baubeginn erreichen. Ich sage aber dezidiert nicht, ob das 2009 oder 2008 ist, meine Einschätzung, und immerhin bin ich zehn Jahre schon straßenbauverantwortlich in Oberösterreich, ist, dass man in dieser Periode einen Baubeginn in Eferding schaffen könnte.



**Abg. Ing. Aspöck:** Eine Zusatzfrage, Herr Landeshauptmann! Sie haben ja in einer der letzten Landtagssitzungen behauptet, von Ihrer Seite ist der Generalverkehrsplan für Oberösterreich erledigt, abgearbeitet. Und wie schaut jetzt da genau der Plan aus für Eferding? Man sieht, dass jetzt Generalsanierungen im Bereich zwischen Eferding und Wallern geplant sind, und warum fasst man das nicht ins Auge, dass man zumindest einmal mit der Südspange beginnt, die ja in Eferding außer Streit steht?

**Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl:** Eferding hat im Prinzip nichts mit dem Generalverkehrsplan zu tun, Eferding war immer als dringlich gereiht in den bisherigen Reihungen, und weil das so war, haben wir das Projekt bisher so betrieben, wie wir es gemacht haben mit der Korridoruntersuchung. Bei Eferding kann dann ein Baubeginn stattfinden, sobald die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, selbst wenn das ganze Geld jetzt da am Tisch liegen würde, könnten Sie keinen einzigen Meter von der Eferdinger Umfahrung bauen. Es muss die rechtliche Sicherheit hergestellt sein, es müssen die Gründe eingelöst werden, und dann kann gebaut werden. Da kann man auch nicht einen Teil vorwegnehmen, das wird im Gesamten genehmigt, möglicherweise in Abschnitten gebaut, aber jetzt arbeiten wir an der Projektgenehmigung, und die von Ihnen angesprochene Sanierung an der B134 ist dringend notwendig.

Der Verlauf dieser Straße, die Trassenführung, die Ausführung der Straße, entspricht heute nicht mehr dem, was aufgrund des Verkehrsaufkommens dort unbedingt notwendig ist. Darum haben wir uns entschieden, dass wir in Abschnitten die B134 ausbauen. Wir werden im heurigen Jahr gemeinsam ein Problem durchstehen müssen, das ist die Verkehrsumleitung, das ist auch der Grund dafür, dass wir nicht gleichzeitig an der B129 im Bereich Weißer Graben ausbauen, weil wir die Umleitungsstrecke brauchen, ansonsten wäre bei uns in der Planung drinnen gewesen, dass wir den Weißen Graben auch heuer sanieren, den kann ich aber erst nach der B134, nach der Umleitungszeit in Auftrag geben. Und da bitte ich auch alle um Verständnis, die Umleitungsstrecken zur Kenntnis nehmen müssen, es ist mit der örtlichen Wirtschaft das Einvernehmen hergestellt worden. Für uns ist es auch unangenehm, aber der Straßenbau muss abgewickelt werden.

**Abg. Ing. Aspöck:** Danke.

**Erste Präsidentin:** Dankeschön. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? Bitte Herr Abgeordneter Dr. Brunmair.

**Abg. Dr. Brunmair:** In Unkenntnis des oberösterreichischen Generalverkehrsplanes. Manche Kollegen aus dem Verkehrsausschuss kennen ihn. Ich kenne ihn nicht. Als Mitglied des Verkehrsausschusses möchte ich fragen, warum hat diese Umfahrung oder das Verkehrsproblem in Eferding nichts mit dem Generalverkehrsplan für Oberösterreich zu tun?

**Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl:** Herr Abgeordneter! Es tut mir leid, dass Sie ihn noch nicht kennen, ich bin überzeugt, dass Sie in bald kennen werden. Es hat aber tatsächlich nichts damit zu tun, denn die Umfahrung Eferding ist ja praktisch schon in der Entwicklung, und ich frage Sie jetzt, wenn wir einen Generalverkehrsplan hier hätten, was wäre dann anders? Für mich hat das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun.

**Abg. Dr. Brunmair:** Ich darf Ihnen als Frager keine Antwort geben.

**Erste Präsidentin:** Aber Sie haben eine bekommen. Die nächste Anfrage, das ist ohnehin die vom Herrn Abgeordneten Dr. Brunmair an Frau Landesrätin Dr. Stöger, bitte.

**Abg. Dr. Brunmair:** Frau Landesrätin Stöger! Es wird jetzt wieder etwas ernster. Meine Frage an Sie. Seit Eröffnung des neuen Landeskrankenhauses Vöcklabruck im September 2004 gibt es betriebliche Anlaufprobleme. Leerstehende Operationssäle wie auch Abstimmungsprobleme beim Operationsplan haben zu negativen Schlagzeilen geführt und das Vertrauen der Öffentlichkeit in eine bestmögliche Versorgung im Landeskrankenhaus Vöcklabruck erschüttert. Meine Frage, warum haben Sie es bis zum Bekanntwerden der Missstände verabsäumt, sich von den ordnungsgemäßen Betriebsabläufen im neuen Landeskrankenhaus Vöcklabruck zu überzeugen?

**Erste Präsidentin:** Bitte Frau Landesrätin!

**Landesrätin Dr. Stöger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, geschätzter Kollege Dr. Brunmair! Also, von einem Versäumnis kann auf keinen Fall gesprochen werden, da insgesamt 10 Verhandlungen im Landeskrankenhaus Vöcklabruck stattgefunden haben, um die Betriebsbewilligung sowohl für die Bettentrakte als auch für die Untersuchungs- und Behandlungstrakte. Also, mit einem Wort, die letzte Verhandlung war erst am 28.02., also, insgesamt insgesamt zehn. Und in diesen Verhandlungen wird sehr wohl, in diesen behördlichen Betriebsbewilligungsverfahren, von Sachverständigen geprüft, ob die für den Betrieb einer Krankenanstalt erforderlichen technischen Einrichtungen, genug medizinisch technische Apparate vorhanden sind, und auch die personelle Besetzung wird nach dem Krankenanstaltengesetz beurteilt.

Laut § 14 KAG muss ich Sie informieren, sind allerdings der ärztliche Leiter einer Krankenanstalt sowie die einzelnen Abteilungsleiter dafür verantwortlich, dass alle medizinischen Aufgaben entsprechend der medizinischen Wissenschaft und den Erfordernissen der Qualitätssicherung und Hygiene durchgeführt werden. Diese Aufgaben sind auch, und das wurde überprüft, entsprechend in der Anstaltsordnung der LKH Vöcklabruck festgehalten. Die Reihung der Dringlichkeit eines Eingriffes liegt im Verantwortungsbereich des behandelnden Facharztes bzw. Primarius. Sollte eine Patientin aus welchen Gründen immer nicht zeitgemäß behandelt werden können, dann ist eine Transferierung an eine andere Krankenanstalt anzuordnen.

Die personelle Besetzung der derzeit in Betrieb stehenden sieben Operationssäle ist entsprechend. Das hat die Überprüfung gezeigt. Und Herr Kollege, ich möchte Sie schon erinnern an die Regionalkonferenz des Salzkammergutes, wo das LKH Vöcklabruck dargestellt hat, dass einzelne Leistungsbereiche noch nicht im vollen Umfang wahrgenommen werden können, und wo Klubobmann Dr. Frais und ich sehr sorgfältig nachgefragt haben, ob die Versorgungssicherheit gegeben ist und ob die ordnungsgemäßen Betriebsabläufe garantiert sind. Und ich kann mich nicht erinnern, Herr Kollege, dass Sie sich dieser Besorgnis angeschlossen hätten, aber es wurde uns damals vom Träger und vom ärztlichem Leiter versichert, dass die Versorgungssicherheit der Patienten garantiert ist.

**Erste Präsidentin:** Bitte Herr Dr. Brunmair.

**Abg. Dr. Brunmair:** Frau Landesrätin, ich habe eine Zusatzfrage. Es ist selbstverständlich oder klar, dass ein Betrieb in der Größe des Landeskrankenhauses Vöcklabruck bei einer Eröffnung, wo es noch dazu bei einer Übersiedelung war bzw. ein Standortwechsel, dass hier zwangsläufig Koordinationsprobleme auftreten. Und warum haben Sie im Rahmen Ihrer Verpflichtung zur sanitären Aufsicht hier nicht von der Stunde Null an, vom Anfang an, ein Maßnahmen-, ein Begleitkontrollprogramm gesetzt oder eine begleitende Kontrolle gesetzt?

Landesrätin **Dr. Stöger**: Ich habe es Ihnen schon dargestellt. Wir haben laufende Verhandlungen mit der Landeskrankenanstalt Vöcklabruck im Rahmen der Betriebsbewilligungen, wo die erforderlichen Auflagen festgelegt werden für den Betrieb und auch eingehalten werden und laufend überprüft und diskutiert werden, also insofern verstehe ich nicht, Herr Kollege Brunmair, warum Sie mich nicht verstehen, es ist laufend das Krankenhaus in der Überprüfung gewesen aufgrund der Betriebsbewilligung, die derzeit Mitte des Jahres abgeschlossen werden soll.

**Erste Präsidentin**: Bitte Herr Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair**: Sie verstehen, dass das Problem aufgearbeitet werden soll. Ich glaube, da verstehen wir uns gegenseitig. Ich habe noch eine Zusatzfrage. Es hat sich genau bei diesem Problem in Vöcklabruck, im Krankenhaus Vöcklabruck, wieder herausgestellt, dass ein Grundprinzip der Strukturreform im Gesundheitswesen oder im Krankenanstaltenwesen in Oberösterreich sein muss, dass man Doppelstrukturen, wie sie hier im Zentralraum sind, beseitigen muss, weil sie dem Patienten nichts bringen und Geld kosten, das umgekehrt in der Peripherie die Qualität und die Struktur verbessert werden muss. Wir haben nun ein Potential im Zentralraum von zum Beispiel acht Millionen Euro, wenn Allgemeines Krankenhaus, Unfallkrankenhaus und Mutter-Kind-Zentrum kooperieren. Sind Sie bereit als verantwortliche Spitalsreferentin, dieses Geld, diese acht Millionen Euro als Beispiel dafür einzusetzen, nicht das Geld aus dem System herauszunehmen, sondern um die Strukturen und die Qualität in der Peripherie, wie zum Beispiel möglicherweise in Vöcklabruck, einzusetzen?

Landesrätin **Dr. Stöger**: Herr Kollege! Das Landeskrankenhaus Vöcklabruck ist ein Schwerpunktkrankenhaus und als solches auch modernst gebaut worden. Hier ist es keine Frage, (Zwischenruf Abg. Dr. Brunmair: „Personal!“) dass die Ausstattung des Hauses nicht dem Standard entspricht, den wir heute in der Medizin leisten können. Und mit den Betriebsauflagen, die wir jetzt vorschreiben werden, wird auch der Vollbetrieb der zehn OPs garantiert sein und das ist eigentlich, was in diesem Fall Tatsache ist. Und das Zweite, ich werde jetzt die Untersuchungen weiterleiten bezüglich der Krankengeschichten, wo diese Behauptung war, dass drei Patientinnen zu spät einen notwendigen Eingriff erhalten haben. Es ist keineswegs erwiesen, dass dadurch wirklich ein Schaden entstanden ist. Es ist keineswegs erwiesen, ob es nicht in der Verantwortung des Abteilungsleiters liegt, dass er geplante Operationen hätte hintansetzen müssen, um Akutoperationen wahrnehmen zu können. Also das ist das Problem, das wir heute diskutieren. Aber Sie wissen genau bei der letzten Regionalkonferenz Linz, dass ich gesagt habe, ich kann mir einen Abschluss der derzeitigen Konferenz nicht vorstellen bevor nicht die Frage Landesfrauenklinik, AKH und Unfallkrankenhaus wirklich einer Lösung zugeführt ist im Sinne eines umfassenden Klinikzentrums, wie immer die Kooperation dann aussehen wird. Und ich denke mir, hier sind wir auf der gleichen Linie.

Abg. **Dr. Brunmair**: Danke.

**Erste Präsidentin**: Danke. Weitere Zusatzfragen? Bitte Herr Dr. Aichinger.

Abg. **Dr. Aichinger**: Frau Landesrätin Dr. Stöger, Sie haben heute zu Recht schon mehrfach die Regionalkonferenz Salzkammergutverbund auch angesprochen und Sie haben zu Recht ja auch darauf hingewiesen, dass damals nachgefragt wurde, wenn ich mich recht erinnere, von Kollegin Schwarz über die Personalsituation und über die organisatorischen Situationen im Krankenhaus Vöcklabruck. Und wenn ich mich recht erinnere, haben wir alle den damaligen Ausführungen zugestimmt, dass es zwar noch organisatorische Probleme gibt, dass

aber das Krankenhaus durchaus auf einem guten Weg ist, diese Probleme auch zu lösen. Wie erklären Sie sich jetzt diese unterschiedliche Interpretation zum einen, damals in der Regionalkonferenz auch Ihre, unsere alle Zustimmung zu diesen Vorgangsweisen im Krankenhaus und wenige Wochen später spricht Landeshauptmann-Stellvertreter in einer Aussendung von groben Missständen, die abgestellt gehören. Können Sie sich die unterschiedliche Interpretation erklären, was da dahintersteckt?

**Landesrätin Dr. Stöger:** Also ich habe die Presseaussendungen der letzten Wochen sorgfältig gelesen. Und es ist so, dass meine Kommission, die jetzt vor Ort war, bestätigt hat, dass genügend Personal für sieben Operationssäle derzeit zur Verfügung steht, dass für den Vollbetrieb es noch Bescheidaufgaben geben wird, dass diese Kapazität gesteigert werden muss. Nun hat die Gespag in einer Pressekonferenz hingewiesen, dass sie das wahrscheinlich bis Ende des Jahres bereitstellen wird. Ich denke mir, das kann früher passieren, weil die Kapazitäten innerhalb der Gespag zur Verfügung stehen, dass man die Versorgungssicherheit garantieren kann. Vorausgesetzt, und das werden jetzt diese Überprüfung der Fälle bringen, vorausgesetzt es ist tatsächlich so, dass das Landeskrankenhaus Vöcklabruck im Moment durch sieben in Betrieb seienden OP-Einheiten ein Problem hat. Ich persönlich glaube, das Hauptproblem, das hier wirklich zugrunde liegt, ist, dass die Operationssäle, die früher den einzelnen schneidenden Fächern zugeteilt worden sind, also die ihnen gehört haben, derzeit eine Umstellung erleben in Richtung Zentral-OP. Allerdings ist das Programm, das derzeit im Zentral-OP läuft EDV-gestützt, ein hervorragendes. Und ich bin überzeugt, dass daher es im Moment, wie versichert wurde, Herr Kollege Aichinger, Sie sind ja auch dort gesessen, zu keinen Versorgungsengpässen kommt, dass hier es vielleicht eine bessere Entscheidung hätte geben müssen auf Abteilungsebene.

**Erste Präsidentin:** Herr Klubobmann Trübswasser.

**Abg. Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Landesrätin! Ich war nicht bei den Regionalkonferenzen, weil das meine Kollegin Frau Schwarz als Gesundheitssprecherin wahrnimmt, aber ich habe ebenfalls die Pressemeldungen der letzten Wochen sehr aufmerksam verfolgt und mich drückt genau die gleiche Sorge, die Kollege Aichinger auch hat: Ist für Sie, wie behauptet wurde in der Presseaussendung von Landeshauptmann-Stellvertreter Haider, dass es einen Konnex zwischen den Vermutungen, Beschwerden in Vöcklabruck und der geplanten und in Durchführung befindlichen Spitalsreform gibt? Also meine Frage lautet: Gibt es einen Konnex zwischen der Beurteilung zwischen den, ich will jetzt nicht Vorfälle nennen, sondern zwischen den Vermutungen in Vöcklabruck und der Spitalsreform?

**Erste Präsidentin:** Bitte.

**Landesrätin Dr. Stöger:** Geschätzter Herr Klubobmann! Selbstverständlich muss man bei jeden budgetären Verhandlungen mit den Krankenanstalten sehr vorsichtig sein. Die Krankenanstalten stehen, das wissen Sie, unter einem enormen finanziellen Druck. Und wir haben schon in der Vergangenheit öfter Überprüfungen durchführen müssen, ob die Personalpläne eingehalten werden, weil man möglicherweise manchmal dazu neigen kann unter einem starken budgetären Druck, (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Das meine ich nicht!“) doch, ich beantworte Ihnen Ihre Frage, gewisse personelle Engpässe erst später zu besetzen, um Budget zu sparen. Insofern sage ich ganz klar, ich habe mich immer gewehrt gegen diese Reformpläne, die eine zu starke Beschneidung der Bettenanzahl in den Krankenanstalten und damit auch möglicherweise durch die vorgegebenen finanziellen Engpässe auch bei personellen Engpässen möglicherweise eine Auswirkung haben können. Daher sage ich Ihnen schon, wären diese Reformpläne so über die Bühne gegangen, hätten wir möglicher

weise mehr solche Missstände oder Probleme oder, die Überprüfung wird ja noch stattfinden, andere personelle Engpässe im Krankenhauswesen zu erwarten gehabt. Also insofern glaube ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind, aber Sie wissen auch, die Sozialdemokratische Fraktion und ich haben sehr erfolgreich verhindert, dass die Veränderungen, dass die Strukturreformen in diesem Ausmaß kommen wie sie primär geplant waren. (Beifall)

**Abg. Trübswasser:** In Vöcklabruck? In Vöcklabruck? Meine Frage war: Sind die Vorfälle in Vöcklabruck in einem Konnex mit der im Gange befindlichen Spitalsreform?

**Landesrätin Dr. Stöger:** Es wäre sicher ... (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Nein, nicht wäre!“ Erste Präsidentin: „Nein, diese Frage Vöcklabruck ist ja ...!“ Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: „Die Antwort muss man sich anhören, die Antwort kann man nicht vorgeben, da muss man zuhören!“ Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Nein, die Frage hat anders gelautet!“ Erste Präsidentin: „Nein, aber diese Antwort kommt ja jetzt!“)

**Landesrätin Dr. Stöger:** Das Schwerpunktkrankenhaus hat eine Planung von 10 Operationssälen und ich bin überzeugt, dass es notwendig ist, sie möglichst bald in Betrieb zu nehmen und das notwendige Personal zur Verfügung zu stellen und nicht erst Ende des Jahres. Das würde ich als Garantie für die Versorgungssicherheit der Menschen empfinden.

**Abg. Trübswasser:** Gratuliere für die Umschiffung der Frage. Danke.

**Erste Präsidentin:** Es gibt keine weiteren Fragen mehr dazu. Danke an die Frau Landesrätin. Die nächste ist die der Frau Abgeordneten Moser an den Herrn Landesrat Ackerl.

**Abg. Moser:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Einer oberösterreichischen Tageszeitung war in ihrer Hauptausgabe vom 15.2.2005 zu entnehmen, dass neue Vorwürfe gegen das Seniorenzentrum Spallerhof erhoben wurden, weil eine Bewohnerin jahrelang gequält worden sein soll. Dieser Vorwurf ist aber kein Einzelfall. Im August des Vorjahres stand der Tod einer Altenheimbewohnerin im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung, im April des selben Jahres die Misshandlung durch einen Betreuer. Frage: Worauf führen Sie die häufigen Beschwerden der Bewohner und deren Angehörigen über den Heimbetrieb im Seniorenheim Spallerhof zurück?

**Erste Präsidentin:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Ackerl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es ist festzuhalten, dass sich nach Überprüfung der Angelegenheit diese Vorwürfe als haltlos erwiesen haben. Ich führe im Wesentlichen zahlreiche Beschwerden, die es gibt, nicht nur mit dem Seniorenzentrum Spallerhof im Zusammenhang stehend von Angehörigen bei näherer Untersuchung darauf zurück, dass es oft Probleme in der Beziehung Angehöriger und Betroffener dadurch gibt, dass es ein Schuldgefühl jener Person gibt, die jemanden in einem Heim unterbringen muss und für sich also damit nicht fertig wird.

Es ist festzuhalten, ohne jetzt aus den Berichten im Detail zu zitieren, dass der Ehegatte der Verstorbenen in sehr problematischer Form sich täglich im Haus aufgehalten hat und es auch Vermutungen gibt, dass er einen Beitrag in der einen oder anderen Form zu Inhalten seiner Beschwerden selbst geleistet hat. Die Vorwürfe stehen im Raum. Die Überprüfung durch die Sozialabteilung, die in den letzten Jahren mehrmals stattgefunden hat, hat festgestellt, dass es gerade in dieser Abteilung ein Engagement gegeben hat, das positiv zu bewerten ist und dass gerade auch die praktische Ärztin, die für die Behandlung der Frau zu

ständig war und die keine Angestellte des Pflegeheimes ist, insgesamt hat sie wöchentlich ein bis zwei Visiten gemacht, also festgestellt hat, dass die Vorgangsweise des Personals äußerst sensibel war und von ihr als sehr ordentlich festgestellt werden konnte, dass allerdings ihr aufgefallen ist, dass der Gatte einen aggressiven und unzufriedenen Eindruck gemacht hat. Ich vermute, dass also es wirklich ein Problem im Angehörigenbereich im Zusammenhang mit dem Heim gibt. Und wir erleben das immer wieder. Was wir allerdings dem Rechtsträger des Heimes schon empfohlen haben, ist, dass er auf längere Sicht gesehen, und das ist ja vorgesehen, natürlich das Haus im letzten Bereich, und das ist der Altbaubereich, auch noch einer Erneuerung zugeführt wird, was also bedeutet, dass möglicherweise es auch zu Standortveränderungen kommt. Die Entscheidung dafür wird sicher in den nächsten zwei bis drei Jahren zu treffen sein. Es gibt vorher andere notwendige Heimbauten in Linz, sowohl bei privaten Rechtsträgern als auch beim Magistrat. Aber insgesamt gesehen, glaube ich, dass es ein Bemühen der Leitung der Hauses in der Glimpfingerstraße gibt, die Aufgaben gut zu erledigen. Es ist aber keinesfalls so, dass immer alles nach der Zufriedenheit der Leitung verläuft, weil halt wo Menschen arbeiten auch Fehler passieren können.

In diesem Falle schließe ich es aber nach einer gründlichen Kontrolle und Befassung mit den Betroffenen eher aus und glaube also mehr denen, die im Heim die Arbeit machen als dem Herrn, der die Beschwerde durchgeführt hat. Wie überhaupt festzustellen ist, dass die beiden letzten Beschwerden über das Haus Glimpfingerstraße sehr, sehr problematisch sind und die Berichterstattung darüber auch sehr problematisch ist, eine Kampagnenform enthalten, die jeder Grundlage entbehrt. Und ich ja bei der vorhergehenden Beschwerde eindeutig festgestellt habe, dass wir ein massives Angehörigenproblem gehabt haben und nicht ein massives Pflegeproblem und dass wir auch nicht uns zurückhalten, wenn es darum geht, Angehörigen in einer deutlichen Sprache, trotz des Verlustes, denn sie erlitten haben, zu sagen, dass sie auch ein Problem sein können und nicht immer nur die, die für sie die Aufgaben erledigen.

**Erste Präsidentin:** Bitte Frau Abgeordnete Moser.

Abg. **Moser:** Ja eine Zusatzfrage, ich möchte einmal vorausschicken jetzt aufgrund der Ausführungen, dass es mir nicht darum geht, jetzt generell dem Pflegepersonal, das in vielen Heimen sehr gut arbeitet und ich mir vorstellen kann, dass auch in diesem angesprochenen Heim sehr engagiertes Personal ist, generell eine Schuldzuweisung zu machen, möchte aber in dem Zusammenhang sagen, dass ich auch schlecht damit umgehen kann, wenn man immer nur, wie es jetzt in den Ausführungen her durchgeklungen ist, Schuldgefühle der Angehörigen und Probleme der Angehörigen sehr vorschnell einfach einmal in den Vordergrund stellt. Ich möchte aber jetzt die zweite Frage stellen: Warum wird jetzt das Hillingerheim, das ja wesentlich kleiner war, wo wir keine Probleme gehabt haben, abgerissen und warum hat man nicht das Glimpfingerheim, das etwa die vierfache Belagszahl hat, vorgezogen und dort eben die Sanierung oder eine Trennung, wie ich jetzt gehört habe, was ich unterstreichen würde, angedacht?

Landesrat **Ackerl:** Aus nachvollziehbaren Überlegungen, dass das Hillingerheim beim Mühlkreisbahnhof rascher zu sanieren ist im Rahmen der bestehenden Bauprojekte, das einfacher zu machen ist, aber nicht sanierbar ist. Das Haus, das Franz-Hillingerheim hatte den Nachteil, es kann nicht pflegegerecht hergerichtet werden, weil hinsichtlich der damaligen Errichtungssituation nicht langfristig auf die Pflegeentwicklung eingegangen wurde, dass es aus strategischen Überlegungen sicher richtig war, diese Entscheidung zu treffen und nicht die Glimpfingerstraße zu nehmen, die natürlich vom baulichen in ihrer alten, in der Altbausituation auch Nachteile hat und jedenfalls auf lange Sicht gesehen so nicht gehalten werden darf. Also ich glaube, dass Ende dieses Jahrzehntes ein Neubau stehen müsste, wobei ich

mich wirklich in diese Richtung orientiere, der nicht an Ort und Stelle errichtet werden sollte. Es sei denn, es wird nachgewiesen, dass in diesem Wohngebiet auf längere Sicht gesehen dieser Heimplatzbedarf besteht, dass wir aber da zuwarten können, weil im inneren System selbst es eher wesentlich ist, dass was Leitungsfragen betrifft und ausreichende Personalbereitstellung funktioniert, die Baulichkeit selbst aber besser ist, als das Haus beim Mühlkreisbahnhof war.

Abg. **Moser**: Noch eine Zusatzfrage in diesem Zusammenhang. Ich darf die Sozialreferentin Vizebürgermeisterin Dr. Ingrid Holzhammer zitieren, die meint in einem Artikel über Seniorenzentren das auch und ich zitiere jetzt wörtlich: Eine Initiative der Stadt Linz ist, Kommunikationszentren anzubieten oder Workshops, weil in den Ausbildungslehrgängen der Kommunikation zwischen Pflegepersonal und SeniorInnen nach wie vor zu wenig Stellenwert eingeräumt wird. Also eher die Interpretation gilt, hohes fachliches Wissen, aber zu wenig hohes Maß an Einfühlungsvermögen. Ich zitiere Stadträtin Holzhammer und Dr. Günther Bauer. Meinen Sie, dass man die Ausbildung novellieren sollte und mehr Schwerpunkt in die soziale Kommunikation geben sollte?

Landesrat **Ackerl**: Ich kann das Gehaltvolle an diesen Äußerungen nicht feststellen, nachdem beide es bisher nicht für notwendig befunden haben, mir als zuständigen Referenten davon eine Mitteilung zu geben. In einer Weihrauch geschwängerten Zeit, wo also sehr viel an Dingen auch aus der Politik heraus immer wieder so dargestellt wird und was auch in der Stadt Linz stattfindet, (Zwischenruf Abg. Moser: „Stadt-Linz-Zeitung, ja!“) würde ich der Frau Vizebürgermeisterin empfehlen, sich mit der Altenbetreuungsschule des Landes in Verbindung zu setzen oder selbst dort einen entsprechenden Kurs zu besuchen, dass sie die Inhalte der Altenfachbetreuerausbildung näher kennen lernt, die sehr stark mit der Kommunikation und mit der Betreuung zu tun haben.

Abg. **Moser**: Danke.

**Erste Präsidentin**: Danke. Weitere Wortmeldungen? Bitte Frau Abgeordnete Eisenrauch.

Abg. **Eisenrauch**: Sehr geehrter Herr Landesrat! Es wurde von uns, der ÖVP-Fraktion, auch für die Alten- und Pflegeheime das bewährte Instrument einer Follow-up-Prüfung eingefordert. Und Sie haben damals behauptet, dass diese Art der Prüfung bereits durchgeführt wird, um aufgezeigte Missstände zu überprüfen und abzustellen, also keine anlassbezogene Prüfung sondern die Follow-up-Prüfung. Wurde so eine Prüfung tatsächlich schon gemacht und was ist das Ergebnis?

Landesrat **Ackerl**: Nachdem Ihre Nachfrage im Vorhinein nicht bekannt war, ist mir jetzt nicht geläufig, ob im Haus Glimpfingerstraße alle Prüfungen nach den Anlassprüfungen bereits durchgeführt wurden. In einem Fall ist es aber sicher so gewesen, dass es die Follow-up-Prüfung gegeben hat und auch in diesem Fall ist festzuhalten, dass darauf eingegangen wird, dass die Dokumentation, die wir bei einem Fall, den es gegeben hat, bemängelt haben, in diesem Fall inhaltlich und formal sehr gut geführt wird. Es wird also auch ausgeführt in dem Bericht, dass offensichtlich es eine gute Vorgangsweise in diesen Leitungsfunktionen in der Bereichsleitung im Umgang mit der Aufgabenstellung gibt. Es ist selbstverständlich so, dass den Nachfragen, die nicht immer vor Ort stattfinden, sondern auch schriftlich oder telefonisch durchgeführt werden, wo Berichte eingefordert werden, ein Augenmerk zugewendet wird, aber im konkreten Fall, wann das in der Glimpfingerstraße war, müsste ich eine Nachfrage durchführen.

Abg. **Eisenrauch**: Bitte. Danke.

**Erste Präsidentin**: Danke. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht mehr. Danke, Herr Landesrat Ackerl. Die nächste Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Ing. Öller an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. **Ing. Öller**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Bei Planungs- und Umsetzungsmaßnahmen wichtiger Straßenbauvorhaben im Bezirk Braunau, wie der Erstellung einer Korridorstudie für den Ausbau der B147, Umfahrung Lengau oder die Weiterführung der L508, der Kobernaußerwaldlandesstraße, kommt es zu Verzögerungen. Was sind die Gründe dafür?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl**: Herr Abgeordneter! Die Korridoruntersuchung, Umfahrung Mattighofen mit weiterführender Untersuchung der Anschlussmöglichkeit nach Braunau bzw. nach Salzburg ist noch immer im Laufen. Die Korridoruntersuchung wird vom Raumordnungsressort über Ersuchen des Straßenbauressorts durchgeführt. Projektleiter und Koordinator ist unser Hofrat Dr. Knötig. Eine der maßgeblichen Grundlagen für die Beurteilung des hochrangigen Straßennetzes im Innviertel ist eine Verkehrsuntersuchung, aus der auch die entsprechenden Umlagerungs- und Belastungswerte abgeleitet und exakte Aussagen getroffen werden können. Bis Oktober 2004 wurde eine entsprechende Verfolgungszählung für den Raum Mattighofen durchgeführt. Aufgrund technischer Mängel in der Auftragerfüllung, es war eine private Firma, die diesen Auftrag abzuarbeiten hatte, aber der Auftrag nicht korrekt erfüllt wurde, müssen wir die Zählung mit einer Ergänzungszählung komplettieren. Die Daten sind für uns nicht nachvollziehbar. Daher muss diese Zählung als Grundlage noch ergänzt werden. Diese sind erst Ende März, Anfang April möglich, wodurch sich gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan eine Verzögerung um drei Monate ergeben wird, sodass die Empfehlung als Abschluss der Korridoruntersuchung nicht vor dem Sommer sondern erst im Herbst dieses Jahres vorliegen wird. Soweit ich informiert bin, sind Sie darüber informiert, weil Sie bei den Arbeitskreissitzungen, die letzte Arbeitskreissitzung war am 14. Februar, ja die Information vor Ort mit der Begründung und auch mit den zeitlichen Abläufen bekommen haben.

Zur Umfahrung Lengau. Die Straßenverwaltung ist derzeit im Begriff, sich neuerlich um die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen zu kümmern. Im Zuge der Grundeinlösen im Frühjahr 2004 hat die Straßenverwaltung gemeinsam mit den Betroffenen das Projekt im Sinne der Anregungen der Betroffenen optimiert. Im Zuge der straßenrechtlichen Verhandlungen im Herbst 2004 zeigte sich allerdings, dass ein einziger Grundeigentümer, der das Projekt grundsätzlich ablehnt, diese Vereinbarungen mit den anderen Grundeigentümern bekämpft und weitere rechtliche Schritte angedroht hat. Angesichts dieser ausweglosen Situation musste daher die Straßenverwaltung die Zusagen gegenüber den Grundeigentümern zurückziehen. Im Sinne der verordneten Trasse wurde das Projekt mittlerweile überarbeitet, es soll in der zweiten Märzhälfte 2005 straßenrechtlich verhandelt werden. Im Anschluss ist die Wiederholung der Grundeinlöseverhandlungen geplant. In Anbetracht dieser wiederum nicht von der Straßenverwaltung zu verantworteten Verzögerung ist geplant, das Projekt insbesondere im Hinblick auf die sich aus Investitionen der Firma Palfinger ergebende Dringlichkeit 2005 in Bau zu nehmen.

Und zur dritten Anfrage, zur Kobernaußerlandesstraße. Hinsichtlich der von Ihnen angesprochenen Kobernaußerstraße geht die Straßenverwaltung davon aus, dass Sie hier offensichtlich den Abschnitt zwischen Höcken und Friedburg ansprechen. Dazu möchte ich Ihnen mitteilen, dass Überlegungen, die Kobernaußerlandesstraße von Höcken zur B1 zu führen,



nicht mehr weiterverfolgt werden. Vielmehr ist ein Ausbau am Bestand ins Auge gefasst. Durch begleitende Maßnahmen, wie Gehsteige, insbesondere in den Ortsgebieten und Ortsdurchfahrten soll die Verkehrssicherheit angehoben werden. In den zwischenliegenden Freilandabschnitten soll durch eine gezielte Linienkorrektur bzw. Verbreiterung ein der Bedeutung dieser Landesstraße gerecht werdender Standard angestrebt werden. Im Hinblick auf die noch im Fluss befindlichen Planungen lassen sich die Termine noch nicht sehr konkret einschränken. Die Umsetzung der mit den Gemeinden zu vereinbarenden Maßnahmen ist allerdings im Rahmen unserer Straßenerhaltung geplant.

**Erste Präsidentin:** Danke. Bitte, Herr Abgeordneter Öller.

Abg. **Ing. Öller:** Eine Zusatzfrage. Wobei ich zum letzten Projekt sagen möchte, dass das sicherlich nicht im Konsens mit den betroffenen Bewohnern bzw. mit der betroffenen Gemeinde ist. Aber Zusatzfrage: Wie sieht die weitere Vorgangsweise nach der Erstellung der Korridorstudie für den Ausbau der B147 aus Ihrer Sicht aus?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Mit der Korridoruntersuchung wird die Trasse festgelegt und aufbauend auf diese Entscheidung wird dann die Einreichplanung in Auftrag gegeben. Mattighofen ist bei uns in der höchsten Dringlichkeitsstufe gereiht. Sie kennen möglicherweise als Bürgermeister von Mattighofen die Vorgeschichte zurück bis zu Ihren Vorgängern und alle Entwicklungen und alle Bewegungen, die es gegeben hat. Wir haben uns zu diesem Weg entschlossen, einvernehmlich zu dem Weg entschlossen, den Weg der Korridoruntersuchung zu gehen. Sobald das Ergebnis dieser Korridoruntersuchung vorliegt, kann ich eine Einreichplanung in Auftrag geben. Vorher hätte das wahrscheinlich keinen Sinn. Sie verfolgen als Bürgermeister und als Abgeordneter in der Region all die Entwicklungen, Sie sind mitten im Entscheidungsprozess. Sie sind viel mehr eingebunden als ich eingebunden bin. Mir wird dann das Ergebnis präsentiert und sobald dieses Ergebnis vorliegt, kann man weitere Entscheidungen treffen.

Abg. **Ing. Öller:** Danke.

**Erste Präsidentin:** Danke, Herr Abgeordneter. Sonst gibt es dazu keine Fragen. Danke, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl. Die letzte Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Makor-Winkelbauer an den Herrn Landeshauptmann, bitte.

Abg. **Makor-Winkelbauer:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Rund 200 Schülerinnen und Schüler besuchen zur Zeit die HTL für Maschineningenieurswesen in Ried. Mit den beiden weiteren Klassen droht im kommenden Herbst die zur Zeit im Technologiezentrum untergebrachte Schulen aus allen Nähten zu platzen. Der notwendige Neubau eines Schulgebäudes hängt von der Verbundlichungszusage der Unterrichtsministerin ab. Welche Initiativen werden Sie setzen, damit es rasch zum Neubau eines Schulgebäudes für die HTL in Ried kommt und damit die Unterrichtsqualität weiterhin uneingeschränkt aufrechterhalten werden kann?

**Erste Präsidentin:** Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Herr Abgeordneter! Ihnen ist ja nicht unbekannt, dass sowohl Präsident Enzenhofer als auch ich für eine rasche Verbundlichung der HTL in Ried, aber auch an den anderen Standorten in Oberösterreich, wo das noch nicht der Fall ist, eintreten.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass am 18. März die nächste Verhandlungsrunde Bund-Land auf höchster Beamtenebene stattfindet, an der ich persönlich teilnehme und ich hoffe, dass wir anschließend bald eine politische Runde haben, um eine Verbundlichungszusage zu erreichen. Mein persönliches Ziel ist es, dass wir auf jeden Fall im ersten Halbjahr 2005 Klarheit bezüglich der Verbundlichung schaffen.

**Erste Präsidentin:** Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. **Makor-Winkelbauer:** Wenn ich eine kleine Zusatzfrage nachreichen darf. Diese Aussage sozusagen ist ja wesentlich positiver. Sie haben im Dezember mit einer schriftlichen Anfragebeantwortung gesagt und ich zitiere jetzt: Der früheste Zeitpunkt einer Verbundlichung ist nach Ablauf der Beobachtungsfrist. Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich über den ersten Maturajahrgang. Das sind im Fall der HTL in Ried fünf Jahre. Würde man dann dazuzählen, sage ich nur, ein Jahr Verhandlung, ein Jahr Planung und ein Jahr Bau, dann wären wir in sechs oder sieben Jahren so weit. Ihre jetzige Zusage, kann man die, und das ist die Frage, dahingehend werten, dass im Laufe des Jahres mit den Planungen so weit dann abgeschlossen werden kann, dass man wirklich schauen kann, dass nächstes Jahr das Schulgebäude zumindest in weiten Teilen steht?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sie verwechseln hier zwei Dinge. Die erste Antwort, die ich Ihnen gegeben habe im Dezember und die heutige stehen absolut nicht in Widerspruch, denn die Frage hat sich auf die Verbundlichung gerichtet und man muss unterscheiden zwischen der Verbundlichung und der Zusage, wann verbundlicht wird. Ich möchte im ersten Halbjahr eine verbindliche Zusage des Ministeriums, dass zum ehest möglichen Zeitpunkt verbundlicht wird. Aus der Erfahrung wissen wir, dass in der Regel im ersten Jahr nach der Matura verbundlicht wird. Wenn aufgrund der Schüleranmeldungen fürs nächste Jahr, und die haben wir ja hier, die sind ja für Ried extrem positiv, nämlich 128 Anmeldungen, abzusehen ist, dass auch der vierte Jahrgang, um den es sich dann dreht, eine so hohe Nachfrage hat, dann kann der Größenschluss zugelassen werden, dass eigentlich an einer weiteren Entwicklung dieser Schülerzahlen nicht gezweifelt werden braucht. Ich möchte erreichen, dass im ersten Halbjahr das Ministerium sagt, jawohl, zu diesem Zeitpunkt verbundlichen wir, und wenn die Feststellung getroffen wird, dann ist das Risiko für die provisorischen Bauherren ein sehr absehbares und dann denke ich, und das hab ich auch vor vierzehn Tagen, da hat ja auch eine Delegation des Schulbauvereines mit dem ehemaligen Landesrat Fill bei mir vorgesprochen, eine große Delegation und mit dem Bürgermeister und Vizebürgermeister von Ried und das hab ich vereinbart, sobald die Fixierung des Termins gegeben ist, werden die umgehend aktiv werden, was die Vorbereitung des Baues anlangt.

**Erste Präsidentin:** Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. **Makor-Winkelbauer:** Eine weitere Frage. Das heißt, eine Zusage eines Termines, auch wenn er sozusagen in der Zukunft sein wird, genügt sozusagen, um die weiteren Schritte für einen Neubau zu machen. Also die Verbundlichung muss dann nicht durchgeführt, sondern zugesagt sein?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Von Seiten des Landes ja. Und ich habe gehört, dass es auch der Gemeinde und dem Schulverein genügt, dass sie wissen, wie lange müssen wir vorfinanzieren, was kann da auf uns zukommen. Es ist ja ein Unterschied, ob ich das zwei Jahre machen muss oder ob ich das sieben Jahre machen muss. Und wenn dieser Termin feststeht, gehe ich davon aus, der Abgeordnete Frauscher hat an der Delegation teilgenommen und hat sich um den Termin bemüht und er nickt jetzt, werden die vor Ort, die die Ver

antwortung im Trägerverein tragen, du bist ja Obmann des Trägervereines, sicherlich eine positive Entscheidung treffen.

**Erste Präsidentin:** Danke. Bitte, Herr Abgeordneter Eidenberger.

Abg. **Eidenberger:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wenn ich richtig informiert bin, dann hat ja auch der Standort Traun oder der Standort Andorf mit dem Problem des Erreichens des Status Verbundlichung noch zu kämpfen. Kann hier eine Gleichbehandlung in der Behandlungsweise dieser Standorte gewährleistet werden?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Herr Abgeordneter Eidenberger! Mein erster Satz hat gelautes in der Fragebeantwortung, dass ich mich um die Verbundlichungstermine der noch nicht verbundlichten Schulen in Oberösterreich bemühe, und zwar zum ehest möglichen Zeitpunkt.

Abg. **Eidenberger:** Okay, danke.

**Erste Präsidentin:** Danke. Weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Herr Landeshauptmann! Es gibt ja Voraussetzungen für die Verbundlichung, die angeführt sind in der entsprechenden Schülerzahlentwicklung am Standort. Da wurde ja bereits eine positive Entwicklung dargestellt, aber dann kein wesentlicher Rückgang der Schülerzahlen an anderen Bundesschulstandorten durch die sich ergebende Standortkonkurrenz und eben der Bedarf in der Wirtschaft an Absolventen dieser Fachrichtung. Das sind also die Voraussetzungen. Und es ist ja klar, dass bei dieser Frage der Verbundlichung sich entsprechende Instanzen mit der Überprüfung dieser Voraussetzungen befassen müssen. Meine Frage nun: Gibt es bei Überprüfung dieser Voraussetzungen irgendeine negative Stellungnahme bis dato für den Standort Ried?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Die Beobachtung und Überprüfung führt im Auftrag der Landesschulrat durch. Der Landesschulrat ist eine gemischte Behörde Bund, Land und wird hier als Bundesbehörde tätig, begleitet die drei Standorte. Aus heutiger Sicht ist abzusehen, dass an allen Standorten die Voraussetzungen erfüllt werden, wenn auch von der Schüleranzahl her in differenzierter Weise. Das größte Potential an Anmeldungen ist in Traun gegeben, das zweitgrößte in Ried und das dritte in Andorf.

Abg. **Dr. Brunmair:** Danke.

**Erste Präsidentin:** Danke. Danke, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Bitte sehr.

**Erste Präsidentin:** Die Fragestunde ist geschlossen. Den Herrn Schriftführer bitte ich, den Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Bernhofer:** Frau Präsidentin! Der Eingang umfasst heute folgende Beilagen: Die Beilage 445/2005, eine Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15 ABVG über die Harmonisierung bautechnischer Vorschriften. Diese Beilage wird dem Bauausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Weiters die Beilage 448/2005, eine Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15 ABVG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art. 15 ABVG über die Zusammenarbeit im Bauwesen. Auch diese Beilage wird dem Bauausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 449/2005, eine Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das strategische Programm „Innovatives Oberösterreich 2010“ wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 450/2005, eine Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jugendschutzgesetz 2001 geändert wird, wird dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Ebenso die Beilage 451/2005, eine Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Pflanzenschutzgesetz 2002 geändert wird.

Die Beilage 452/2005, eine Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern. Gemäß Artikel 15 ABVG über Sozialbetreuungsberufe wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 454/2005, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich soll gemäß § 26, Abs. 6 der LGO keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 455/2005, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Ablehnung der Schließung von Bezirksgerichten soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 456/2005, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Errichtung einer Hochschule für pädagogische Berufe unter Trägerschaft des Bundes in Linz, soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Ebenso die Beilage 457/2005, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Geistes- und Sprachwissenschaftliche Fakultät an der Linzer Johannes Kepler Universität, auch sie soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 458/2005, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend ein Ausbildungsmodell für Jugendliche, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 459/2005, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Erweiterung der Richtlinien für die Gewährung eines Beitrages bei Beschaffung von Wohnungen und Eigenheimen, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Und die letzte Beilage 460/2005, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik, soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

**Erste Präsidentin:** Ich bedanke mich beim Herrn Schriftführer für die Verlesung des Eingangs. Wir beginnen mit den Dringlichkeiten, mit der Beilage 455/2005. Es handelt sich hier um den Initiativantrag betreffend die Ablehnung der Schließung von Bezirksgerichten. Hierzu

ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 455/2005 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Ich bitte die Frau Abgeordnete Bauer um Ihre Wortmeldung.

Abg. **Bauer:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer auf der Tribüne! Mit dem vorliegenden Antrag wird der Oberösterreichische Landtag ersucht, den geplanten Schließungen von Bezirksgerichten durch das Bundesministerium für Justiz mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Begründung dazu liegt klar auf der Hand. Mit den im Jahr 2002 bereits durchgeführten Schließungen wurde damals nach langen Diskussionen ein Konsens darüber gefunden, wie einerseits die immer wieder geforderten Einsparungen durchgeführt werden können und andererseits ein Mindestmaß an rechtlicher Versorgung in den Regionen, im ländlichen Raum für die Bevölkerung gewährleistet werden kann. Und die damals getroffenen Maßnahmen, nämlich die Reduktion der Bezirksgerichte von 45 auf 28, wurden von Landeshauptmann Dr. Pühringer als apodiktische Oberösterreich-Position präsentiert. Nur, wie es momentan aussieht, ist diese Oberösterreich-Position das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurde, und der Herr Landeshauptmann ist am besten Weg dabei, diese Position wieder in Frage zu stellen. Und auch Minister Böhmdorfer hat ja bereits vor einem Jahr noch beteuert, dass es zu keinen weiteren Schließungen bei den Bezirksgerichten kommen wird. Nur, wie es aussieht, ist auch diese Aussage bereits jetzt wieder Geschichte. Ich meine, der Minister Böhmdorfer zwar mittlerweile auch, aber seine Nachfolgerin ist anscheinend fest entschlossen den begonnenen Kahlschlag bei den Bezirksgerichten ohne Rücksicht auf Verluste weiter fortzusetzen.

Und die negativen Auswirkungen - sollte es zu diesen Schließungen kommen - die sind sehr umfangreich. Ich möchte nur ein paar wenige anführen: Zum einen gehen dadurch oder sind dadurch Arbeitsplätze gefährdet, vor allem bei den Frauen. Wir wissen alle, die Arbeitslosigkeit bei den Frauen ist in Oberösterreich sehr hoch. Gerade jetzt im Jänner ist sie wieder um 8,6 Prozent angestiegen. Das ist um 6,7 Prozent mehr als im Bundesschnitt. Zum anderen würde es dadurch zu einer zusätzlichen Verkehrsbelastung kommen, aufgrund der langen Anfahrtswege zu diesen Gerichten, die dann nur mehr in den Statutarstädten, in den Bezirkshauptstädten zentriert sein sollten, aufgrund der - wie ich schon gesagt habe - den verlängerten Anfahrtswegen von den Parteien, von den Zeugen, von den Anwälten, von den Bediensteten usw. Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass gerade in der Vergangenheit doch einige Bezirksgerichte saniert worden sind und auch erneuert worden sind. Und jetzt wieder zusätzlich Geld in die Hand zu nehmen, um diese Verlegungen möglich zu machen, weil man ja auch dort wieder für neue Räumlichkeiten sorgen muss, also, das kommt meines Erachtens einem Schildbürgerstreich gleich und wird auch als Schikane für jene Teile der Bevölkerung empfunden, die nun aufgrund dieser Zusammenlegung massive Nachteile in Kauf nehmen müssen und auch längere Anfahrtswege in Kauf nehmen müssen.

Nachteile für die Bevölkerung gäbe es auch insofern, als dass durch diese Zusammenlegung eine rasche Abwicklung aufgrund der Anonymität dann oft nicht mehr gegeben ist. Ich möchte nur darauf verweisen, zum Beispiel beim Familienrecht, wenn es geht um Unterhaltsstreitigkeiten, wenn es geht um Pflegschaftsangelegenheiten, wenn es geht um Sachwalterschaft, aber auch wenn es kleinere Streitereien in der Nachbarschaft gibt. (Unverständliche Zwischenrufe) Da ist es bis jetzt so gewesen, dass aufgrund dessen, dass ja der jeweilige zuständige Richter die Bevölkerung in den umliegenden Gemeinden gekannt hat, es zu einer raschen Abwicklung gekommen ist, wo eben schneller ein Urteil gefällt werden hat können. Und das fällt dann auch weg.

Ich möchte nur ganz kurz eingehen auf die Schließung des Bezirksgerichts Lambach, weil das natürlich das Bezirksgericht ist, das in meinen Bezirk fällt. Und es wurde damals schon im Jahr 2002 vom Rechnungshof darauf hingewiesen, dass eine Zusammenlegung des Bezirksgerichts Wels zum Beispiel mit dem Bezirksgericht Lambach verfassungswidrig wäre. Und sollte es zu dieser Zusammenlegung kommen, wäre eine Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof auf alle Fälle anzustreben. Weiters möchte ich noch darauf verweisen, dass es ja nach wie vor einen einstimmigen Beschluss des Oberösterreichischen Landtags gibt, wonach das Land Oberösterreich einer Auflösung von Bezirksgerichten nicht zustimmen wird. Weiters ist vom Präsident des Oberlandesgerichtes Linz seinerzeit bereits der Unterschied von Kleingerichten zu Großgerichten bekannt gegeben worden. Und er hat das so bezeichnet, dass Kleingerichte solche sind, die nicht einmal die Kapazität eines Richters ausfüllen. Und Lambach hat 1,4 Prozent Personalkapazität, das heißt ein zweiter Richter ist zweimal die Woche da und erledigt jene Arbeiten, die in immer größerem Umfang anfallen.

Weiters möchte ich noch auf die wirtschaftlichen Fragen eingehen: Denn seinerzeit ist bereits errechnet worden, dass die wirtschaftlichen Nachteile, wenn es zu dieser Zusammenlegung kommt, für die Bevölkerung um ein Vielfaches höher, mehr als doppelt so hoch, wäre, als wie die Einsparung bewirken würde. Das wurde damals mit 83.000 Euro beziffert, wo die Bevölkerung Nachteile hätte aufgrund der langen Anfahrtswege et cetera. (Erste Präsidentin: "Ihre Redezeit ist um, bitte!")

Die Bezirksgerichtsschließungen waren auch das mediale Thema in den lokalen Tageszeitungen in den letzten Tagen. Und mir ist dabei aufgefallen, dass dabei von Seiten der ÖVP und speziell vom Herrn Landeshauptmann versucht worden ist, die Situation zu beruhigen. Und es wurde auch darauf hingewiesen, sollte es zu diesen Schließungen kommen, diese sicher nicht das geplante Ausmaß erreichen werden. Nur, für mich ist das „eine Politik des Sand in die Augen Streuens“, denn der Herr Landeshauptmann versichert ja bei jeder sich bietenden Gelegenheit, (Erste Präsidentin: "Frau Abgeordnete, bitte!") ja, ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin, dass der Mensch im Mittelpunkt des politischen Handelns zu stehen hat, (Unverständliche Zwischenrufe) und Politik in erster Linie für die Schwächeren da zu sein hat. (Unverständliche Zwischenrufe) Und das sind ja wirklich Haltungen, die man begrüßen kann und die man auch unterstützen kann, nur leider ist es halt so, dass es immer wieder, gerade bei der ÖVP einen Widerspruch darüber gibt, zwischen dem, wovon geredet wird und zwischen dem, wonach dann gehandelt wird. (Erste Präsidentin: "Frau Abgeordnete, ich bitte um Verständnis!") Ich komme sofort zum Schluss Frau Präsidentin, (Erste Präsidentin: "Nein, ich habe sie dreimal gebeten. Ihre Redezeit ist zu Ende!") okay, (Unverständliche Zwischenrufe) ich ersuche, dem Antrag die Dringlichkeit zuzusprechen, der Herr Landeshauptmann sitzt in dieser Reformkommission und die Landesregierung ist zuständig, wenn es zu diesen Schließungen kommt. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Bernhofer, bitte.

Abg. **Bernhofer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, im Sinne der guten Zusammenarbeit hier im Hause, werde ich mich bemühen, die Überzeit der Frau Kollegin bei Weitem wieder hereinzuarbeiten. (Beifall). (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "War das jetzt alles?") Die SPÖ hat sich in ihrem Dringlichkeitsantrag auf Medienberichte gestützt, das ist der Begründung zu entnehmen, und zwar auf Medienberichte, die sagen, dass nur neun Bezirksgerichte in Oberösterreich überbleiben sollen. Der Herr Landeshauptmann hat sich daraufhin sofort mit der Frau Justizministerin in Verbindung gesetzt. Das, was Sie hier gemeint haben, das die Frau Minister wild entschlossen ist, diese Pläne auch umzusetzen, haben offensichtlich nur einige Medien widergegeben. Die Frau Minister hat ganz klar dem Herrn Landeshauptmann

mitgeteilt, dass es sich hier um alte Papiere handelt, die vor ihrer Amtszeit verfasst wurden und dass sie nicht daran denkt, dieses Papier umzusetzen. Das heißt, dass also diese Berichte offensichtlich nicht aktuell sind. Wir können daher keine Dringlichkeit in dieser Frage erkennen und möchten auch darauf verweisen, dass eine jede weitere Änderung bei den Gerichtsbezirkssprengeln nur mit Zustimmung der Landesregierung möglich wäre. Das heißt, dass ohnehin ja auch hier die Landesregierung noch damit befasst werden müsste. Aus diesem Grund sehen wir keine Dringlichkeit und können daher auch ihrem Antrag nicht zustimmen. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Trübswasser, bitte.

**Abg. Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus! Als die Grünen in den Achtzigerjahren erstmals politisch in Erscheinung getreten sind, hat es eine Plakataktion gegeben. Damals war sicherlich die Kreativität der kleinen politischen Gruppe noch viel mehr gefragt als heute. Und da hat es auf einem Plakat geheißen „Kein AKW in Gunkskirchen“. Und Sie sehen, dieses Plakat, dieser Anspruch der Grünen hat Erfolg gehabt. Es ist tatsächlich kein AKW in Gunkskirchen gebaut worden! Ich habe mich über unsere Justizsprecherin im Parlament, die, glaube ich, allen bekannt ist als sehr kritische Frau, sehr kritische Politikerin, in Kenntnis setzen lassen, wie die Pläne aussehen bezüglich der Schließungen von Bezirksgerichten, was der Wahrheitsgehalt der Meldungen der letzten Wochen war. Ich habe eine ähnliche Auskunft bekommen wie Kollege Bernhofer. Und ich möchte dazu ausführen, und mir ist die Sache schon sehr ernst, was den ländlichen Raum betrifft. Ich möchte nur eines ganz klar festhalten, dass für mich Gerichte eine andere Kategorie sind als Ärzte, Nahversorger, Gemeindeämter, Postämter, Schulen et cetera. Ich glaube, der durchschnittliche Österreicher, die durchschnittliche Österreicherin, hat mit Gerichten im Normalfall wenig zu tun. (Zwischenruf Abg. Dr. Brunmair: "Einmal im Leben!") Ich denke, dass wir trennen müssen, die Dienste, die das Gericht anbietet und dort, wo es um die Rechtsberatung geht und wo wir sehr wohl von Nahversorgung sprechen müssen. Aber das ist getrennt worden von den Standorten der Eingangsgerichte. Und wir werden selbstverständlich auch darüber sprechen müssen, wie nach dem Konvent eine neue Gerichtsorganisation aussieht, ob sie zustande kommt und in welcher Form? Wir werden selbstverständlich weiterhin für die Aufwertung des ländlichen Raums intensiv arbeiten. Ich glaube, es ist notwendig, jene Stelle in den Bezirken, die wirklich oft von den Bewohnerinnen und Bewohnern aufgesucht werden muss, das sind die Bezirkshauptstädte, das sind die Bezirkshauptmannschaften, das sind jene Standorte der mittleren und höheren Schulen, die verkehrstechnisch durch öffentliche Verkehrsmittel erreichbar sind.

Aber lassen sie mich eines sagen, so ernst die Frage ist: Ernst und Dringlichkeit sind zwei verschiedene Fragen. Es ist eine ernste Frage, die wir uns ansehen werden. Ich mache mir auch Sorgen um die Bediensteten. Es sind auch letztlich Arbeitsplätze, über die man reden muss. Aber, es ist keine Frage, die wir heute und hier mit einem Beschluss, ohne dass wir uns das näher angesehen haben, machen müssen. Ich erinnere nochmals, wenn wir etwas wollen, etwas was die Grünen als Wahlkampfgegag damals geplant haben, der glaube ich recht originell war, aber halt nicht wiederholbar, dann wäre es eine andere Sache. Aber ich glaube, wir wollen seriös diskutieren. Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen und uns an den Beratungen im Ausschuss dann intensiv beteiligen. Ich danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Herr Abgeordneter Dr. Brunmair bitte.

**Abg. Dr. Brunmair:** Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir Freiheitlichen werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, denn wir glauben, dass eine Diskussion über die

Zukunft der Bezirksgerichte und der Bezirksgerichtsbarkeit nicht einfach mit einem einzigen Satz, nämlich "keine weiteren Schließungen von Bezirksgerichten" und mit einem kategorischen „Nein“ zu beenden ist und das noch dazu in einer Dringlichkeitsdebatte, die in etwa zwanzig Minuten dauert. Das ist einfach zu wenig, über ein so wie es der Vorredner bereits gesagt hat, über eine neue Zukunft einer Bürgerservicestelle, eines Bürgerservicebereiches zu sprechen. Das ist zu wenig, zu billig. Und ich verstehe auch hier einfach nicht die Aufregung, die da künstlich aufgezogen wird wegen eines alten Papiers, was ja inzwischen ganz eindeutig erwiesen ist, dass da ein altes Papier aus dem Hut gezaubert wurde, das nicht mehr Gültigkeit hat. Und es ist keine Art und Weise, hier auf diese kurzlebige Art mit einem Satz sich sachpolitisch mit einem Thema auseinander zu setzen.

Und ich betone, es geht auch hier um die Qualität der Bürgerversorgung, dieses Bürgerservices der Gerichtsbarkeit. Und da geht es nicht in erster Linie heutzutage darum, wie kurz vielleicht die Anfahrtszeit ist, sondern Qualität bedeutet auch, dass hier die richtige Mischung an Angebot der Gerichtsbarkeit da ist, und da gibt es halt bei Kleinstgerichten, das wissen wir, Probleme. Denn auch die Gerichtsbarkeit hat sich spezialisiert, und das kann man halt auch nur ab einer gewissen Größe und mit gewissen Verwaltekosten gewährleisten. Und das sind Probleme, die kann man nicht in Dringlichkeit abhandeln, sondern da muss man sich schon ein bisschen genauer damit auseinander setzen. (Unverständliche Zwischenrufe) Nicht ein altes Papier auf den Tisch zaubern und dann kategorische Nein zu sagen. Und es gibt Fakten, und das wurde auch bereits gesagt. Der Durchschnittsbürger geht einmal in seinem Leben auf ein Gericht. Und das Prinzip der Standorte der Bezirksgerichte ist aus dem Vorvorjahrhundert, wo man hergenommen hat eine Tagesreise mit einem Ochsenkarren, das muss man auch einmal sagen. Und, meine Damen und Herren, wir hier im Landtag und die Politik sollte Politik für die Zukunft machen und nicht in alten Strukturen erstarren, da kommen wir nicht vom Fleck. Eine Dringlichkeit zu diesem Thema lehnen wir daher kategorisch ab. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte die Mitglieder des Hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 455/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist abgelehnt worden. Ich weise die Beilage dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Vorberatung zu.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 456/2005. Es handelt sich hier um den Initiativantrag betreffend Errichtung einer Hochschule für pädagogische Berufe unter Trägerschaft des Bundes in Linz. Auch hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtages erforderlich. Ich eröffne über diesen Antrag die Wechselrede und bitte den Herrn Abgeordneten Eidenberger um seine Wortmeldung.

Abg. **Eidenberger:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Lehrerbildung in Österreich ist derzeit an den pädagogischen und berufspädagogischen Akademien sowie an den Universitäten institutionalisiert. Während die universitären Lehramtsstudien für die Lehrerinnen und Lehrer der höheren Schulen mit der Graduierung zum Magister abschließen und international anerkannt sind, bleibt diese Anerkennung den Absolventinnen und Absolventen der Akademien verwehrt. Diese Benachteiligung der Lehrerinnen und Lehrer der Pflichtschulen ist europaweit einmalig. 1999 wurde aus diesem Grund mit den Stimmen aller im Nationalrat vertretenen Parteien das Akademienstudiengesetz beschlossen, das die Errichtung von Hochschulen für pädagogische Berufe bis zum Jahr 2007 vorsieht; derzeit haben wir ja in Österreich 50 Pädagogische Akademien und Pädagogische Institute, die für die Aus- und Fortbildung der Pflichtschullehrer verantwortlich sind.



Lassen wir doch die Geschichte der Lehrerbildung vielleicht noch einmal kurz im Stakkato an uns vorüberziehen: Begonnen hat das Ganze mit dem Tiroler Schulmeistermandat des Jahres 1586. Es sah vor, dass der Schulmeister sich einer Prüfung vor dem Pfarrer und einem Vertreter der weltlichen Obrigkeit zu stellen hatte, um dieses Amt antreten zu können. 1774 war dann der nächste große Meilenstein, er war Kaiserin Maria Theresia vorbehalten, die mit der allgemeinen Schulordnung, das erste Mal in Österreich die Schulorganisation, die Schulpflicht, vor allem aber die Lehrerausbildung gesetzlich regelte. Das Pendel schlug 1855 wieder in die andere Richtung um, als mit dem Konkordat dieses Jahres die Kirche ihren Einfluss auf das staatliche Schulwesen wieder ganz enorm ausweitete und die Oberaufsicht auf das Schulwesen ab nun der Bischof mit seinem Konsortium ausübte, der örtliche Pfarrer war gleichzeitig Vorsteher und Aufsichtsorgan der Schule des betreffenden Sprengels. 1867 schlug das Pendel wieder in die andere Richtung um. Im Zusammenhang mit dem Staatsgrundgesetz fiel die oberste Leitung und Aufsicht für das gesamte Schulwesen wieder an den Staat. Abermals bewegte sich das Pendel in die andere Richtung, als im Jahr 1933 das 3. Konkordat der Kirche im Sinne des christlichen Ständestaates erneut einen wesentlichen Einfluss auf die Schule zugestand. Nach dem Außerkrafttreten des Konkordates in den Jahren von 1938 bis 1945 anerkannte dann die Regierung der Zweiten Republik 1957 prinzipiell die Formulierungen des 3. Konkordates von 1933, überholte Bestimmungen wurden in den laufenden Jahren durch neue Verträge ersetzt. Erwähnenswert vor allem ist noch das Jahr 1971, wo die Personalkosten von katholischen Privatschulen dann zur Gänze ab diesem Zeitpunkt dem Staat übertragen wurden. Die Zeiten seit 1855 haben sich, wie ich glaube, doch grundlegend geändert, und sie sollen nicht wieder in dieser Dimension aufleben.

Ich habe mit Genugtuung festgestellt oder gelesen, dass der Direktor der Diözesanakademie Schachl in einem Interview mit der Linzer Kirchenzeitung folgendes gesagt hat: "Wenn die Ministerin von insgesamt zehn pädagogischen Hochschulen spricht, wäre doch in Oberösterreich für zwei Hochschulen Platz". Er bläst genau ins selbe Horn wie wir Sozialdemokraten, vielleicht sogar noch ein bisschen mehr. Wir fordern nämlich nicht mehr und nichts anderes, als dass die staatliche Lehrerausbildung sowie die staatliche Fort- und Weiterbildung in Oberösterreich erhalten bleiben muss. Wir sind der fixen Meinung, dass es die vordergründige Aufgabe des Staates sein muss und keines Falls privater Träger sein kann, Aus- und Fortbildung und Weiterbildung der LehrerInnen zu betreiben. Absolut nichts gegen die Kirche! Ich bin selbst in eine Privatschule in Wilhering gegangen und kann da vielleicht auch einiges aus meiner Erfahrung dazu beitragen. Aber hier soll die erste katholische, die erste kirchliche Hochschule installiert werden. Ich glaube, dass es im Sinne einer Trennung von Kirche und Staat eindeutig unsere Vorgangsweise sein sollte, sehr sensibel in kooperativer Vorgangsweise für eine Hochschule für pädagogische Berufe des Bundes in Linz einzutreten. Dass die derzeitige Aus- und Weiterbildung der Religionspädagoginnen und -pädagogen dabei klarer Weise als unabdingbarer Bestandteil zur Wahrung der kirchlichen Interessen beinhaltet sein soll, ist für uns genau so selbstverständlich.

Mein Appell richtet sich besonders an die grüne Fraktion, da in aller nächster Zukunft - wir wissen, die Ministerin spricht ja von zwei bis drei Wochen - mit einer Entscheidung zu rechnen sein wird, wie diese neue Konstellation auszuschauen hat. Die Angelegenheit nämlich als nicht dringlich abzuqualifizieren, hieße, diese Entscheidung der Ministerin, die hier einmal in den Raum gestellt wurde, emotionslos über sich ergehen zu lassen und somit zu akzeptieren, was in Wien entschieden wurde. Ich ersuche daher um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mag. Stelzer.

Abg. **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Nach dem durchaus sehr interessanten Geschichtsunterricht des Kollegen Eidenberger, wo er dann doch nach dem Überblick über die Jahrhunderte, zum Schluss noch die Kurve zu einer Dringlichkeitsdebatte gekratzt hat, bin ich eigentlich schon bei dem Argument, warum wir der Dringlichkeit, Kollege Eidenberger, nicht zustimmen können. Wenn du hier die Geschichte der Lehrerausbildung im Lauf wirklich der Jahrhunderte darstellst und dann sagst, heute ausgerechnet am 3. März 2005 muss jetzt dringlich in Oberösterreich etwas beschlossen werden, weil sonst geht das Abendland unter, dann sieht man schon etwas die Verkrampftheit, mit der ihr in dieser Thematik hier agiert.

Was aber zur Sache zu sagen ist, der Bund ist vordringlich zuständig. Es liegt eine wirklich greifbare Vorgangsweise noch nicht auf dem Tisch, aber eines, da war auch eine kleine Unschärfe in deiner Argumentation drinnen, dass die Öffentlich-Rechtlichkeit der Lehrerausbildung in Frage gestellt wurde. Ich glaube, das kann man keiner der Fraktionen hier im Hause unterstellen, wenn du sagst, es muss die Ausbildung staatlich bleiben, dafür sind wir auch. Du hast vielleicht etwas bewusst vermischt die Öffentlich-Rechtlichkeit und auf der anderen Seite die Trägerschaft einer Ausbildung, das sollte man nicht vermengen. Es gibt auch eine Fülle von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die heutzutage auch in Oberösterreich ihre Kinder in eine öffentlich-rechtliche Schule schicken, die aber eine private Trägerschaft haben. Ich glaube, man sollte aufpassen und hier nicht die Trägerschaft im Sinne einer dann nachher bestehenden vielleicht qualitativen Unterschiedlichkeit darstellen. Es gibt eine Linzer Erklärung betreffend der Entwicklung von pädagogischen Hochschulen, da steht genau das drinnen, was ihr zum Teil in eurem Antrag formuliert habt, und was auch du gesagt hast, nämlich, dass sich alle Institutionen, die in Zukunft in einer pädagogischen Hochschule erfasst sein könnten, bemühen, partnerschaftlich mitzuwirken, einen ihrer bisherigen Bedeutung entsprechenden Stellenwert zu erlangen, dass man Gemeinsamkeit sucht.

Eigenartig ist nur, dass alle Vertreter nahezu aller erfasster Institutionen unterschrieben haben, einzig der Leiter der Pädagogischen Akademie des Bundes in Oberösterreich, der ja eurer Fraktion nicht fern steht und vielleicht noch näher steht, als dieser Ausdruck es sagen würde, das nicht unterzeichnet hat. Wenn man daher sagt, man will kooperativ gemeinsam vorgehen, dann sollten sich auch wirklich alle daran beteiligen, dazu möchte ich aufrufen, in einem Diskussionsprozess ohne Hektik und ohne dass man sagt, heute muss das jetzt sein und dann vielleicht noch mit einer Vermischung der Begriffe agiert. Wir sind daran interessiert, dass es auch weiterhin in unserem Land bestqualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen gibt. Ich glaube, dass die zur Zeit an beiden Institutionen hervorgebracht werden. Im letzten Landtag haben wir über die Bildungsszenarien diskutiert, über die PISA-Auswirkungen, auch da waren wir uns eigentlich einig, dass die Ausbildung aber auch die Motivation die Lehrerinnen und Lehrer etwas sehr Entscheidendes ist, weil das auch die Begeisterung an Bildung, an Schule, an Ausbildung ist, die sie dann wieder an Schülerinnen und Schüler weitergeben.

Daher möchten wir, wie gesagt, dazu aufrufen, auch im Sinne der Motivation derer, die sich für den Lehrerberuf entscheiden, hier nicht Parteipolitik hineinzutragen, hier nicht unnötige Hektik hineinzutragen, sondern für die bestmögliche Struktur, für eine bestmögliche Ausbildung unserer Pädagoginnen und Pädagogen zu sorgen, daher stehen wir für eine Diskussion zur Verfügung, nicht aber zu einem Beschluss der heutigen Dringlichkeit. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hirz.

Abg. **Hirz**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Studierende der pädagogischen Akademien! Zuerst einmal Danke für die Blumen, ich glaube, ich habe verstanden, was Sie damit meinen. Jetzt in medias res, es ist so, dass zur Zeit eine ministerielle Arbeitsgruppe an der Umsetzung des Akademiestudiengesetzes 1999 arbeitet, mit dem Schuljahr 2007 sollen die pädagogischen Akademien in die pädagogische Hochschule transformiert werden. Geplant ist eine organisatorische Neustrukturierung, vor allem eine Reduzierung der derzeit 14 pädagogischen Akademien auf 10. Die Zahl 50, nehme ich an, kommt zu Stande durch die Institute, also pädagogische Institute und religionspädagogische Institute. Ich halte prinzipiell diese Zusammenlegung auch auf Grund der demografischen Entwicklung für sinnvoll.

Faktum ist, dass momentan zehn pädagogische Hochschulen im Gespräch sind, acht davon sollen in der Trägerschaft des Bundes sein, zwei Hochschulen sollen angeblich in Trägerschaft der katholischen Kirche geführt werden, ich sage deswegen angeblich, weil es ja noch keine konkreten Vorlagen gibt. Wien soll zwei pädagogische Hochschulen haben, eine öffentliche, eine katholische, das ist natürlich ein Vorteil, weil es eine entsprechende Auswahlmöglichkeit gibt. Die zweite Hochschule, die unter katholischer Trägerschaft kommen könnte, ist entweder in Graz oder in Linz geplant. In Oberösterreich haben wir die Situation, dass wir zwei, wie ich meine, sehr gute pädagogische Akademien haben, eine wird vom Bund geführt, eine von der Diözese Linz. Fest steht, dass wir in Oberösterreich wahrscheinlich nur mehr eine pädagogische Hochschule haben werden, es fehlt mir jetzt die Zeit darauf einzugehen, wie ich mir prinzipiell Lehrerbildung, Lehrerausbildung vorstelle. Für mich ist es an und für sich eine universitäre Ausbildung und gehört eigentlich vom Volksschullehrer bis zum AHS-Lehrer an die Universitäten. Ich nehme an, dass mir diesen Wunsch die Bundesregierung nicht erfüllen wird. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Die derzeitige Bundesregierung!") Das heißt, wir werden wahrscheinlich im Endeffekt darüber diskutieren müssen, wie können wir eine sinnvolle Zusammenführung der beiden pädagogischen Akademien in Oberösterreich bewerkstelligen. Ich bin der festen Meinung, dass wir eine moderne, neue pädagogische Hochschule brauchen, eine mit den besten Köpfen, ich schließe mich auch der Aussage an, dass Bildung eine öffentliche Aufgabe ist, und damit ist natürlich auch die Lehrerausbildung eine öffentliche Aufgabe.

Ich möchte klar und deutlich von dieser Stelle aus sagen, dass eine pädagogische Hochschule unter rein kirchlicher Trägerschaft oder mehrheitlich kirchlicher Trägerschaft für die Grünen nicht vorstellbar ist. Es entspricht meiner Meinung nach auch nicht den gesellschaftlichen Entwicklungen bzw. auch nicht der Finanzkraft der katholischen Kirche. Vorstellbar für mich sind aber Rahmenstrukturen, wo sich, und das halte ich für wichtig, beide Akademien wiederfinden. Ich denke, dass es wichtig ist, dass man in einer kooperativen Vorgehensweise Lösungen sucht, die unterschiedlich ausschauen können, die auch eine gemischte Trägerschaft beinhalten können. Ich denke, dass wir mit den beiden pädagogischen Akademien Bildungsinstitute haben in Oberösterreich, die wirklich international hohe Reputation haben, die auch österreichweit ein Aushängeschild für fortschrittliche Pädagogik sind. Ich würde es für falsch halten, hier diese beiden Akademien in eine Art Highnoon hinein zu manövrieren, dass entweder die eine oder die andere über bleibt. Ich denke, es ist wichtig, dass wir die hohen Qualitätsstandards in der Lehrerausbildung auch für die Zukunft durch ein konstruktives Verhandlungsklima sichern. Ich mache darauf aufmerksam und möchte das noch einmal für die Zuhörer sagen: es ist eine Entscheidung des Bundes, es ist nicht so, dass das Land Oberösterreich diese Entscheidung heute trifft.

Es ist auch so, damit komme ich jetzt auf die Dringlichkeit, dass noch kein Regierungsentwurf vorliegt, es ist dieser Entwurf noch nicht einmal in der Begutachtung. Das heißt, dass

wir uns die Zeit geben sollten, hier eine konsensuale Lösung, wenn sie möglich ist, in Oberösterreich zu entwickeln, ich bin auch der Meinung, dass wir deswegen der Dringlichkeit nicht zustimmen müssen. Ich glaube aber sehr wohl, dass wir sehr zügig an einer praktikablen Lösung arbeiten sollen und dass wir im Bildungsausschuss darüber reden sollen. Ich möchte mir auch an dieser Stelle nicht den Vorwurf einbringen, dass es um Zeitverzögerung geht, deswegen werde ich heute einen Fristsetzungsantrag einbringen, so dass wir spätestens im Mai-Landtag eine entsprechende oberösterreichische Position der Bundesregierung übermitteln können. Ich hoffe, dass bis dorthin auch das Einverständnis der beiden Akademien mit dem neuen Konstrukt, dass sich Oberösterreich wünscht, erreichbar ist. Ich blicke auch ein bisschen auf die FPÖ, weil natürlich die FPÖ in der Bundesregierung mitverantwortlich sein wird für die Vorlage, die die Bundesregierung dem Parlament vorlegen wird, entscheiden wird über dieses Akademiegesetz das Parlament, Oberösterreich kann im Endeffekt nur Wünsche äußern. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag, der heute von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebracht worden ist, hat meiner Meinung nach eine große Schwachstelle. Wenn ich mir den Antrag durchlese, lautet er: Die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, sich nachdrücklich darum zu bemühen, dass im Zuge der geplanten Neuorganisation und, und, und. Andererseits lese ich in der Zeitung, dass der Herr Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer betont, wir haben zwei gute Pädaks, der Bund soll eine Lösung vorlegen, damit niemand auf der Strecke bleibt. Wesentlich ist nicht, wer die Federführung hat, sondern dass hier Lehrer optimal ausgebildet werden, diese zwei Positionen stelle ich jetzt gegenüber. Ein Landeshauptmann, der sagt es ist Bundeskompetenz und sozialdemokratische Abgeordnete, die die Landesregierung dazu bringen wollen, eine Entscheidung zu treffen. Wir Freiheitliche versuchen einen sachorientierten Weg zu gehen, ich glaube, es ist höchste Zeit, so sehe ich die Arbeit, so sehen wir Freiheitliche die Arbeit im Oberösterreichischen Landtag, dass wir als erste bitte die Information bekommen, wie Gespräche laufen, und wie weitere Verhandlungsrunden zu gestalten sind. Das heißt, wir möchten, dass sowohl die Frau Minister Gehrler, ich glaube, das ist so eine wichtige Aufgabe, dass man dieses Ansinnen auch an das zuständige Regierungsmitglied der Bundesregierung stellen kann, nach Oberösterreich kommt, wir möchten, dass sowohl der Landeshauptmann Dr. Pühringer aber auch natürlich unser Bischof Aichern, die Direktoren der beiden pädagogischen Akademien und Studentenvertreter beider Einrichtungen in einem Unterausschuss zu einem Hearing geladen werden zu einer Beratung. (Beifall)

Es bringt nichts, wenn wir uns jetzt gegenseitig Schuldzuweisungen immer machen, sondern ich glaube, es ist, und da muss ich die Frau Minister Gehrler sehr stark kritisieren, viel zu viel Zeit vergangen. Wenn wir überlegen, 1999 und 2007 soll der Beschluss da sein, da muss ich sagen, Aufgabe bis heute nicht erfüllt. Ich sage nicht dazu, nachsitzen. Aber es wäre ganz gut, einmal nachzudenken, ob man nicht da wirklich andere Wege geht.

Kollege Hirz! Du hast gesprochen von den hohen Anforderungen und von der Qualität. Ich möchte das unterstreichen. Ich bin aber auch der Meinung, dass es nicht unbedingt an den Universitäten angeschlossen sein muss, sondern auch sehr wohl wie in sehr vielen EU-Ländern eine eigene pädagogische hochschuluniversitäre Ausbildung ist. Wir Freiheitlichen, also Kollegen in der Bundesregierung, haben das Thema eingebracht in Gesprächen, wir wollen eine wesentlich weitergehende Ausbildung, nämlich für die Kindergartenpädagogen, für die Erzieher, für alle pädagogischen Berufe, weil so war ja das Akademienstudienengesetz

an sich geplant. Weil wenn ich dann in den Unterlagen der Frau Minister nachlese, dann meint sie, es soll eine Hochschule für pädagogische Berufe geben. Wogegen wir absolut sind, ist eine Hochschule, wo eine pädagogische Akademie ein Mascherl bekommt und dann plötzlich die pädagogische Hochschule wird. Das heißt, wir Freiheitlichen haben ja auf Bundesebene diesbezügliche Vorstöße gemacht.

Ich denke, die bestmögliche Vorgangsweise, um keine Gräben aufzureißen, und Kollege Eidenberger hat es ja auch angesprochen, es wird jetzt auf dem Rücken zweier Einrichtungen ein Thema abgehandelt, ohne mit den Betroffenen zu sprechen. Ich denke, wenn in einem Papier der Frau Minister drinnen steht, dass die künftigen Standorte gemeinsam mit der Kirche festzulegen sind, der Satz ergänzt werden muss und auch mit den Vertretern der pädagogischen Akademien des Bundes gesprochen werden muss, wo sie ja die Chefin ist. Vielleicht hat sie ja es deshalb so formuliert, weil sie für die öffentlichen zuständig ist.

Das heißt: Meine Bitte geht dahin, um eine Unterstützung für unseren Vorschlag, ein Hearing zu machen. Kollege Fraiss, du hast ja im Unterausschuss Bildung auch die gute Anregung gebracht, den Dr. Haider einzuladen und PISA zu hinterfragen. Ich glaube aber, genauso wichtig wäre es, mit den zuständigen Referenten zu sprechen, wohin es gehen soll. Es ist schon bei der vorhergehenden dringlichen Anfrage der Sozialdemokraten angesprochen worden, man geht auf Medienberichte. Es war so mit der Schließung der Bezirksgerichte. Man hat aber vielleicht nicht die Möglichkeit, um es nicht böse zu formulieren, Hintergrundinformation zu bekommen. Meines Wissens ist es nicht so, dass jetzt über das Akademienstudiengesetz die Entscheidung in den nächsten zwei bis drei Wochen fallen soll. Dass wir nicht mehr viel Zeit haben, ist schon klar. Aber ich glaube, wir sollten seriös beraten. Daher lehnen wir die Dringlichkeit ab, und unsere Forderungen habe ich schon auf den Tisch gelegt. Ich danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag abstimmen und bitte die Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 456/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist abgelehnt. Ich weise die Beilage den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zu.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 457/2005. Es handelt sich hier um den Initiativantrag betreffend Geistes- und Sprachwissenschaftliche Fakultät an der Linzer Johannes Kepler Universität. Auch hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtages erforderlich, über den ich die Wechselrede eröffne und die Frau Dr. Röper-Kelmayr als Rednerin zum Mikrofon bitte.

**Abg. Dr. Röper-Kelmayr:** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Zuschauer! Der Aufbau einer geistes- und sprachwissenschaftlichen Fakultät an der Johannes Kepler Universität in Linz wäre nur eine logische Konsequenz, um das universitäre Bildungs- und Forschungsangebot in Linz zu vervollständigen. Der Universitätsstandort Linz liegt im geografischen Zentrum Europas. Das bietet nicht nur Aufgaben, sondern das bietet auch enorme Chancen. Die Johannes Kepler Universität verfügt zur Zeit über drei Fakultäten, eine rechtswissenschaftliche Fakultät, eine sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, eine technisch-naturwissenschaftliche Fakultät. Gemeinsam mit der Bruckner Privatuniversität, mit der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung und der Katholisch-Theologischen Universität kann Oberösterreich auf ein sehr breites aber nicht unbedingt vollständiges Bildungsangebot an den Universitäten vorweisen. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Bereits mit Gründung der ersten Universitäten im Mittelalter waren die Geisteswissenschaften als Teil der universitären Disziplinen, der artes liberales, der sieben freien Künste, fester Bestandteil der universitären Ausbildung. Durch eine gute Ausbildung in den Fächern Rhetorik, Dialektik und Grammatik konnten damals Streitigkeiten gelöst werden und ein großer Beitrag für ein friedlicheres Zusammenleben geleistet werden. Eine geistes- und sprachwissenschaftliche Fakultät in Linz mit einem Schwerpunkt für Ostsprachen wäre nicht nur Ausdruck für unsere Weltoffenheit, sondern es könnte auch ein bedeutender Faktor für einen Zustrom von Studenten aus unseren umgebenden Regionen sein. Ein Zustrom von Studenten von benachbarten EU-Ländern könnte die Folge sein und Linz das Flair einer international anerkannten Universitätsstadt geben. Ein wichtiger Effekt für die Kulturhauptstadt Linz 2009.

Die zahlreichen oberösterreichischen Betriebe, die Kooperationen in den neuen EU-Ländern eingegangen sind, hätten die Möglichkeiten, auf Absolventinnen und Absolventen dieser Studienrichtungen zurückzugreifen. Viele junge Oberöreicherinnen und Oberöreicher, die Interesse an einem geisteswissenschaftlichen Studium haben, sind leider zur Zeit gezwungen auszuweichen in andere Bundesländer. Ein unhaltbarer Zustand. Während in Wien, in Salzburg, in Graz, in Klagenfurt geisteswissenschaftliche Fakultäten bereits etabliert sind, ist in Linz die Geisteswissenschaft nur ansatzweise im Rahmen anderer Studien vorhanden. Ein Ausbau wäre sehr wünschenswert. Der Aufbau einer geistes- und sprachwissenschaftlichen Fakultät würde den Standort Linz kulturell, wirtschaftlich und gesellschaftliche aufwerten. Mit der Errichtung einer geistes- und sprachwissenschaftlichen Fakultät könnte man auch die pädagogische Ausbildung deshalb integrieren. Und deshalb ersuche ich, liebe Abgeordnete Moser, dich, uns zu unterstützen. Danke. (Beifall. Zwischenruf Abg. Moser: „Tu ich! Das kann ich dir jetzt schon sagen!“)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Strugl.

Abg. **Mag. Strugl:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Abgeordnete! Sie haben Recht, schon im Mittelalter gehörte die Geisteswissenschaft zum wissenschaftlichen Kanon. Aber nicht deswegen oder nicht in erster Linie deswegen gibt es diese Idee, eine geisteswissenschaftliche Fakultät, in welcher Form auch immer, in Oberösterreich anzudenken, schon seit längerer Zeit. Die Idee ist ja nicht neu. Man muss nur zwei Dinge dazu sagen: Erstens, es hat sich natürlich einiges getan seither. Und zweitens, was mir nicht gefällt an diesem Antrag, und das möchte ich jetzt dazu sagen, und das führt auch dazu, warum wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, sondern wir glauben, da muss noch eine Diskussion darüber geführt werden, ich glaube, dass der Antrag nicht zusammenpasst mit dem was beispielsweise derzeit an Strategieentwicklung durchgeführt wird an der Johannes Kepler Universität.

Die Johannes Kepler Universität hat ja einen solchen Prozess eingeleitet auf Grund der neuen Situation nach dem Universitätsgesetz und der akademische Senat hat ja das im Jahr 2002 beschlossen und dann hat man an der Universität gemeinsam mit Experten darüber nachgedacht, welche Rolle soll die Johannes Kepler Universität insgesamt in der Bildungslandschaft spielen. Denn, eines ist ja klar: Es gibt neue Rahmenbedingungen, es gibt auch ein neues Konkurrenzfeld, und es gibt auch weitgehend Einigkeit darüber, dass es Schwerpunktbildungen geben wird. Wenn Sie sagen, überall gibt es eine geisteswissenschaftliche Fakultät, nur nicht bei uns, dann ist das die eine Seite. Die andere Seite ist aber auch, dass es Spezialisierungen gibt. Und das, was beispielsweise in diesem Strategieentwicklungsprozess an der Universität Linz Ergebnis der Überlegungen war, ist zu sagen, wir wollen ein

eigenständiges Profil haben. Und dieses eigenständige Profil wollen wir dadurch herausstellen, indem wir auf vorhandene Stärken setzen. Ich erinnere daran, dass die Johannes Kepler Universität eine Gründung war aus einer ganz besonderen Situation heraus, weil man eben gesagt hat, hier am Wirtschaftsstandort Oberösterreich brauchen wir eine besondere Ausprägung einer Universität und man ist dann gegangen in die Richtung einer Mischung aus Technik und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, und die juristische Fakultät ist auch dabei gewesen. Die Gründungsväter haben sich dabei etwas überlegt. Und jetzt sagen die Verantwortlichen, dass Ergebnis unserer Überlegungen ist, dass wir hier den Schwerpunkt setzen.

Wir haben Exzellenzschwerpunkte an der Universität, auf die wir setzen wollen, wo schon jetzt ausgewiesene, ich möchte mal sagen, auch wissenschaftliche Perlen vorhanden sind. Denken Sie an die Industriemathematik beim Professor Engl. Denken Sie an den Mechatronikbereich. Denken Sie an die Wirtschaftsinformatik, an das Software Engineering, Professor Pomberger. Denken Sie auch im rechtlichen Bereich an das Unternehmensrecht. Das heißt, hier möchte man dort aufsetzen, und dann gibt es Aufbauschwerpunkte wo man sagt, hier gibt es günstige Voraussetzungen in Zukunftsfeldern auch noch weiteres Know-how aufzubauen und natürlich muss es auch entsprechende Basisforschung geben.

Man hat sich an der Universität überlegt, wie man das machen will. Man will sehr stark auch den Weg von Vernetzung und Kooperation gehen, nicht nur zwischen den Disziplinen, sondern vor allem auch mit der Wirtschaft, auch mit anderen Instituten. Wir haben ja in Oberösterreich Gott sei Dank einige Universitäten, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Auch geisteswissenschaftliche!“) und auch geisteswissenschaftliche Disziplinen dabei. Und an der Universität sagt man jetzt, es bringt uns wahrscheinlich mehr, bevor wir jetzt eine vierte Fakultät installieren, den Weg der Kooperation zu suchen und so vielleicht in den Lehrveranstaltungen entsprechende Angebote dann zu haben. Und wir können die bei uns vorhandenen Ressourcen konzentrieren auf unsere strategischen Schwerpunkte.

Das ist nicht etwas, was ich oder die ÖVP erfunden hat, sondern das ist das Ergebnis der Überlegungen an der Johannes Kepler Universität von den Verantwortlichen dort. Und dort liegt eigentlich die Beurteilung dieser Idee. Ich sage noch einmal, wir stehen dem nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, wir haben das sogar in eigenen Programmen drinnen stehen, aber das ist momentan die Entwicklung an der Johannes Kepler Universität, und sie sagen, bevor man dort sozusagen Ressourcen bindet, wollen wir uns lieber auf unsere Stärken und auf die Zukunftsfelder, die wir anders beurteilen, konzentrieren. Und daher halten wir das in der Summe derzeit für kontraproduktiv. Ich glaube eines: Man kann jetzt nicht hergehen und sagen, wir machen jetzt einen Dringlichkeitsantrag und das beschließen wir jetzt. Ich glaube, wir sollten den Dialog suchen auch mit den betroffenen Einrichtungen, um die es da geht. Die Zeit dafür sollten wir uns nehmen. Und deswegen werden wir jedenfalls der Dringlichkeit nicht zustimmen. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Kollege Hirz.

**Abg. Hirz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Oberösterreich spielt, wie eine internationale Umfrage unter Führungskräften gezeigt hat, in der Oberliga der europäischen Regionen. Ich denke, dass wir diese Position langfristig nur halten werden können, wenn wir das Bildungsangebot in Oberösterreich um eine geisteswissenschaftliche Fakultät erweitern. Jenseits jetzt von Wien, und Sie haben das schon erwähnt, gibt es in Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Graz ein geistes- und sprachwissenschaftliches Vollangebot.

Die Johannes Kepler Universität hat derzeit drei Fakultäten, die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche, die rechtswissenschaftliche und die technisch-naturwissenschaftliche Fakultät. Das bedeutet, dass oberösterreichische Studenten und Studentinnen, wenn sie ein geisteswissenschaftliches Studium absolvieren wollen, in andere Bundesländer ausweichen müssen, was ein Nachteil ist, weil es das Studium verteuert bzw. den Zeitaufwand vergrößert. Das geisteswissenschaftliche Bildungsangebot der Johannes Kepler Universität halte ich für notwendig, auch für die gesellschaftliche Entwicklung Oberösterreichs.

Mir sind die drei Städte Graz, Salzburg, Innsbruck gut bekannt. Ich halte sie für universitäre Städte. Klagenfurt kenne ich nicht so gut. Ich glaube, dass dort sehr wohl die Geisteswissenschaften ein bestimmtes Klima schaffen, das mir zum Beispiel in Linz fehlt. Ich glaube aber auch, dass eine geisteswissenschaftliche Fakultät für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung, Sie haben das schon erwähnt, wichtig ist. Eine geisteswissenschaftliche Fakultät ist sicherlich ein wesentlicher Standortfaktor.

Außerdem, und jetzt komme ich zu dem, was vorher diskutiert worden ist, halte ich auch die Möglichkeit, Humanwissenschaften in einer geisteswissenschaftlichen Fakultät anzubieten, also Pädagogik, Erziehungswissenschaften, Psychologie natürlich auch für eine Vorbereitung, dass man eventuell die pädagogische Hochschule an die Universität angliedern könnte. Ich sage jetzt noch zum Schluss, ich freue mich, dass die SPÖ das Arbeitsübereinkommen der ÖVP und der Grünen so genau liest. (Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger: „Nehmen Sie das ernst?“) Wir nehmen das sehr ernst. Sie müssen aufpassen, was ich gerade sage. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Aber es ist positiv, das Sie überall zustimmen! Das ist gut so!“) Wir nehmen es sehr ernst. Wir haben hier genau als Ziel definiert, dass wir eine geisteswissenschaftliche Fakultät in Oberösterreich haben wollen. Ich denke, dass es auch notwendig ist, qualifiziert daran zu arbeiten. Ich glaube auch, dass es Aufgabe ist des Bildungsausschusses, hier entsprechende Vorarbeit zu leisten. Ich mache darauf aufmerksam, dass es natürlich auch eine Aufgabe des Bundes sein wird, denn ohne Bundesgelder werden wir das nicht schaffen, wenn man bedenkt, was eine geisteswissenschaftliche Fakultät kosten wird. Das heißt, es gibt von meiner Seite her eine große inhaltliche Zustimmung. Ich glaube aber nicht, dass der Antrag dringlich ist. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie, liebe Kolleginnen (Zwischenruf Abg. Prinz: „Und Kollegen!“) und Kollegen, selbstverständlich! Du hast meine Zustimmung, das sage ich gleich zu Beginn, vielleicht kannst du mir dann entspannt zuhören zu den Dingen, die ich zu sagen habe. Wir Freiheitlichen haben uns deshalb entschlossen dieser Dringlichkeit zuzustimmen, weil wir meinen, dass Argumente, die gebracht worden sind von der Fraktion der Sozialdemokraten, wirklich vorrangig beachtet werden müssen und über die wir möglichst besonders schnell sprechen werden müssen.

Herr Mag. Strugl! Sie haben die Schwerpunkte angesprochen, und ich denke auch, man soll nicht von allem alles anbieten. Da habe ich dahingehend eine andere Position wie der Kollege Hirz, dass ich frage, in welche Richtung soll es gehen. Aber wir haben Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, wir haben natürlich ein Defizit, und das wissen Sie, was auch zum Schwerpunkt meiner Meinung nach dazu passt, genau was das Sprachen Lernen angeht. Es ist unheimlich schwer, mir hat eine Bekannte erzählt, die ungarisch belegen wollte auf der Universität, es gibt einfach den Anfängerkurs, und dann kommt nichts weiter zu Stande. Wenn ich jetzt den Wirtschaftsstandort Oberösterreich, und ich glaube, das ist unser aller



Anliegen, wirklich verbessern will, dann muss ich natürlich, das war jetzt nur ein Beispiel, auf neue Anforderungen, die mit der EU-Osterweiterung gekommen sind, eingehen. Und wenn ich mir angesehen habe letzte Woche, da war ein Bericht, wo Touristen aus den Ostländern sich bitter beklagt haben, dass sie sich als Touristen zweiter Klasse fühlen, weil niemand ihre Sprache spricht, weil all die Einrichtungen im Tourismusbereich zwar auf Deutsche bzw. auf Schweizer ausgerichtet sind, aber sicher nicht auf die Oststaaten. Ich glaube, auch deshalb wäre es eine Anregung, dass wir uns möglichst schnell damit auseinandersetzen.

Ein zweiter Aspekt, den ich auch heute kurz anreißen möchte, ist, dass wir vom lebenslangen Lernen sprechen. Wir wissen, wie viele Menschen, nämlich die schon im Beruf gestanden sind, eine Ausbildung an den Universitäten zusätzlich machen. Daher wäre es, glaube ich, auch unter dem Aspekt lebenslanges Lernen, Weiterqualifizierung sinnvoll - wir wissen, wie die Situation am Arbeitsmarkt ist, wie oft eine Weiterbildung stattfinden muss - und es muss gar nicht jetzt die universitäre Ausbildung sein, aber im Rahmen der universitären Ausbildung kann man mit Universitätskursen sehr wohl den Menschen eine Hilfestellung geben. Da würden wir uns eben ersparen, dass die lernwilligen auch älteren Mitbürger auspendeln müssen. Wir Freiheitlichen werden deshalb der Dringlichkeit zustimmen. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Ich schließe die Wechselrede zur Dringlichkeit. Ich lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 457/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, das ist nicht die erforderliche Mehrheit und weise die Beilage dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zu.

Weiters wurde angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 458/2005 im Rahmen ihres Antrages vorschlagen, diese Beilage ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich dabei um einen Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend ein Ausbildungsmodell für Jugendliche. Es ist ebenfalls ein Geschäftsbeschluss dazu notwendig. Ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Affenzeller.

Abg. **Affenzeller:** Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Jugend auf der Zuschauergalerie! Ich darf mir vorweg die Bemerkung erlauben, dass ich schon sehr gespannt bin, wie mit der Dringlichkeit von der schwarz-grünen Koalition in dieser, so wie ich denke, sehr wichtigen Frage, nämlich der Forderung nach einem Ausbildungsmodell für Jugendliche in Oberösterreich umgegangen wird. Schauen wir uns zuerst einmal die Arbeitsmarktsituation in Österreich und im Besonderen auch in Oberösterreich an. Meine Damen und Herren, wir haben bei der Arbeitslosigkeit einen neuen Rekordwert. 361.000 Menschen waren im Februar in Österreich auf Arbeitssuche, davon 47.000 Jugendliche ohne Job. Die Arbeitslosigkeit hat also in Österreich im Februar mit diesen 361.000 Jobsuchenden inklusive zirka 51.000, die in Schulungen sich befinden, einen Monatsrekord erreicht. Das sind um rund 17.000 Personen mehr oder 5 Prozent als im Februar des Vorjahres. Und wenn wir die letzten fünf Jahre hernehmen, meine Damen und Herren, dann hat sich die Arbeitslosigkeit um 66.000 Personen erhöht. Auch in Oberösterreich haben wir eine Arbeitslosigkeit von 4,4 Prozent.

Jetzt, meine Damen und Herren, der Blick zur Jugendarbeitslosigkeit. Die Jugendarbeitslosigkeit hat im Februar 2005 um 3,5 Prozent, das sind immerhin 1.562 Jugendliche, gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres zugenommen. Insgesamt sind also 47.000 Jugendliche in ganz Österreich ohne Job. Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt den Blick

noch auf eine Zahl in Oberösterreich werfen, die meiner Meinung nach auch sehr dramatisch ist, und zwar bei den Frauen unter 25 Jahren. Wir haben hier einen Anstieg bei der Arbeitslosigkeit im Februar von 13,4 Prozent. Sehr oft wird mit dem Winter argumentiert, Bautätigkeit ist geringer; in diesem Bereich gibt es hohe Arbeitslosigkeit. Meine Damen und Herren, bei den Frauen bis 25 Jahre haben wir ein Plus im Februar von 13,4 Prozent.

Also zusammengefasst, meine Damen und Herren, die Arbeitslosensituation in Oberösterreich 4,4 Prozent; bei der Jugend bis 25 Jahre 5,3 Prozent, und wenn wir die im Schulungsbereich Tätigen, die Schulungsteilnehmer, dazunehmen, haben wir 8,7 Prozent. Das ist seit dem Jahr 2000 eine Steigerung bei der Jugendarbeitslosigkeit von 38 Prozent. Und man stellt sich natürlich die politische Frage, wer ist dafür verantwortlich? Wir kennen ja die Diskussion in Oberösterreich. Für alles Gute sind wir meistens auf Landesebene verantwortlich und alles, was negativ ist, wird auf Bundesebene, ja und meistens sogar noch weiter nach Brüssel, nach Europa abgeschoben.

Wir haben eine ganz aktuelle Umfrage, wo die Frage gestellt worden ist zum Thema Jugendarbeitslosigkeit, 10.000 Jugendliche sind arbeitslos. Inwieweit ist Ihrer Meinung nach die amtierende Oberösterreichische Landesregierung dafür verantwortlich? Meine Damen und Herren, 42 Prozent haben gesagt, voll und ganz oder größtenteils, und 37 Prozent haben gesagt, dafür verantwortlich. Und dann die Frage, für wie wichtig halten Sie Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit? Da haben 91 Prozent wichtig und 5 Prozent eher wichtig, also 97 Prozent, dass das in der politischen Arbeit sehr, sehr wichtig ist.

Geschätzte Damen und Herren, daher ist die Ausgangssituation wirklich dramatisch. 10.400 Menschen, junge Menschen in Oberösterreich haben keine Beschäftigung. Vielleicht darf ich noch zitieren aus der Armutskonferenz, wie Arbeitslosigkeit definiert wird. Arbeitslosigkeit ist eine gesellschaftliche Erscheinung, die primär aus dem objektiven Tatbestand einer fehlenden Arbeitskräftenachfrage resultiert und als solche vorwiegend vom Willen des Arbeitslosen unabhängig in Erscheinung tritt. Also ich denke, es geht um eine gesellschaftliche Verantwortung.

Ich möchte in diesen Tagen, wo sehr viel gefeiert wird auch darauf hinweisen, dass in den 70er-Jahren der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky die Aussage gemacht hat, die ja oft zitiert worden ist, ein paar Milliarden Schulden mehr würden ihm weniger schlaflose Nächte bereiten als einige hunderttausend Arbeitslose - damals, meine Damen und Herren, bei einer Arbeitslosigkeit von zwei Prozent. Also ich möchte darauf hinweisen, wie wichtig damals schon die Sozialdemokratie dieses Thema genommen hat. Wir haben derzeit eine Arbeitslosenrate von 8,9 Prozent.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass es schon Aufgabe ist, bei allen Festen und Feiern ganz besonders darauf hinzuweisen, dass es junge Menschen gibt, die keinen Job haben, die damit auch keine Perspektive haben. Daher fordern wir ein Ausbildungsmodell für Jugendliche, wo in Zusammenarbeit mit Sozialpartnern, mit dem Landesschulrat, mit dem Arbeitsmarktservice ein Ausbildungsmodell erarbeitet wird, wo jetzt konkrete Umsetzungsmaßnahmen gesetzt werden.

Erlauben Sie mir zum Abschluss eine Bemerkung. Sie werden mir sicher Recht geben, dass eine Blumenwiese nur dann schön ist, wenn darauf sehr viele Blumen blühen. Wir haben heute Blumen bekommen. Meine Damen und Herren, in unserer Gesellschaft gibt es Blumen, wenn ich das jetzt mit der Gesellschaft, mit gewissen Gruppen vergleiche, wo die Blumen prächtig blühen. Unternehmer freuen sich, dass sie immer weniger Steuern zahlen,

viele Menschen freuen sich über ein hohes Einkommen. Es gibt aber auch Menschen, wo die Blume nicht blüht, wo man die Blumen nicht zur Geltung kommen lassen will. Daher ist es unsere Aufgabe, auch für junge Menschen diese Blume zum Leben zu erwecken, blühen zu lassen. Daher ist es unsere Aufgabe hier konkret jetzt Maßnahmen zu setzen, um den Jugendlichen jetzt zu helfen. Ich ersuche wirklich eindringlich, hier der Dringlichkeit die Zustimmung zu geben. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist Herr Kollege Weinberger.

Abg. **Weinberger:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich schließe einmal an beim Kollegen Affenzeller. Ich glaube, niemand in diesem hohen Haus wird, und alle, die sich mit der Arbeitsmarktpolitik in Oberösterreich beschäftigen, werden dem jungen Menschen oder dem arbeitslosen jungen Menschen eine Eigenschuld zuordnen. Im Gegenteil, alle müssen wir bemüht sein und sind wir bemüht, hier gute Rahmenbedingungen zu schaffen und auch immer wieder Verbesserungen herbeiführen.

Im Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten mit der Beilagennummer 458/2005 wird die Oberösterreichische Landesregierung aufgefordert, Konzepte betreffend ein Ausbildungsmodell für Jugendliche mit den Sozialpartnern, sprich mit dem Landesschulrat und dem AMS zu entwickeln. Dabei sollen auch die Erfahrungen von Betrieben und betroffenen Jugendlichen eingebracht werden. Ja, wir alle wissen, dass die Arbeitslosenquote junger Menschen bis 25 Jahre im Durchschnitt des Jahres 2004 bei 5,3 Prozent lag. Auf der anderen Seite müssten wir sagen, Gott sei Dank lag sie 0,2 Prozent unter dem Wert des Jahres 2003. Aber sie ist immer noch viel zu hoch auch im Hinblick auf die Arbeitslosenquote des Jahres 2004 mit 4,4 Prozent in Oberösterreich.

Ich glaube, wir alle, die wir in der Kommunalpolitik und Regionalpolitik tätig sind, haben immer wieder bei Vorsprachen das Problem und diese offenen Fragen eines Lehr-, eines Ausbildungsplatzes oder gerade auch nach Bundesheer- und Zivildienstzeiten den Wiedereinstieg ins Berufsleben oder auch einer beruflichen Veränderung. Was die Arbeitslosigkeit in Österreich insgesamt anbelangt so dürfen wir schon auf die zum fünften Mal in Folge niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer im Jahresdurchschnitt in Oberösterreich im Besonderen verweisen. (Beifall) Wir sollten hier auch das Licht nicht unter den Scheffel stellen.

Nun aber wieder zum Dringlichkeitsantrag. Oberösterreich hat bereits ein umfassendes, ein umfangreiches Maßnahmenpaket für Jugendliche umgesetzt. Die mit Jahresbeginn 2004 gestartete Jugendoffensive des Landes und des AMS Oberösterreich wird im Jahr 2005, sowohl was die finanziellen Mittel anbelangt, sie waren 2004 bei gesamt 25 Millionen Euro, und wird 2005 auf 26 Millionen erhöht, als auch was jugendliche Arbeitssuchende anbelangt, von 2004 4.500 Jugendliche auf 2005 über 5.000 Jugendliche, angehoben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, unser Herr Landeshauptmann Dr. Pühringer als Finanzreferent, aber auch unser Arbeits- und Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl sind sich sicher der Wichtigkeit dieser aktiven Arbeitsmarktpolitik bewusst. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Landes Oberösterreich, des AMS Oberösterreich und Experten wird sich schnell und umfassend mit dieser für Gegenwart und Zukunft so wichtigen Thematik auseinandersetzen. In Form der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurde bereits vereinbart, dass die arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen in Oberösterreich evaluiert werden und zudem eine Studie in Auftrag gegeben wird, welche neue Ansätze für eine Effizienzsteigerung aufzeigen soll.

Ich denke, aus diesen aufgezeigten Sachargumenten können wir auch der Dringlichkeit nicht zustimmen, wobei uns das Thema sehr, sehr bewusst ist. Ich möchte besonders darauf hinweisen, dass wir erst kürzlich mit Dr. Roman Obrovsky vom AMS gesprochen haben und ihm und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist vieles auch in Oberösterreich für diese gute Zusammenarbeit mit der Landespolitik, was die Effizienzsteigerung des AMS, der Vermittlungsquoten, aber auch der Vermittlungszeiträume zu verdanken. Wenn wir sehen, dass wir in Oberösterreich im Durchschnitt eine Arbeitslosenzeit oder eine Vermittlungszeit von 71 Tagen haben, in Österreich diese aber bei 227 Tagen im Durchschnitt liegt, so glaube ich, kann man hier dem Land Oberösterreich, besonders aber auch dem AMS keine Versäumnisse vorwerfen.

Mit den Finanzmitteln, die das Land und die nur das Land Oberösterreich gibt, hat uns Dr. Obrovsky erklärt, wirklich eine hohe Effizienz gefunden werden kann. Ich glaube, wir werden das auch im Jahr 2005. Und mich freut das sehr, dass sich auch das AMS Oberösterreich sehr hohe Ziele steckt, die sie in den letzten vier, fünf Jahren immer erreichen konnten, besonders im Bereich der Qualifizierung von Jugendlichen, wie schon gesagt, mit über 5.000 Arbeitssuchenden, dass die auch dementsprechend in einen Prozess, in eine Weiterbildung, und ich hoffe auch zu Höherqualifizierungen und zu Lehrabschlüssen kommen. Es gibt ja im Bereich des Paktes für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen dementsprechende Mittel des Bundes, des Landes und des AMS. In dem Sinn, glaube ich, wird sehr, sehr viel getan. Wir wissen, dass noch mehr notwendig ist. Der Dringlichkeit können wir nicht zustimmen. Dankeschön. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, liebe ZuschauerInnen und Beamtete auf der Tribüne! Zum Thema: Der Antrag zielt hier auf eine Gruppe junger Menschen ohne Ausbildung ab. Ich möchte mich genau dieser Zielgruppe in meinen Ausführungen inhaltlich nicht nur mit Zahlen nähern. Wenn man genauer hinschaut, und wir haben das hier im Landtag ja schon öfter diskutiert, was sind denn Gründe, warum Jugendliche, weibliche und männliche, keine Ausbildung abschließen? Es liegt einerseits an der mangelnden oder oft nicht in diesem Bereich ansetzenden Grundschulausbildung. Die Diskussion haben wir ja laufend jetzt wieder auch im Bildungsausschuss diskutiert.

Ich denke, bei einer guten Grundausbildung für junge Menschen geht es nicht nur um Wissen und Kenntnisse, sondern vor allem um soziale Kompetenzen. Wenn wir genauer hinschauen, welche Jugendlichen sind das, die keine Ausbildung schaffen - aus welchen Gründen auch immer? Sie haben Defizite in der sozialen Kompetenz. Die gilt es zu erhöhen. Gerade hier muss das Grundschulsystem ansetzen und Maßnahmen setzen, um diese Stärkung der Kommunikationsfähigkeit, des Durchsetzungsvermögens zu fördern, aber auch dran zu bleiben an Problemen der Jugendlichen.

Der zweite Faktor ist den Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Ich komme aus einer ländlichen Region, und gerade hier gilt es für Jugendliche, auch dieses breite Angebot zu schaffen, den Zugang zu Ausbildungsmöglichkeiten. Da braucht es vielleicht noch kreativere Ideen. In der Region haben wir teilweise noch Defizite am öffentlichen Verkehr. Junge Leute, die in der Ausbildung sind, können nicht mit dem eigenen Auto fahren, die haben das Geld nicht dazu. Ich denke mir, hier sind wir gefordert, in den Bezirksverkehrskonzepten genau auch auf diese Zielgruppe hinzuschauen, dass wir den öffentlichen Verkehr so fördern, dass Jugendliche in die Ausbildung gehen können, dass Jugendliche von Kollerschlag eben auch

nach Helfenberg kommen können und hier eine Lehrausbildung machen können. Und das nicht nur, wenn sie die Eltern transportieren, sondern auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Oder, Ausbildungsverbände in der Region mehr zu fördern und zu fordern. Produktionsschulen sind ein weiterer Bereich, die genau diese Zielgruppe erfassen kann. Es braucht die Zusammenarbeit aller, der Schulen, aber auch der Wirtschaft. Gute Beispiele zeigen aus den Regionen, wo in einem Bezirk zum Beispiel es Treffen gibt mit Arbeiterkammer, also AMS, Wirtschaftsbetrieben aus der Region, der Schule und hier gemeinsam zu schauen, welche Angebote gibt es? Welche Interessen haben Jugendliche? Und welche Angebote haben wir von diesen Interessen noch nicht in der Region? Ich glaube, da gilt es auch hinzuschauen, dass wir in der Region noch flexibler auf die Bedürfnisse der Jugendlichen, auf die Interessen gerade auch von Mädchen eingehen, damit die nicht wieder wie bisher in bestimmten Berufen den Schwerpunkt finden.

Wenn man den Beschäftigungs- und Qualifizierungspakt für Oberösterreich 2005, der von den Sozialpartnern mit dem Land Oberösterreich abgeschlossen wurde, genauer anschaut, dann kommt man auf viele Maßnahmen, die genau diese Zielgruppe wieder erfassen. Ob das Ausbildungslehrgänge für Jugendliche mit sozialen Problemen sind. Da sind 160 Jugendliche gerade drinnen. Ob das Lehrausbildungen für behinderte Jugendliche sind. Diese Zielgruppe, wissen Sie, liegt mir sehr am Herzen. Überbetriebliche Lehrausbildungen werden auch gefördert in Lehrwerkstätten. Da gibt es 42 Jugendliche, die genau in diesem Bereich hier die Ausbildung machen. Produktionsschulen wie Linz und Steyr, das sind Modelle, die gehören noch genauer geprüft, angeschaut, wie kann man das auch in die Region transportieren. Ich glaube hier müssen wir aufgrund dieses Paktes, und es gibt ja die Evaluierung dieses Paktes, genauer hinschauen, was bringen welche Maßnahmen, welche Förderpolitik ermöglicht es Jugendlichen und vor allem jungen Frauen, die aufgrund von Kindern oder aus der Lebensgeschichte heraus keine Ausbildung gemacht haben. Also nachträglich noch eine Ausbildung machen zu können und hier in der Region bleiben zu können. Dazu gehören wieder Kinderbetreuungseinrichtungen, also es dreht sich immer im Kreis um sehr viele Dinge, die wir immer laufend schon fordern.

Ich glaube wir vom Landtag her können uns jetzt nicht irgendwie zurücklehnen und sagen, ja liebe Regierung macht mal und macht ein Paket. Ich glaube wir alle sind aufgefordert, alle Parteien sind aufgefordert gemeinsam in einem Ausschuss zu beraten, die Evaluationsergebnisse anzuschauen, was bewirken diese Maßnahmen, wo gibt es noch Defizite, wo können wir noch nachhaken und hier das gemeinsam anschauen.

Und einen Punkt möchte ich noch ansprechen, den habe ich vorher vergessen, die Teilqualifizierung. Die Teilqualifizierung ist ein sehr, sehr guter Weg. Hier sind wir in Oberösterreich im Bundesvergleich an der Spitzenposition, was wir an Jugendlichen haben, die Teilqualifizierung machen. Was ist die Teilqualifizierung? Vielleicht ist das vielen noch nicht so bekannt. Entweder man kann vier Jahre für ein gesamtes Berufsbild brauchen oder man kann nur Teile des Berufsbildes, in Absprache mit einer Begleitassistenz, erarbeiten in der Ausbildungsstätte und gleichzeitig auch in der Berufsschule ein Konzept, welche Bildungsinhalte haben diese Jugendlichen, die mit Teilqualifizierung sind, zu leisten. Und genau dieses Modell hat sehr viele gute Seiten. Und ich war auch in der Bundesarbeitsgruppe bei der Erarbeitung dieses Modells dabei. Und wir schauen uns auch immer die Evaluierung an. Derzeit sind 250 Jugendliche in Oberösterreich in dieser Maßnahme, und hier sieht man schon gute Erfolge. Nur da braucht es noch Verbesserungen in der Kooperation mit der Berufsschule und in der Kooperation mit den Betrieben.

Und ich glaube hier sind wir gefordert, gemeinsam im Ausschuss zu diskutieren und dann der Regierung, den politisch Verantwortlichen, etwas vorzulegen und sagen, auf dieser Basis wollen wir ein gutes Konzept weiter vorantreiben und die Fördermittel in diese Richtung einsetzen. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Nächster Redner zur Dringlichkeit ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Danke für den Antrag und lassen wir uns einmal die Modelle, die es bereits gibt, wirklich vorlegen. Und wenn ich jetzt wieder anfangen mit den echten Problemen, wird man uns sofort unterstellen, na typisch, von den Freiheitlichen ist ja nichts anderes zu erwarten.

Worin liegt denn das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und der hohen Quote? Die Kollegin Jahn hätte sicherlich die aktuellsten Zahlen. Ich bringe Ihnen jetzt Zahlen von der Arbeiterkammer Oberösterreich aus dem Oktober 2004. Im Oktober waren in Österreich laut Arbeiterkammer 224.636 Arbeitslose zu verzeichnen. Davon 187.222 Österreicher und 37.414 Ausländer. Wir haben jetzt natürlich aufgrund der Witterungssituation besondere Schwierigkeiten in der Bauwirtschaft und die von der SPÖ aufgezeigten Probleme der Jugendarbeitslosigkeit setzen genau das Problem der Bildung und der Bildungsdefizite, der Sprachkenntnisse, all dieser Bereiche fort.

In Wahrheit haben wir in Oberösterreich, gerade bei ausländischen Jugendlichen, die aufgrund der mangelnden Ausbildung und Vorbereitung die schwächere Berufschance in der Zukunft und eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosigkeit als die oberösterreichischen Jugendlichen haben. Und ich halte es für unfair gegenüber jeden Jugendlichen, ausländischen Jugendlichen, die sich illegal bei uns aufhalten, wie oberösterreichischen Jugendlichen. Alle brauchen ihre Chance und das hängt mit Bildung zusammen und das hängt mit Vorbereitung auf die Schule zusammen. Und deshalb haben wir ja beim letzten Mal eine aktuelle Stunde beantragt, dass es Grundvoraussetzung ist die Sprache zu verstehen, um in der Bildung so weit voranzukommen, um überhaupt eine Chance in einem Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt zu bekommen.

Wir lehnen die Dringlichkeit auch deshalb ab, weil wir die aktuellsten Zahlen dann von der Arbeiterkammer einfordern werden. Dass man genau weiß, wo sind die Probleme. Denn wenn wir hier dasitzen wie manche würden sagen die drei Affen und glauben, wir können durch einen politischen Hickhack das jeweils der anderen Partei zuordnen, dann machen wir genau das, was niemanden unserer Jugendlichen in Oberösterreich helfen würde. Da sollten wir wirklich einmal in die Tiefe gehen, wo die Probleme sind. Und auch diese Tabuthemen, die nur von den Freiheitlichen angegriffen werden, anziehen.

Und wir haben ja in Oberösterreich auch aufgrund freiheitlicher Vorschläge gute Modelle erarbeitet. Ich denke hier an den Ausbildungsverbund, wo tausende Lehrlinge jetzt ausgebildet werden und wurden, weil man der Spezialisierung einen Schritt entgegengesetzt hat. Vielleicht ist der Ausbildungsverbund, den man erweitern sollte in touristische Bereiche, eine Chance auch für Jugendliche. Oder das Bildungskonto, das immer mehr schon ausgebaut wurde, sollte vielleicht zu einem echten Bildungsscheck herangezogen werden. Es ist nicht einsehbar, dass jemand, der über den zweiten Bildungsweg sich auf Maturaniveau vorarbeitet, dort einige tausende Euro zu bezahlen hat und gleichzeitig sind jene Institutionen, ob es das WIFI oder BFI ist, jene Institutionen, die vom Steuerzahler das Geld bekommen, um diese Vorbereitungskurse anzubieten. Da bin ich der Meinung, da sollte Steuergeld einge

setzt werden, dass bis zum Maturaniveau das nicht 1.000 Euro diesen jungen Menschen, die eben über den zweiten Bildungsweg diesen Fortgang und diese Fortschreibung machen wollen, kostet.

Und in diesem Ausbildungsmodell muss man gerade jenen Menschen, die vielleicht jetzt als Jugendliche die Berufsschule oder die Schulprobleme mit sich mitgetragen haben wie einen Rucksack, und das sind vorwiegend ausländische Jugendliche, die halt in der Schule keinen schulischen Erfolg bewiesen haben und jetzt am Arbeitsmarkt besondere Probleme haben, auch Modelle anbieten, um sie zu integrieren.

Frau Kollegin Schwarz! Wenn du den Kopf schüttelst, dann verleugnest du die objektiven Zahlen, die von der Arbeiterkammer uns auf den Tisch gelegt werden. Oder du sagst hier heraußen dann nachher, das interessiert mich nicht, wenn die dann arbeitslos sind. Mich interessiert es, dass alle Jugendlichen in Oberösterreich eine faire Chance haben und die faire Chance beginnt bei einer fairen Bildung und dann sollten wir gemeinsam im Bildungsausschuss mit den angesprochenen Sozialpartnern, mit den jeweilig sonst interessierten Vertretungen in diesen Bereichen selbst auch arbeiten. Uns alles vorlegen lassen, es ist zu einfach, wir machen eine Resolution, Landesregierung kümmere dich darum, schau dir an welche Modelle vorliegen. Ich glaube, dass wir Abgeordnete sogar ein Recht, ja eine Pflicht haben, sich die bereits vorliegenden Modelle der jeweiligen Institutionen anzuschauen und vielleicht gibt es Ergänzungen von uns, vielleicht gibt es auch Geldwünsche dafür. Dafür sind wir auch zuständig und das sollten wir selbst im Bildungsausschuss erarbeiten. Deswegen keine Dringlichkeit, sondern seriöse Vorbereitung durch den Bildungsausschuss. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke, ich schließe die Wechselrede zur Dringlichkeit und ich lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 458/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden. Ich weise die Beilage dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zu.

Wir behandeln weiters die Beilage 459/2005. Es wurde ebenfalls vorgeschlagen, diese im Rahmen Ihres Antrages keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um einen Initiativantrag betreffend die Erweiterung der Richtlinien für die Gewährung eines Beitrages bei Beschaffung von Wohnungen und Eigenheimen. Es ist ein Geschäftsbeschluss dazu notwendig und ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Mag. Chansri.

**Abg. Mag. Chansri:** Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hohes Haus! Mit der Beilage 459/2005 wollen wir ein deutliches Signal in Richtung Unterstützung von jungen Menschen in unserem Land setzen. Die gesellschaftliche Situation von jungen Menschen ist nicht wirklich berauschend. 10.211 junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren waren im Februar 2005 in Oberösterreich arbeitslos und in Schulungen.

Nicht nur die arbeitsrechtliche Situation stellt junge Menschen vor erhebliche Existenzprobleme. Gerade der Start ins Leben ist für junge Menschen mit erheblichen Kosten verbunden. Neben Jobsuche und Ausbildung entstehen den jungen Menschen beim Bezug der ersten eigenen Wohnung, bei Gründung von Wohnungsgemeinschaften oder beim Hausbau erhebliche Kosten.

Wie im Dezember bei der Budgetlandtagssitzung bereits angekündigt, hat die SPÖ bereits bestehende Förderungen seitens des Landes Oberösterreich näher betrachtet und ist auf die Richtlinie für die Gewährung eines Beitrages bei der Beschaffung von Wohnungen und Eigenheimen gestoßen. Die derzeitigen Richtlinien für die Gewährung eines Beitrages für die Beschaffung von Wohnungen und Eigenheimen sind abgestellt auf Jungfamilien bzw. alleinstehende Elternteile.

So ist es für uns grundsätzlich zu begrüßen, dass eine Förderung für diese Personengruppen gegeben ist. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass Jugendliche für ihren Start in ihre erste eigene Wohnung oder in ihr erstes Eigenheim auch ohne Ehepartner und Kinder ebenfalls dringend eine finanzielle Unterstützung benötigen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ihnen ist sicher bekannt, dass gerade die Lebensformen des Singledaseins oder die der Gründung von Wohnungsgemeinschaften, den WGs, die häufigsten Lebensformen von jungen Menschen in unserem Land sind. Unser Antrag soll diesen Bedarf zahlreicher Jugendlicher in Ergänzung zu den bisherigen Förderungen gerecht werden.

Wir fordern die oberösterreichische Landesregierung mit der Beilage 459/2005 dazu auf, die Richtlinien für die Gewährung eines Beitrages bei Beschaffung von Wohnungen und Eigenheimen derart zu ergänzen, dass ein zusätzlicher Förderansatz geschaffen wird, durch den alle Personen unter 35 Jahren Anspruch auf eine einmalige Förderung von 500 Euro erhalten.

Entsprechend den Richtlinien kann eine solche Förderung nur einmal gewährt werden. 500 Euro Starthilfe für die erste eigene Wohnung bzw. das erste eigene Heim war bereits eine Hauptforderung der SPÖ Oberösterreich im Zuge des Landtagswahlkampfes 2003 und ist auch auf breite Unterstützung bei den jungen Menschen in unserem Land gestoßen.

Ich appelliere hier an Sie, die Situation der jungen Menschen ernst zu nehmen und auch die Dringlichkeit und Notwendigkeit zu sehen, diese bereits bestehenden Richtlinien auf alle jungen Menschen auszudehnen, unabhängig davon ob sie verheiratet sind oder bereits Kinder haben. Wir wollen keine Zweiklassengesellschaft bei der Zukunft unseres Landes schaffen. Setzen Sie ein modernes und innovatives Zeichen und machen Sie die Gewährung einer Unterstützung bei Bezug des ersten eigenen Heimes für alle Oberösterreichinnen und Oberösterreichern unter 35 Jahren zugänglich. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: „Warum tut das der Landesrat Kepplinger nicht?“ Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Nächster Redner zur Dringlichkeit ist Herr Kollege Weixelbaumer.

Abg. **Weixelbaumer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Wir dürfen heute einen Initiativantrag der SPÖ behandeln, der inhaltlich nachvollziehbar ist und auch entsprechend behandelt werden muss. Wir sind uns einig, dass wir alles unternehmen müssen, um gerade diese Altersgruppe entsprechend zu fördern und auch die nötige Hilfe zu geben.

Ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen und sehr intensiv darauf hinweisen, dass die neue Wohnbauförderung sehr wohl auch für diese Altersgruppe zugänglich ist. Und ich möchte noch einmal unterstreichen, dass die beiden bestehenden Förderungen, im Konkreten das Hausratsdarlehen mit einem Zinsenzuschuss von vier Prozent oder umgekehrt mit



maximal 450 Euro gefördert wird und im Rahmen der Aktion 35 + 3, also zum Grundkauf, Förderungen möglich sind, nicht rückzahlbare Beihilfen oder Zuschüsse von maximal rund 1.450 Euro, also insgesamt 1.900 Euro für eine Gruppe an Erstförderung möglich ist.

Es ist wichtig und es gehört ordentlich diskutiert. Daher glaube ich, dass dieses Thema im zuständigen Ausschuss zu behandeln ist und die ÖVP deshalb dem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen kann und wird.

Verehrte Damen und Herren! Erlauben Sie mir auch noch ein Wort zum etwas kuriosen Einreichungszeitpunkt dieses Initiativantrages. Wir haben bereits gehört, dass der Inhalt dieses Antrages bereits ein Wahlkampfthema der SPÖ vor der letzten Landtagswahl war. Im Herbst 2004, also am 4. 3. 2004 hat die FPÖ auch einen derartigen Antrag gestellt und jetzt liegt ein Antrag der SPÖ in diese Richtung vor, obwohl wochenlang alle Regierungsparteien, auf Basis eines Entwurfes des zuständigen SPÖ-Landesrates Kepplinger, die neue Wohnbauförderung behandelt haben und ihr zugestimmt wurde.

Das gute Verhandlungsergebnis, es handelt sich um das beste Förderungsprogramm im Bundesländervergleich, wurde und das zu Recht mit medialen Festspielen gefeiert. Und jetzt wird mit einer unverständlichen aber durchsichtigen Rolle rückwärts der SPÖ ihr eigenes Verhandlungsergebnis und vor allem das von Landesrat Kepplinger in Frage gestellt. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Wageneder.

Abg. **Wageneder:** Werte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Inhaltlich habe ich meinem Vorredner nicht mehr sehr viel hinzuzufügen. Über diesen Antrag kann man ja inhaltlich diskutieren, aber von der Vorgangsweise her muss ich sagen, wenn nicht die Faschingszeit schon vorbei wäre, wäre das ein Beitrag für eine Faschingszeitung.

Herr Landesrat Kepplinger hat gerade die neue Verordnung für die Wohnbauförderung der Presse präsentiert. Hier lobt er auch die soziale Ausgewogenheit, weil in Zukunft die Wohnbauförderung nach gestaffeltem Einkommen vergeben werden soll, weil es eine erhöhte Wohnbauförderung geben soll für Alleinerzieher und für Mehrkindfamilien und nachträglich sogar noch Förderzuschläge für Kinder. Diese brandneue Verordnung ist noch nicht einmal in der Landesregierung gewesen und nun liegt von der SPÖ selber ein Dringlichkeitsantrag vor, der für diese Verordnung noch zusätzlich 500 Euro fordert.

Und außerdem, wie ja schon gesagt wurde, gibt es noch einen inhaltlich identen Antrag der FPÖ, der seit einem Jahr im Unterausschuss liegt. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: „Wer ist denn da Vorsitzender?“) Der Vorsitzende des Unterausschusses Herr Kollege Kapeller, ich frage mich schon, warum wurde dieser Antrag nicht mitverhandelt bei der neuen Wohnbauförderung? Ich verstehe auch heute sehr genau, dass die FPÖ hier einen Fristsetzungsantrag zu Ihrem Antrag einbringt.

Ja, wir können dieser Dringlichkeit heute nicht zustimmen, da würden wir uns lächerlich machen. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist natürlich ungewöhnlich, dass meine Wortmeldung durch beide Vorredner vorweggenommen wurde.

Also Kollege Kapeller! Ich bitte dich als Unterausschussvorsitzender des Wohnungsausschusses Folgendes zu tun: Dein Fraktionsmitglied Mag. Chansri zu informieren, dass genau dieser Antrag, bei dem sie die Dringlichkeit heute hier begründet hat, bereits bei dir im Ausschuss liegt und es an dir liegt einen Ausschuss einzuberufen und dann diesen Antrag zu beschließen. Mir tut es ja auch ein bisschen leid und wenn man das chronologisch ein bisschen zurückverfolgt, hat ja den ersten Fehler die SPÖ damit gemacht, sie hat nämlich dem Budget zugestimmt und da ist genau der Geldbetrag nicht inkludiert. Jetzt weiß ich nicht, ist die Budgetverhandlung jetzt wieder neu eröffnet über das Budget 2005 oder gilt der Beschluss der SPÖ über das Wohnbaubudget noch? Weil bereits auch damals, im Budget wollten wir genau diese Starthilfe einführen und da hätte sie auch beschlossen werden sollen. Das ist aber nicht gemacht worden.

Jedenfalls liegt im Unterausschuss ein freiheitlicher Antrag, der nicht behandelt wird, wo es keinen Termin bis jetzt gibt durch den Vorsitzenden des Unterausschusses. (Zwischenruf Abg. Kapeller: „Freilich, der 30. 3. 2005 ist vereinbart Herr Kollege!“) Aber es gibt noch den Landesrat Kepplinger, der hat jetzt also offensichtlich ohne Rücksprache mit seinem Klub eine neue Verordnung mit der ÖVP und mit den Grünen gemeinsam verhandelt und ganz wichtige Anliegen der jüngeren Mitglieder der Fraktion nicht berücksichtigt. Im Übrigen ist es ja auch eine Wahlkampfzusage der SPÖ gewesen und deswegen verstehe ich ja auch, dass die Mag. Chansri das von ihrem Regierungsmitglied einfordert und sie tut es zu Recht, denn wenn die SPÖ es verspricht, dann soll sie es auch halten. (Beifall) Dann soll auch doch der Landesrat Kepplinger hergehen, der eine neue Verordnung ausverhandelt hat, na selbstverständlich, das war ein Wahlkampfthema, das haben wir den Menschen in Oberösterreich versprochen und dann soll der freiheitliche Antrag mitbeschlossen werden oder der SPÖ-Antrag, der wortgleich lautet, beschlossen werden. Im Ausschuss ist ja noch der Kollege Frais als Klubobmann und die Frau Dr. Schmidt, ich glaube, da hat es genug Wohnbaukompetenz gegeben, nachdem im Wohnbaubereich ja die SPÖ viele Kompetenzen hat, diesen Antrag auch wirklich umzusetzen. Aber der Dringlichkeitsantrag, einen Antrag der Freiheitlichen abzuschreiben und dann heute beschließen zu lassen, da kann ich nur mit den Worten der Kollegin Wageneder argumentieren, am Aschermittwoch war der Fasching vorbei. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit der Beilage 459/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt und weise die Beilage dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zu.

Ich teile mit, dass heute eine Sitzung des Ausschusses für Verfassung und Verwaltung stattgefunden hat. Es wurde dabei beschlossen, dem Landtag für die heutige Sitzung das Oberösterreichische Antidiskriminierungsgesetz zur Beschlussfassung vorzulegen. Dieses Gesetz liegt mit der Beilagennummer 453/2005 auf Ihren Plätzen auf. Um sie in die Tagesordnung aufzunehmen, ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass die Beilage 453/2005 in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgenommen wird, die Wechselrede. Herr Klubobmann Trübswasser.

**Abg. Trübswasser:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren! Es ist zwar ein Antrag, der voraussichtlich mit großer Mehrheit von diesem hohen Haus beschlossen wird. Das ist ein Antrag, der zuletzt heute nicht mehr viel Divergenz zeigen wird. Aber ich glaube, der Bedeutung dieses Antrags, der Bedeutung dieses Gesetzes gerecht zu werden, hat mich dazu gedrängt, dass ich einige Worte dazu sage und mich dieser Tag doch mit einiger Freude und Genugtuung erfüllt, wo es doch nach einem Jahr vieler Gespräche, vieler Verhandlungen und nach mindestens drei Jahren intensiver Vorbereitung dazu bringt, einem Antrag zustimmen zu dürfen, der von europäischer Bedeutung ist. Wie Sie wissen, hat sich die Europäische Union nicht nur Wirtschaftsziele gesetzt, sondern auch Menschenrechts- und Friedensziele, und zu den Menschenrechtszielen zählt das Zusammenleben in einem größeren Europa, in einer modernen Gesellschaft, die das Wort Diskriminierung nicht kennt oder nicht kennen sollte. Und dass angesichts dieser Dimension der europäischen Bemühungen Oberösterreich in einer wie ich meine hervorragenden und vorbildlichen Weise reagiert hat, möchte ich doch in diesem Haus festhalten. Ich tue dies deshalb auch, weil so ein Stück von der Bedeutung verloren geht, wenn wir am Ende eines anstrengenden Tages mit vielen interessanten Themen dann zum Schluss zu einer Abstimmung und dann zu einer öffentlichen Diskussion kommen zu einem Thema, das mehr Öffentlichkeit verdient hätte.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nur zwei Dinge sagen, die mir an dieser Stelle wichtig sind. Erstens, ich danke allen, die an der Gesetzeswerdung mitgearbeitet haben, allen voran natürlich der Landtagsdirektion, dem Verfassungsdienst, aber auch meinen Kolleginnen und Kollegen. Es war durchgehend, und das möchte ich betonen, über den ganzen Zeitraum eine hoch sachliche, spannende und inhaltsreiche Diskussion. Wenn wir das Gesetz heute auf den Weg bringen oder beschließen, dann ist es ein Werk, das alle hier mitgetragen haben. Auch wenn die FPÖ aus verschiedenen Gründen heute nicht mitstimmen wird, wir müssen das akzeptieren, es tut mir sehr leid, aber so hat sie sich auch in der Vertretung, in der Person von der Frau Kollegin Moser in erster Linie, an der Diskussion aktiv und konstruktiv beteiligt. Dafür möchte ich einmal allen Beteiligten sehr herzlich danken.

Das Zweite ist, geschätzte Damen und Herren, ich möchte eindeutig festhalten, mit diesem Gesetz ist überhaupt noch nichts erledigt. Wir haben mit dem Gesetz erst ein Instrument geschaffen, wo wir in Zukunft der Diskriminierung wirklich mit Zähnen den Kampf ansagen können und nicht nur durch wohlwollendes Zureden und beschwichtigende Worte. Ich glaube, wir müssen diesem Gesetz zum Durchbruch verhelfen auch dadurch, dass wir aufklärend wirken, dass wir sensibilisieren, dass wir verstehen, was Diskriminierungen sind. Und lassen Sie es mich in aller Deutlichkeit festhalten, Diskriminierungen sind Menschenrechtsverletzungen, sind keine Bagatellen, sind keine Hoppaläs, die passieren und die man tolerieren kann, sondern Diskriminierungen sind tiefe Verletzungen, die Spuren hinterlassen und da vor allem Spuren in der Gesellschaft. Und wenn wir als nächsten Tagesordnungspunkt die Zukunft Oberösterreichs als Wirtschafts-, Industrie-, Wissens- und Technologiestandort wollen und besprochen werden, dann spielt auch die diskriminierungsfreie Zone eine Rolle. Und ich glaube, dass es wichtig ist in einem modernen Land, das in die Welt hinausgeht, das will, dass die Welt zu uns kommt, keine Diskriminierungen stattfinden, dann sind wir auch in dieser Hinsicht europareif und eine Region und ein Land, das man weltweit herzeigen kann und auf das man stolz sein kann. Ich danke für die Zusammenarbeit. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich darf fragen, gibt es eine weitere Wortmeldung zum Geschäftsbeschluss der Aufnahme in die Tagesordnung dieses Antrages? Das ist nicht der Fall, dann schließe ich die Wechselrede darüber und ich lasse abstimmen. Ich stelle hier fest, dass nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen diese Aufnahme in die Tagesordnung gefasst werden kann. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Aufnahme

der Beilage 453/2005 in die Tagesordnung zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen wurde.

Ich teile mit, dass schriftliche Anfragen eingelangt sind. Diese Kopien der schriftlichen Anfragen und die auch zwischenzeitig eingelangten Beantwortungen liegen auf Ihren Plätzen auf bzw. so wie gewünscht wurden Ihnen auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt. Weiters teile ich mit, dass im Rahmen der letzten Sitzung des Ausschusses für Umweltangelegenheiten Herr Kollege Landtagsabgeordneter Alfred Frauscher zum zweiten Schriftführer gewählt worden ist.

Wir kommen nun zur aktuellen Stunde mit dem Thema "Wirtschaftsstandort Oberösterreich - Zukunftsstrategien für Wachstum und Beschäftigung". Ich erteile Herrn Klubobmann Mag. Strugl als Sprecher des antragstellenden Klubs das Wort.

**Abg. Mag. Strugl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte wird immer härter, die Konkurrenz wird immer härter und auch die Rahmenbedingungen werden immer schwieriger. Das wissen wir alle auch hier in diesem Landtag. Wir sind in einer erweiterten EU, wir haben neue Nachbarn, wir haben Wirtschaftsstandorte rund um uns, die sich ebenfalls anstrengen, wir haben eine Konjunktur, die nicht so ist, wie wir uns das wünschen und wir sind als Bundesland Oberösterreich, und das ist eine Kernstärke dieses Bundeslandes, ein dynamischer Wirtschaftsstandort. Und ich glaube, das ist eine ganz zentrale politische Fragestellung und deswegen haben wir diese Frage auch in den Mittelpunkt einer aktuellen Stunde gestellt und haben sie beantragt, dass "Wirtschaftsstandort Oberösterreich - Zukunftsstrategien für Wachstum und Beschäftigung" heute ein wichtiges Thema in dieser Landtagssitzung sein soll.

Ich glaube, dass wir über die Fraktionen hinweg in den wesentlichen Zielsetzungen ja auch politisch einig sind. Oberösterreich ist schon heute eine der innovativsten und stärksten Regionen in Europa, aber es geht uns natürlich darum, was können wir tun, welche Rahmenbedingungen kann die Politik hier setzen, um diese Entwicklung abzusichern und um diesen Wettbewerbsvorsprung nicht nur zu konservieren, sondern auch entsprechend auszubauen. Und da sehen wir auch entsprechende Schwerpunkte, strategische Schwerpunkte, das ist der Bereich Forschung und Entwicklung, das ist insbesondere der Bereich der Bildung, der Aus- und der Weiterbildung, das ist der Bereich der Standortentwicklung generell auch in einem europäischen Kontext. Und das ist auch für uns die wesentliche Leitlinie. Wir haben in den vergangenen Jahren, ich habe es schon gesagt, auch deswegen eine sehr gute Entwicklung als Standort nehmen können, weil wir hier entsprechende Strategien verfolgt haben. Wir hatten ein Programm Oberösterreich 2000+, das uns strategisch auf diesen Weg gebracht hat und ich sage auch dazu, dass die Wirtschaftsreferenten dieses Landes in den letzten Jahren hier erfolgreiche Arbeit gemacht haben, ob das ein Christoph Leitl war, ob das ein Josef Fill war, ob das jetzt ein Viktor Sigl ist. Ich glaube, dieser Weg ist erfolgreich gewesen in den letzten Jahren. (Beifall)

Wir haben auch einen entsprechenden dringlichen Antrag zu dieser aktuellen Stunde eingebracht, der sich auf diese Schwerpunkte, die ich zuerst genannt habe, auf diese strategischen Felder konzentriert. Oberösterreich hat, das habe ich gesagt, eine positive Entwicklung genommen in den verschiedenen Bereichen, ich sage nur einige Beispiele. Wir sind im Wirtschaftswachstum, in der Wertschöpfung besser gewesen als andere Standorte im Jahr 2004, und eigentlich schon seit dem Jahr 2000 haben wir immer ein überdurchschnittliches Wachstum in diesem Bereich gehabt. Was schon mehrfach angesprochen wurde ist der Ar

beitsmarkt. Hier haben wir auch zum wiederholten Male jetzt schon, ich glaube zum vierten oder fünften Mal, im Jahr 2004 den besten Wert aller Bundesländer aufweisen können mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 4,4 Prozent, Sie wissen, der Bundesdurchschnitt ist 7,1 Prozent. Und das, was glaube ich bemerkenswert ist, diese Zahlen, die kennen Sie ja, aber man muss eine Entwicklung sehen. Es ist gelungen in den letzten zehn Jahren, wir haben heute schon einmal davon gesprochen, die Frau Präsidentin hat dem Herrn Landeshauptmann gratuliert zu zehn Jahren Landeshauptmann. In diesen zehn Jahren, meine Damen und Herren, ist es gelungen, Oberösterreich in der Entwicklung abzukoppeln vom Bundestrend in der Weise, dass wir sozusagen den Vorsprung vergrößert haben. Wir hatten vor zehn Jahren in Oberösterreich eine Arbeitslosigkeit von 5,1 Prozent im Land und von 6,6 Prozent im Bund, das heißt also, eine Differenz von 1,5 Prozent. Im letzten Jahr hatten wir in Oberösterreich bekanntlich 4,4 Prozent und in Österreich 7,1 Prozent, ist eine Differenz von 2,7 Prozent. Das heißt, wir gehen in eine andere Richtung.

Das ist deswegen bemerkenswert, weil insgesamt durch die schleppende Konjunktur es ja schwerer geworden ist, und ich glaube, das kann man ja auch positiv hier vermerken. Und auch in schwierigen Gruppen, ob das bei der Jugend ist, ob das bei den Frauen ist, ist Oberösterreich in diesem Teil des Arbeitsmarktes das beste Bundesland. Ich weiß schon, und es hat auch seine Berechtigung, darauf hinzuweisen insbesondere durch die SPÖ, wenn man sagt, ja, aber wir sehen in der jüngsten Zeit eine Entwicklung, die uns Sorgen macht und das wollen wir auch nicht verhehlen und deswegen stimmen wir auch überein zu sagen, wir wollen dort Maßnahmen setzen, aber wenn man die gesamthafte Entwicklung betrachtet, und das sei halt an dieser Stelle erlaubt, muss man sagen, auch bei den Frauen, auch bei den jungen Leuten ist Oberösterreich am Arbeitsmarkt das beste Bundesland im Jahresdurchschnitt. Und ich glaube, das ist ein Erfolg. (Beifall)

Und dazu kommt ein wirklich erfreulicher Zuwachs an Arbeitsplätzen. Ich nehme jetzt wieder die letzten zehn Jahre her, weil es in Tagen wie diesen eine interessante Periode ist, in den letzten zehn Jahren 47.000 Beschäftigte mehr im Bundesland, 47.000 Arbeitsplätze mehr, auch das glaube ich ist ein Erfolg. (Beifall) Gratulation auch an Viktor Sigl, auch über 23.000 Betriebe, Unternehmer mehr in diesem Land. Ich glaube, das sind Grundlagen für eine erfolgreiche Entwicklung. Damit ich etwas Unverdächtiges sage, das behaupten ja nicht nur wir, Sie haben es gelesen nehme ich an in den Medien in den letzten Tagen, ein Unternehmen, das internationale Konzerne bei der Standortsuche berät, hat eine Untersuchung gemacht unter 1.200 europäischen Regionen, was die Standortqualität betrifft. Herausgekommen ist, dass wesentliche Wirtschaftsräume in Oberösterreich, nämlich der Raum Linz-Wels und der Raum Steyr-Kirchdorf unter 1.200 auf Platz 12 und auf Platz 13 rangieren und dass insgesamt Oberösterreich als einer der exzellentesten Standorte überhaupt ausgewiesen wird. Zum Vergleich, die beste deutsche Region, nämlich Bremen, rangiert auf Platz nicht 100 und nicht 200, sondern auf Platz 443. Ich glaube, das ist schon ein Zeichen, dass sich Oberösterreich gut entwickelt. (Beifall)

Was sind Erfolgsfaktoren aus unserer Sicht für diese Entwicklung? Es ist ja klar, dass Politik Rahmenbedingungen machen kann, dass man das nicht alles selber machen kann und auch nicht alleine machen kann. Und wir haben uns bemüht, auch in den entsprechenden Programmen, diesen Erfolgsfaktoren Rechnung zu tragen. Ich glaube, ein ganz wichtiges Element ist die hohe Investitionsquote, die das Land jährlich in seinen Budgets auch entsprechend verwirklicht. Diese Investitionen haben gerade in dieser schwierigen Zeit im Sinne einer antizyklischen Budgetpolitik dazu beigetragen, dass wir eben eine bessere wirtschaftliche Entwicklung genommen haben, als es auf Grund der allgemeinen Konjunktur an sich logisch gewesen wäre. Wenn wir ungefähr jeden vierten Euro investieren im Land, dann

bringt das natürlich auch regionalpolitisch etwas, es ist ja auch untersucht worden, Sie wissen es, es entsteht dadurch eine regionale Wertschöpfung, es entstehen dadurch etwa 15.000 Arbeitsplätze, das hat uns die Universität Linz, ja ganz richtig, entsprechend bestätigt. Und ich glaube, das zeigt auch, dass dieser Weg richtig ist. Wir haben mit dem letzten strategischen Programm Oberösterreich 2000+ ungefähr eine Milliarde in der alten Währung oder nicht ganz 73 Millionen Euro investiert in Technologie, in Bildung, denken Sie an die Technologiezentren, denken Sie an die Fachhochschulen, denken Sie an Hagenberg, denken Sie an die Cluster. Ich glaube, das hat sich ausgezahlt, das hat Oberösterreich auch auf diese Erfolgsspur gebracht. Denken Sie aber darüber hinaus bei den Investitionen an die ganzen Infrastrukturinvestitionen. Ob das der Verkehrsbereich ist, ganz wesentliche Projekte wie die Pyhrnautobahn, die Westspange, denken Sie aber auch an die HTL-Offensive, an Lambach beispielsweise oder auch an Dinge wie die Breitbandoffensive. Ich glaube, da sieht man, was damit gemeint ist.

Und jetzt möchte ich anhand von einigen wenigen ausgewählten Beispielen das auch ein bisschen illustrieren. Wir haben einen Betrieb in Oberösterreich, der ist ein Weltkonzern, der heißt BMW. Der wurde hier angesiedelt in einer ehemaligen Krisenregion, nämlich in Steyr. Und das Beispiel BMW zeigt, warum Oberösterreich ein attraktiver Standort für höherwertige Produktion ist. Wir haben schon ein paar Mal auch darüber diskutiert in diesem Haus. Wir können ja nicht der "billige Jakob" sein im Standortwettbewerb oder ein Lohnniedrigland, und das wollen wir auch nicht sein, wir wollen die Sieger sein, die das beste Stück in der Wertschöpfungskette für sich kriegen im Wettbewerb. BMW produziert heute zwei Drittel ihrer Motoren, und wie gesagt weltweit, in Oberösterreich, das sind ungefähr 600.000 Motoren. BMW hat in den letzten Jahren, 2002 bis 2005, 500 Millionen Euro investiert, investiert jetzt noch einmal in der nächsten Ausbaustufe 300 Millionen Euro, insgesamt sind es bereits 2,6 Milliarden Euro und 2.700 Arbeitsplätze, die mit dieser Ansiedlung geschaffen wurden.

Ein anderes Beispiel, politisch ein interessantes. Die voestalpine. Die voestalpine hat im Geschäftsjahr 2003/2004 eine Rekordbilanz, das wissen wir alle. Erarbeitet durch eine tüchtige Mitarbeiterschaft, durch eine clevere Unternehmensführung, aber auch durch richtige politische Rahmenbedingungen. Wir haben vor Kurzem eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht, die ganz wichtig war für die weitere Strategie des Unternehmens, Herr Landesrat Anschöber, wir haben in der Frage der Zuteilung der Zertifikate bei den CO<sup>2</sup>-Emissionen einen Weg beschritten, der für das Unternehmen vorteilhaft war, und wir haben jetzt eine voest, die so erfolgreich ist wie nie zuvor. Und ich sage Ihnen auch noch eines. Der Privatisierungsschritt, der im Jahr 2003 getan wurde, war auch eine Voraussetzung für diesen Erfolg, das wird Ihnen die Unternehmensleitung bestätigen, dass das Gegenteil von dem wahr geworden ist, was insbesondere von der SPÖ im Wahlkampf gesagt wurde. Es wurde gesagt, es gibt einen Ausverkauf ins Ausland, es wurde gesagt beispielsweise, Dipl.-Ing. Erich Haider hat gesagt, das wird ein wirtschaftliches Fiasko, es ist das Gegenteil geworden, und ich glaube, jetzt können wir uns gemeinsam darüber freuen, weil es ist ein Leitbetrieb in Oberösterreich, dass diese Entwicklung stattgefunden hat. (Beifall)

Und ich glaube, man muss sagen, wenn die voest heute der modernste integrierte Stahlstandort in Europa ist, dann hat die Politik die richtigen Rahmenbedingungen, auch wenn sie politisch sehr umstritten waren, hier gesetzt.

Und abschließend, es wurde heute erwähnt, ich glaube vom Abgeordneten Affenzeller, ein wichtiger Politiker, der ehemalige Bundeskanzler Kreisky, die SPÖ macht jetzt sogar eine eigene Ausstellung dazu. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: „Wieso sogar?“) Dann streiche ich das Wort sogar, ich wollte ja eigentlich nur sagen, ich bin

ja dankbar für diesen Hinweis. Ich kann Ihnen auch sagen warum. Er zeigt nämlich den Unterschied in der Wirtschaftspolitik zwischen dem, was die SPÖ gemacht hat, und zum Teil heute immer noch fordert, und dem, was die ÖVP als wirtschaftspolitisch richtig erachtet hat. Ich rede jetzt gar nicht vom Konsum und von solchen Dingen, wo die sozialdemokratische Unternehmerschaft, oder zumindest die der Gewerkschaft gescheitert ist. Ich rede von dem, was der Herr Affenzeller heute gesagt hat. Er hat gesagt, ich kann Schulden aushalten aber keine Arbeitslosen, sinngemäß. Diese Doktrin, Schulden machen um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, ist gescheitert. Und am besten ist das sichtbar am Beispiel der voest. Es wurde in dieser Zeit in die Verstaatlichte investiert, 120 Milliarden Schilling, und gleichzeitig sind 76.000 Arbeitsplätze dort verloren gegangen, meine Damen und Herren. Und das ist der Unterschied, und wenn die SPÖ eine Ausstellung, ich habe das heute in der Kronen Zeitung so gelesen, Herr Dipl.-Ing. Haider, darum habe ich es gesagt, die ÖVP sagt zehn Jahre Pühringer, und die SPÖ kontert mit der Ära Kreisky. Jetzt sage ich Ihnen den Unterschied. Pühringer hat das Land schuldenfrei gemacht, Kreisky hat uns eine der ärgsten Verschuldungssituationen der Republik hinterlassen, an der wir heute noch kauen. Er hat die Schulden verzehnfacht in seinen 13 Amtsjahren. Pühringer hat bei der voest einen Weg beschritten, der erfolgreich ist, Kreisky hat einen Weg beschritten, der dazu geführt hat, dass Arbeitsplätze verloren gegangen sind in großer Zahl. Pühringer ist mit Oberösterreich heute Arbeitsplatzsieger, Kreisky hat in Oberösterreich Arbeitsplätze verloren. Das sind die Unterschiede, (Beifall) die Politik des Bruno Kreisky hat dazu geführt, dass Oberösterreich fast eine Krisenregion geworden ist, die Politik des Josef Pühringer hat dazu geführt, dass Oberösterreich heute der erfolgreichste Wirtschaftsstandort ist. So einfach ist das, meine Damen und Herren. (Beifall, unverständlicher Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger) Nein, das ist auch so einfach, ich kann es ja mit Zahlen entsprechend argumentieren. Abschließend noch, es gibt auch einen Antrag der SPÖ zu diesem Thema, dem ich grundsätzlich sofort zustimmen könnte im Beschlussteil, aber es sind so viele Behauptungen in der Begründung enthalten, denen man widersprechen muss, dass wir dem auch nicht zustimmen können. Ich könnte jetzt im Detail noch darauf eingehen, möchte aber die Zeit dafür nicht in Anspruch nehmen, weil auch noch andere Redner unserer Fraktion vorgesehen sind. Danke vielmals. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Klubobmann Dr. Frais.

**Abg. Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir zunächst bei den letzten Wortmeldungen die Frage der Ernsthaftigkeit vorgeworfen bekommen haben, weil wir einen Antrag dorthin geschickt haben, wo er tatsächlich hingehört, so gestatten Sie, dass ich hier gleich zum Beginn die Ernsthaftigkeit dieser aktuellen Stunde unter zweierlei Aspekten in Frage stelle. Den besten Beweis hat der Kollege Strugl soeben geliefert, ich werde darauf noch eingehen, wo er im Grund einfach nichts anderes als eine Politagitatorik übler Sorte hier geführt hat, ohne Fakten zu liefern, und das zweite, meine sehr verehrten Damen und Herren, was ich nicht gewohnt bin an und für sich bei ihm, aber heute dürften offensichtlich aus dem zehnjährigen Eifer für seinen Chef die Pferde mit ihm durchgegangen sein: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie kann so etwas passieren, wie kann so etwas passieren, dass ein Dringlichkeitsantrag hier vorgelegt wird, der genau das fordert, was am 18. Februar in einer Pressekonferenz bereits vorgestellt worden ist, und was mit großer Begeisterung und Freude Herr Landesrat Sigl heute jedem Abgeordneten hier übergeben hat? Es ist das die Inhaltsangabe, die in dem Dringlichkeitsantrag drinnen steht. Ich lade alle der ÖVP und der Grünen ein, wenn sie einmal noch zu uns eine Erklärung abgeben, wir sollten im Grund selbständig etwas machen, dann redet wenigstens mit den Leuten, die die Arbeit für euch bereits gemacht haben, sie vorgelegt haben, dann braucht ihr keinen Dringlichkeitsantrag mit der Einforderung, wenn das Ergebnis bereits am Tisch liegt.

Das ist auch der Grund, warum wir dieser Dringlichkeit heute sicher nicht zustimmen, weil bereits das Produkt vorliegt. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es so nicht laufen sollte, und ich lade Kollegen Strugl und dich, Kollege Trübswasser, wirklich ein, unterlasst bitte solche Dinge, Ihr macht eure Fraktionen zu Marionetten eines unwürdigen Schauspiels. Oder soll das, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Fortsetzung der Landtagsabwertung sein, die ja auch am 28. Februar einen anderen denkwürdigen Höhepunkt erreicht hat? Auch zu einer wichtigen Frage der Wirtschaftspolitik. Denn obwohl der Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren, am 18. November 2004 einen Antrag für den Erhalt der VA TECH als österreichischen Konzern beschlossen hat, hat es dreieinhalb Monate gedauert, bis der Herr Landeshauptmann am 28. Februar in der Regierung den Vorschlag eingebracht hat, einen Brief an den Bundeskanzler zu schicken. Ist das Standortpolitik, meine Damen und Herren? (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Ihr kennt den Text des eigenen Beschlusses des Landtags nicht, lest den durch, die Behörde, die Finanzabteilung hat mir mitgeteilt, dass erst dann, wenn gewisse Dinge eingetreten sind, der Brief vorzulegen ist!“) Herr Landeshauptmann, ich bin völlig deiner Meinung, in dieser brisanten Situation ist er erst einzubringen, wenn VA TECH in München gelandet ist, wenn VA TECH zu 98 Prozent bei Siemens gelandet ist, und zu diesem Zeitpunkt war es dann offensichtlich auch der richtige Zeitpunkt, um es dorthin zu schicken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und noch ein Wort jetzt zum Kollegen Strugl, das ich eigentlich nicht vorgehabt habe. Aber, Kollege Strugl, soviel Geschichtsfälschung! Frage bitte den Herrn Landeshauptmann Ratzenböck, wer es war, ob es Bruno Kreisky oder Ratzenböck war, der BMW nach Steyr gebracht hat. Ich weiß es noch und ich war bei dem Gespräch dabei - das ist, wenn du willst, ein Altersvorzug - als es darum gegangen ist, als der Herr Landeshauptmann Ratzenböck gesagt hat, ich zahle keinen Groschen mehr, das hängt jetzt am Bund. (Beifall) Und ich war dabei, Kollege Strugl, mit dem damaligen Landeshauptmann-Stellvertreter Grünner, als wir zu Kreisky gepilgert sind, und wirklich fast mit Kniefall gesagt haben, wir wissen, was das für den Bund bedeutet, aber wir kämpfen für Oberösterreich. Und Kreisky hat ja gesagt, und deshalb haben wir heute BMW. Das solltest du auch dazu sagen. (Beifall)

Zweiter Punkt, Kollege Strugl. Wenn man von Schulden redet, da hätte ich dich gestern ja gerne gesehen, wahrscheinlich hast du ihn dir angeschaut, euren großartigen Finanzminister, wo ja eigentlich hinten und vorne nichts mehr stimmt, wo ja der Großteil der Fraktionen und alle Medien mittlerweile schon soweit sind, dass sie nicht mehr von gesprochenem, sondern von gebrochenem Wort reden. Da habe ich wirklich jetzt eine Frage: Glaubst du das allen Ernstes? Als Bruno Kreisky damals Schulden gemacht hat, weißt du, wie groß damals der Anteil am Bruttoinlandsprodukt war? Heute kämpfen Finanzminister in ganz Europa darum, 60 Prozent nicht zu erreichen, oder dass der Verschuldungsgrad nicht mehr ist. Damals, als Kreisky das gesagt hat, sind wir bei 30 Prozent gelegen. Das sollte man der historischen Wahrheit zuliebe auch hier dazu sagen. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt, das möchte ich heute mal bewusst hervorstreichen, zwei Zugänge, wenn man über Wirtschaftspolitik spricht. Es gibt den einen Zugang in vielen Papieren, der von uns auch geteilt wird, dass man unternehmensorientierte Politik auch zu machen hat. Aber ich vermisse immer eines. Niemand hier herinnen, oder auch in der letzten Zeit nicht, erklärt, was ist mit dem Lebensraum, was ist mit dem Arbeitsraum, was ist mit der Arbeitssituation der Menschen an sich los? Ist es tatsächlich diese glorreiche Welt, von der permanent etwas vorgegaukelt wird? Ich glaube, dass es an sich der größte Fehler ist, und ich lade alle ein, endlich diesem Stichwort der Wirtschaft nicht mehr zu folgen, weil dieses für mich gerade unerträgliche Sätzchen "Wenn es der Wirtschaft gut geht,



dann geht es den Menschen auch gut" einfach nicht mehr erträglich ist, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Weil sie eine Arbeit haben!“) weil wir einen anderen Zustand haben, Herr Landeshauptmann, der Wirtschaft geht es blendend, und den Menschen geht es permanent schlechter. (Beifall)

Tatsache, Herr Landeshauptmann, ist es einfach, dass es den Großunternehmen in diesem neoliberalen europäischen Markt, den Großkonzernen, den Banken, tatsächlich immer besser geht, während es bei den Arbeitnehmern und auch den kleinen Gewerbebetrieben immer größere Probleme gibt. Tatsache ist, dass wir in einem Land leben, in dem laut Sozialbericht 2003/2004, und das ist eine soziale Verteilungsfrage, allein das oberste Prozent über ein Drittel des Gesamtvermögens an Geld, Immobilien und Unternehmenswerten verfügt, dass zweitens die reichsten 10 Prozent über mehr als zwei Drittel des Geldvermögens verfügen, und dass drittens der große Rest der Bevölkerung, nämlich gut 90 Prozent über knapp ein Drittel des Vermögens verfügt. Ich sage das dazu, um Vermögensverteilung und Gerechtigkeit mit zu bedenken. Tatsache ist weiters, dass im Jahr 2003 mehr als 1 Million Menschen, das sind 13,2 Prozent der Bevölkerung in Österreich, armutsgefährdet sind. Eine Periode davor, sprich ein Jahr oder eineinhalb Jahre davor, waren es noch 900.000 oder 12 Prozent. Und bereits mehr als 460.000 Menschen oder 5,9 Prozent der Bevölkerung sind akut arm, zwei Jahre davor waren es 300.000 oder circa 4 Prozent. Tatsache ist weiters, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Arbeitslosenzahl laufend steigt, und mittlerweile die Rekordmarke von 316.000 Menschen ohne Arbeit erreicht hat. Auch wenn Oberösterreich vergleichsweise besser liegt, so stellen gerade, wie wir heute schon mehrfach gehört haben, 10.400 Jugendliche, die in keiner Berufsarbeit stehen, eine mahnende Warnung genug dar.

Tatsache ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das Wirtschaftswachstum stark eingebrochen ist. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Die steigt momentan!“) Während die österreichische Wirtschaft, Herr Landeshauptmann, wir reden dann gleich über Steigerungen. Wenn man den Finanzminister zitiert, dann steigt es ganz sicher, weil sonst hätten wir noch einen höheren Abgang. Während also die österreichische Wirtschaft zwischen 1990 und 2000 um 0,3 Prozent über dem EU-Schnitt wuchs, so wächst sie seit 2000 um 0,5 Prozent unter dem Durchschnitt der EU. Also jetzt unter und früher über dem EU-Schnitt! Dass die öffentlichen Investitionen in Österreich am geringsten sind in ganz Europa, möchte ich noch dazu sagen, weil sie ein wesentlicher Bestandteil sind.

Tatsache ist weiters, dass die Hauptlast des Steueraufkommens von den unselbständig Beschäftigten getragen wird. So stiegen die Einnahmen aus der Lohnsteuer seit 2001 von 15,7 auf 17 Milliarden Euro, während die Einnahmen aus der veranlagten Einkommenssteuer und der Körperschaftsteuer sanken. Ich möchte gar nicht über die Gruppenbesteuerung dazu reden, wo es weitere Erleichterungen gibt. Jedenfalls ist es eine Tatsache, dass die Realeinkommen stagnieren, während die Belastungen für den einzelnen ständig steigen. Und das, Herr Landeshauptmann, hat mich so verblüfft, das ist in Oberösterreich nicht anders. Denn bei den Realeinkommen liegen die oberösterreichischen Männer an 5. Stelle in Österreich, die oberösterreichischen Frauen an 7. Stelle. Und das bitte ist doch zu beachten, irgendwoan muss es doch liegen, denn es handelt sich um Personen in Vollzeitbeschäftigung, damit das auch gleich korrekt dazu gesagt ist. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Aber bitte gleich die Lebenshaltungskosten der 9 Bundesländer auch in Relation stellen, weil das hängt natürlich zusammen!") Das ist richtig, im Burgenland lebt man besser, oder billiger, Entschuldigung, als in Oberösterreich. Besonders dramatisch ist dabei die Situation, (Unverständliche Zwischenrufe) ich glaube, man sollte nichts wegschieben, mir geht es um eine ganz nüchterne Analyse, die sich an den Menschen orientiert, damit man auch das einmal sieht. Besonders trist ist die Situation bei den Fraueneinkommen in Oberösterreich,

weil die verdienen bei ganzjähriger Vollzeitarbeit um 35,63 Prozent weniger als die Männer und liegen damit an vorletzter Stelle in Österreich. Und meine Damen und Herren! Vom Wifo wurde auch nachgewiesen, dass die Produktivität der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen immer mehr steigt, während die Reallohneinkommen immer weiter zurück bleiben. Seit 1995 ist die Produktion je Erwerbstätigen um 13,7 Prozent gestiegen, während die Bruttoreallöhne nur um 3,4 Prozent gestiegen sind. Und ihre Nettolöhne real sogar um 1,7 Prozent zurück geblieben sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir uns gestern das Bundesbudget angeschaut haben, und wenn ich mir dieses Strategieprogramm betrachte, dann habe ich meine Sorgen, wenn ich ein Bundesbudget von 5,8 Milliarden Euro Neuverschuldung sehe und wenn die Schwerpunktbildung im Budget 2006 nicht in diese Richtung geht. Die ist nur verbal erfolgt, nicht in Zahlen, ob das Forschung, Bildung oder sonstige Bereiche sind, ich habe meine Sorgen, wenn nicht der allgemeine Zustand sich ändert, dass dieses an sich gute Papier nicht eine Summe von Worthülsen bleibt, weil das Geld dafür fehlen würde. Und dass die Einnahmen, Herr Landeshauptmann, wie beim heurigen Budget gesehen, so stagnieren in den letzten Jahren, dass große Sprünge nicht möglich sind, und dass man sich eher über Maastrichtausgleichsformen künstlicher Art drüber retten musste, scheint mir auch eine Tatsache zu sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten haben da einen anderen Zugang. Wir haben einen Zugang, der sich an den Menschen orientiert, nicht an der Wirtschaft. Wir wissen, dass es notwendig ist, eine florierende Wirtschaft zu haben, wir sind aber nicht dafür da und sind auch nicht dafür einspannbar, dass für ein Drittel der Menschen mit den Steuergeldern aller nur die Voraussetzungen für die Wirtschaft geschaffen werden, und daraus dann ein Standortvorteil formuliert wird. Und ich komme dann zu einem weiteren Punkt, der mich schon sehr stutzig gemacht hat, Kollege Strugl. Man sollte nämlich immer alles lesen. Es ist schon sehr verdächtig, wenn das "Manager Magazin" von diesen großartigen Standorten redet. So lade ich alle ein, sich anzuschauen, wie die Wertschöpfungsverteilung läuft. Tatsache ist nämlich, dass bei diesen guten hochtechnologischen Bereichen, es geht immer nur um Hochtechnologie dabei, Anteil des Einkommens an der Wertschöpfung jedes Arbeitnehmers bei 55,2 Prozent liegt. Dann weiß ich natürlich, dass die Wirtschaft Interesse hat an solchen Standorten, dass diese Standorte für die Wirtschaft die günstigsten sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist klar. Dass aber nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Strecke bleiben dürfen, muss uns als Standort Oberösterreich klar sein. Wenn wir kein Wachstum haben, wenn wir keine Einkommenserhöhung haben, meine Damen und Herren, dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis wir uns das Gesundheitswesen aufgrund der entsprechenden Anteile, die zu bezahlen sind, bis wir uns die Pensionen nicht mehr zahlen können, weil letztendlich dann alle Systeme immanent auf Reduktion laufen würden.

Und ich schlage deshalb vor, damit man sich solche unternehmensorientierte Leistungen auch leisten kann, dringend notwendige Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft zu setzen, die Kaufkraft zu stärken und die Arbeitslosigkeit zu senken. Und dazu gehört nun einmal eine gerechtere Verteilung der erwirtschafteten Gewinne, eine spürbare Entlastung des Faktors Arbeit, die Erhöhung der Negativsteuer für Niedrigeinkommen, die Sicherung der Inflationsabgeltung und die Abschaffung der in den letzten Jahren eingeführten Selbsthalte im Gesundheitsbereich. Weiters sollen Investitionen wieder steuerlich begünstigt, bereits beschlossene öffentliche Investitionen vorgezogen und mehr Geld für Bildung, Forschung und Entwicklung bereitgestellt werden.

Den Gemeinden, meine sehr verehrten Damen und Herren, die zusammen den größten Investor Österreichs bilden, müssen mehr Budgetmittel zufließen. Steuerlöcher sind zu schließen, insbesondere im Bereich der Körperschaftssteuer, Steuerprivilegien zu beseitigen und in einem wichtigen Punkt, dem Steuer-, Sozial- und Umweltdumping, soweit wir es aus der EU sowie zuletzt bei der Dienstleistungsrichtlinie als Gefahr erkannt haben, dem haben wir gemeinsam entgegenzuwirken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf damit schließen, darf Sie einladen beide Seiten der Wirtschaft mit den Menschen im Mittelpunkt und mit dem Standort zu sehen, aber der Mensch muss der Ausgangspunkt sein. Und dann sollten wir sagen können, den Menschen geht es gut, weil wir eine florierende Wirtschaft haben, aber nicht der Wirtschaft geht es gut und den Menschen geht es immer schlechter. Und dazu lade ich Sie ein, bei allen anderen Überlegungen auch unserem Antrag zuzustimmen, weil ich denke, Kollege Strugl, auch wenn dir vielleicht eine Formulierung nicht gefallen sollte, dass er notwendig ist, um die entsprechenden Programme, die erarbeitet worden sind, zu finanzieren. Im Sinne einer modernen oberösterreichischen Wirtschaftslandschaft, aber vor allem für die Menschen in Oberösterreich, denen es möglich ist, in einer guten Wirtschaft Arbeit, Sicherheit und keine Angst vorzufinden. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich erteile Herrn Klubobmann Trübswasser das Wort.

**Abg. Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Selbstverständlich haben die Grünen eine ganze Reihe von Kritikpunkten an der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes. Wir artikulieren das an der Stelle, wo es artikuliert werden soll. Das ist das Parlament. Und geschätzte Damen und Herren, erlauben Sie mir jetzt, dass ich zu einem Thema zurückkehre, das heißt Wirtschaftsstandort Oberösterreich, und um dieses Bundesland geht es: Zukunftsstrategien für Wachstum und Beschäftigung. Ich denke, dieser Titel ist so umfassend oder gibt soviel Möglichkeiten zu handeln und als ein Landespolitiker, der nur für Oberösterreich zuständig ist, habe ich genug zu tun, was in Oberösterreich getan werden kann.

Geschätzte Damen und Herren! Wirtschafts- und Standortpolitik ist zu wichtig um es alleine den Ökonomen zu überlassen, um es alleine der Ökonomie zu überlassen. Wir wissen seit langem, dass die Ökonomie sowohl Sozial- als auch Umweltkompetenz braucht, dass die Umweltpolitik auf der anderen Seite auch ökonomische Kompetenzen braucht. Wir wissen, dass das eine ohne dem anderen nicht geht und wir wissen aber auch, dass Oberösterreich in diesem Bereich etwas zu bieten hat wie kaum eine andere Region. Wir sind ein Industrieland, das einen hohen Anteil an Landwirtschaft hat und wir sind ein Flächenbundesland, das starke Ballungsräume hat und starke Zentren. Oberösterreich hat sich, und das wissen wir alle nicht nur aus den Statistiken, aus den internationalen, sondern auch aus den Beziehungen, aus den Gesprächen mit anderen Regionen in Europa, zu einer Region entwickelt, die weithin sichtbar ist und weithin von allen anerkannt wird. Ich denke, dass wir eine gute Ausgangsposition haben. Und ich verhehle nicht, ich bin nicht so blind, dass ich nicht sehe, dass wir strukturelle oder sektorale Probleme am Arbeitsmarkt haben, dass wir in verschiedenen Altersbereichen auch bei den Frauen oder bei Menschen mit Behinderungen, bei benachteiligten Jugendlichen, dass wir Probleme haben sie am Arbeitsmarkt unterzubringen. Und ich denke, wir haben viel zu tun, wir haben viel auf den Weg gebracht und wir müssen noch unsere Bemühungen verstärken, wenn wir wollen, dass alle in diesem Land eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben.

Ich möchte in kurzen Worten über die Aufgaben der kommenden Jahre reden, die vor uns liegen, denn wir müssen uns klar sein, dass wir mit dem größeren Europa nicht nur auch größere Chancen bekommen haben, sondern auch mehr Mitbewerber, die in einer unglaublichen Dynamik an dieses Europa angeschlossen wurden und auch sich in diesem Europa integrieren wollen. Und wir haben es mit Mitbewerbern zu tun, die sehr viel in Bildung investieren, die sehr engagiert sind und sehr lernfähig. Ich habe das seinerzeit schon mit Ländern wie Irland erlebt. Irland war ein Entwicklungsland aus heutiger Sicht und hat sehr, sehr schnell gelernt. Wir müssen und wir werden Handlungen setzen in dem Land, die sowohl die Infrastruktur betrifft und die natürlich auch den Bereich der Forschung, Entwicklung, der Bildung betrifft.

Zum Schluss möchte ich etwas sagen, was mir als Grüner ganz besonders am Herzen liegt. Dieser Gegensatz, der lange Jahre gegolten hat, entweder Umweltschutz oder Wirtschaftsentwicklung, ist in der 16-monatigen Regierungsbeteiligung der Grünen, Regierungsverantwortung der Grünen, meines Erachtens widerlegt worden. Und ich glaube, was in diesem Land gelungen ist, ist auch mit Hilfe der Umweltpolitik, der Umweltkompetenz gelungen, neue Märkte zu erschließen, neue Aufgabengebiete und neue Nischen, die uns ermöglichen, wirtschaftlich in die Offensive zu gehen, noch mehr in Bereiche zu dringen, wo Know-how gefragt ist, wo Technologiekompetenz und wo natürlich auch die Kapazitäten gefragt sind. Alles kann Oberösterreich bieten. Und wenn ich hier sage, dass wir mit guten Chancen in dieses Rennen gehen, so bedeutet das nicht, dass uns jetzt schon die Erfolge zufliegen und wir nur mehr darauf warten dürfen, was in den nächsten Jahren kommt, wir müssen selbstverständlich viel dazu beitragen infrastrukturell.

Wir waren maßgebend daran interessiert und beteiligt, dass in Oberösterreich eine umfassende Breitbandoffensive zustande gekommen ist. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass die Forschungsaktivitäten verstärkt werden. Es wird ein wesentlicher Punkt sein, dass wir im Umwelttechnikcluster neue Zusammenschlüsse, Vernetzungen von unseren innovativen Betrieben erreichen. Und wir werden auch weiterhin Forschung und Entwicklung fördern, signalisiert schon dadurch, dass wir das Budget von 18 auf 25 Millionen Euro erhöht haben.

Und das sind die Bereiche, meine Damen und Herren, die uns auch ein wenig stolz und zuversichtlich machen können. Und wenn ich jetzt hier über Stimmungen rede, so will ich nicht in eine allgemeine Rede abschweifen, sondern ich denke, auch wir sind dafür verantwortlich, dass wir das, was wir eben tun und wir richtig tun, nach draußen verkaufen. Wir dürfen nicht eine Stimmung, eine Endzeitstimmung in diesem Land erzeugen, sondern wir sollen zu Recht das hervorheben, was dieses Land auszeichnet. Und dass die Grünen dazu einen Beitrag leisten, halte ich wirklich auch in der Verantwortung der Grünen für eine historische Periode, weil ich denke, bisher war dieser Antagonismus, dieser Gegensatz zwischen Umwelt und Ökologie und Ökonomie sicherlich nicht begründet. Wir haben versucht, und ich glaube, es ist uns gelungen, diesen Gegensatz aufzulösen. Und wir werden dieses Land nicht nur ökonomisch lebenswert machen, sondern auch ökologisch. Und was das Lebensgefühl in diesem Land, die Lebensqualität bedeutet, auch das ist ein Teil des Wirtschaftsstandortes.

Meine Damen und Herren! Mit dieser aktuellen Stunde haben wir kurz Resümee gezogen, aber wir werden mit diesem Thema noch die nächsten viereinhalb Jahre intensiv beschäftigt sein. Ich danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Kollege Trübswasser, ich bin fasziniert. Sensationell was alles passiert ist seit dem die Grünen in Oberösterreich in der Regierung sind. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Da schaut!“) Also bei der Budgetdebatte hat der Hirz erklärt, wogegen er in der Infrastruktur ist. Ich wiederhole es. Er ist gegen eine Mühlkreisautobahn, er ist gegen einen sechsspürigen Ausbau der Innkreisautobahn, er ist gegen eine Donaubrücke, er ist gegen eine Linzer Ostumfahrung, (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Günther, du hast das alte Manuskript!“) sie sind gegen einen schnellen Ausbau bei Steyr. Und da gehen die Grünen heraus und sagen, seit dem die Grünen in der Landesregierung sind, geht alles schneller. Unbeschreiblich. Ich weiß nicht, wie viel Blödsinn man von diesem Rednerpult überhaupt erzählen kann. (Beifall)

Es ist unbeschreiblich, wenn man sich anschaut, welche Anträge jetzt hier vorgelegt werden, dass die Grünen sagen, seit dem sie in der Regierung sind, tut sich etwas in der Infrastruktur. Da dreht sich ja sogar der Hiesl in seinem Büro um, wenn er das hört. Unbeschreiblich. (Zwischenruf Abg. Hirz: „Aber gestorben ist er noch nicht!“ Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Der dreht sich öfter um, der ist sehr dynamisch!“ Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Sehr zu deiner Überraschung!“) Da hättest schon herausgehen müssen und die Bundesregierung loben sollen.

Sollte ich euch sagen, wie es wirklich aussieht? Kommst noch. Durchschnittseinkommen ist gestiegen 1.560 auf 1.670 Euro. Ausgaben für Forschung sind angesprochen worden von 3,76 Milliarden Euro auf 5,27 Milliarden Euro. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Richtig!“) Erstmals gewaltig Österreich abgehoben. Und da profitiert Oberösterreich selbstverständlich mit. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Nein, da sind ja auch unsere Mittel drinnen!“) Die Bildungsausgaben. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Da sind die Ländermittel dabei!“) Nein, Herr Landeshauptmann zu deiner Erfolgsgeschichte komme ich schon noch, bisschen Zeit noch. Aber ich wollte doch deinem Koalitionspartner, der so kuschelweich alles tut was du willst, natürlich auch darauf hinweisen, dass er nicht für die Infrastruktur einer Beschleunigung eintritt. (Beifall. Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Da wärst ja du der Experte dabei!“)

Bei den Beamten hat sich einiges bewegt. Wir haben statt 218.713 Bundesbeamte nur mehr 179.746. Und Österreich ist im OECD-Schnitt vom neunten Platz nunmehr im Wohlstandsrang auf den sechsten Platz nach vorne gerückt. Das sind Erfolgsleistungen und da profitieren sogar die Grünen in der Oberösterreichischen Landesregierung mit. Das ist es, worauf Sie stolz sein können. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Der Republik Österreich geht es gut und damit geht es sogar den Grünen in Oberösterreich gut. Und ich hoffe, sie sind nicht zu lange in der Regierung, damit wir nicht zu lange die Infrastruktur in Oberösterreich verzögern.

Aber wenn hier heraußen dann gestritten wird zwischen Strugl und Frais, wer hat denn bitte BMW nach Steyr gebracht, dann frage ich etwas anderes, wer hat denn der BMW versprochen, dass dort eine Schnellstraße zur A1 errichtet wird? (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Wird auch gebaut!“) Und wer hat es bis jetzt nicht gebaut? (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Die wird ja gerade gebaut!“) Die wird gerade verzögert durch deinen Koalitionspartner, weil da sitzen ja die Freunde im Busch und (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Der Fasching ist vorbei!“) hinter dem Baum und sagen, nein bei uns nicht. Das ist ja das Problem, warum es solange dauert.

Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es natürlich dem Land auch gut, Karl Frais, und wir sollten stolz sein auf unsere kleinstrukturierte Wirtschaft. Die meisten Menschen bei uns sind

in ganz kleinen Betrieben beschäftigt. Das sind Einmannbetriebe, Familienbetriebe und auch diesen kleinen Betrieben geht es gut. Und wir sollten diesen kleinen Betrieben eine besondere Unterstützung zuteil werden lassen, nicht sagen, wir leben nur von der Großindustrie oder von der Verstaatlichten Industrie. Gott sei Dank haben wir eine gute kleinstrukturierte Wirtschaft und wenn es dieser Wirtschaft gut geht, dann geht es uns Menschen in Oberösterreich auch gut. (Beifall)

Und es tut halt so weh, wenn die Bundesregierung gelobt wird, wenn die deutschen Magazine darüber berichten, ist Österreich das bessere Deutschland. Eine exklusive Studie für Managermagazine zeigt, die Bedingungen in dem Alpenland sind so gut, dass keine deutsche Region Hightech-Unternehmen Vergleichbares bietet. Wenn die Züricher Zeitung schreibt: Die neue Geschichte Österreichs ist eine Erfolgsgeschichte, wirtschaftlich und sozial, politisch und auch kulturell. Das Land gehört heute zu den reichsten Ländern der Welt. Die Arbeitslosigkeit ist mit 4,5 Prozent vergleichsweise gering. Am Wohlstand hat die gesamte Bevölkerung teil. Und wenn man Deutschland anschaut, ja das tut dann weh, ja da sind ja wieder die Grünen dabei, aber damals mit den Sozialisten. Das ist das große Unheil was halt da passiert.

Rot-Grün in Deutschland beweist was dort passiert, Kollektivvertragsabschlüsse etwa der Reinigungskräfte. Da geht die Industrie rein, minus 14 Prozent und flexiblere Arbeitszeiten und man einigt sich dann Kollektivvertrag minus sieben Prozent bei flexibleren Arbeitszeiten. Das sind die Umstände und die Rahmenbedingungen in Deutschland, wo Rot-Grün regiert. Da kann man stolz sein und da kann man nur hoffen, dass die Freiheitlichen sehr lange in der Bundesregierung den Wirtschaftsstandort Österreich wieder nach vorne bringen, weil Deutschland ist ein warnendes Beispiel. Deutschland verliert in allen Zahlen. Wo hat es denn das vor zehn Jahren gegeben, dass deutsche Leasingarbeiter nach Österreich kommen und bei uns einen Arbeitsplatz suchen? Undenkbar gewesen, weil das Gehaltsniveau ein ganz ein anderes gewesen wäre. Und jetzt schaut es so, dass deutsche Leasingarbeiter froh sind, wenn sie bei uns einpendeln können, um einen Arbeitsplatz zu bekommen. (Beifall)

Aber wir haben auch in Oberösterreich Probleme. Und Oberösterreich wird halt offensichtlich ein bisschen grün gebremst, denn wenn man sich die Veränderung zu 2004 und 2003 anschaut, dann nimmt die Arbeitslosigkeit um 7,69 Prozent in Oberösterreich zu. Und das ist das Problem. Herr Landeshauptmann, ich weiß jetzt nicht, wer verantwortlich ist, die ÖVP, dass wir jetzt plötzlich höhere Arbeitslosenzuwachsraten haben als im Vergleich zu anderen Bundesländern oder sind es die Grünen, die die ÖVP bremsen? Jedenfalls ist Oberösterreich nicht mehr so dynamisch wie es sein sollte, Arbeitslosigkeit jeweils Ende Februar. Du (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Wo?“) wirst ja wohl die Zahl kennen. Ich gehe davon aus, dass du die Zahlen kennst, also Zunahme, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Weitblick heißt ein Jahr und nicht ein Monat!“) gegenüber 2004 7,69 Prozent Zunahme. Das ist eindeutig zuviel und da sollte man schon schauen, dass in der Infrastruktur etwas weitergeht, deswegen mein Appell an die ÖVP sich keinesfalls von den Grünen bremsen zu lassen und die Infrastruktur wirklich ausbauen. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Tatsächliche Berichtigung Herr Kollege Hirz.

Abg. **Hirz:** Nach dem der Klubobmann Steinkellner immer genau weiß, welche Infrastrukturmaßnahmen die Grünen wollen und welche nicht, möchte ich jetzt dazusagen, dass du wieder einmal etwas Falsches da heraußen gesagt hast, wieder einmal wie beim letzten Mal auch, den Ausbau der B 309 aufgezählt hast, die du offensichtlich mit Steyr gemeint hast. Gegen diesen Ausbau haben sich die Grünen nie ausgesprochen, ganz im Gegenteil, wir

sind für diesen Ausbau. Und es ist auch nicht richtig, dass wir verantwortlich sind für etwaige Verzögerungen beim Ausbau dieser Straße. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann Dr. Pühringer.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre jetzt verlockend auf eine Reihe von Vorrednern einzugehen, ich werde mich sehr bescheiden. Wenn mich wirklich etwas gestört hat, dann die Formulierung des Herrn Klubobmannes Frais, dass die ÖVP eine einseitige unternehmerorientierte Wirtschaftspolitik betreibt. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich möchte diese wirklich wichtige Debatte und ein sehr ernstes Thema dazu benützen, um hier schon klarzustellen, die Fakten sagen ja gleich vorweg die Wahrheit, wenn in den letzten zehn Jahren in dieser Republik 35,3 Prozent aller netto neu entstandenen Arbeitsplätze in Oberösterreich entstanden sind, dann betreiben wir eine arbeitnehmerorientierte Politik, eine unternehmerorientierte Politik, dann machen wir eine Politik für die arbeitenden Menschen, egal ob sie selbständig oder unselbständig sind. (Beifall) Die Fakten sprechen eine ganz, ganz eindeutige Sprache.

Wir haben uns gerade am Arbeitsmarkt, Herr Kollege Steinkellner, das ist die zweite Replik, wir haben uns gerade am Arbeitsmarkt als Oberösterreicher nichts vorzuwerfen, wir haben uns aber auch auf den Erfolgen nicht auszuruhen, um das gleich zu sagen.

Denn, meine Damen und Herren, wer sich die Arbeitsmarktentwicklung in Oberösterreich anschaut, der muss schon mit doppelter Blindheit geschlagen sein, wenn er nicht sieht, dass es grundsätzlich eine wirklich vernünftige gute Entwicklung gibt. Denn, meine Damen und Herren, wenn es gelungen ist, dass wir uns mittlerweile, wenn Sie das Jahr 2004 hernehmen, um 2,7 %-Punkte vom Österreichdurchschnitt der Arbeitslosigkeit abgekoppelt haben, 2,7 %-Punkte abgekoppelt im Jahresschnitt. Ja, meine Damen und Herren, das ist etwas. Das ist viel Arbeit unserer Unternehmerinnen und Unternehmer mit ihren tüchtigen Mitarbeitern und das ist der Beweis für eine vernünftige Rahmenpolitik, die die Landespolitik setzt. (Beifall)

Ich bin der Meinung, dass man das alles sehr ernst nimmt. Jeder Arbeitslose und jede Arbeitslose ist eine oder einer zuviel. Da sind wir uns vollkommen einig. Aber die Fakten muss man nüchtern sehen. Arbeitsmarktpolitik, Arbeit schaffen, Wirtschaftsstandort, meine Damen und Herren, das sind keine Themen für billige Polemik, das sind Themen, mit denen wir uns sehr ernst, grundsätzlich und konsequent auseinander zu setzen haben.

Ich sage Ihnen auch, Herr Kollege Steinkellner, du hast die Februardaten hergenommen. Ist in Ordnung. Du musst aber auch wissen, dass Oberösterreich eine stark ausgeprägte Bauindustrie hat und jeder Arbeitsmarktforscher, jeder ernst zu nehmende Arbeitsmarktforscher wird dir erklären, dass der ganz leichte Anstieg der Arbeitslosigkeit im Februar 2005 gegenüber dem Vorjahr mit den Witterungsverhältnissen, steht auch in den Berichten drinnen, mit den Witterungsverhältnissen zusammenhängt und entsprechende Auswirkungen am Bau entsprechend hat. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Ich schaue getrost auf die Jahresarbeitslosenrate 2005 hin, denn ich prophezeie Ihnen hier, sie wird wieder um 2,5 bis 3 %-Punkte sich von der Bundesquote abheben, und zwar im Positiven abheben. Davon bin ich überzeugt. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich habe eine große Vision und mit mir auch unsere ganze Fraktion. Und diese Vision heißt, Oberösterreich zum Land der Vollbeschäftigung zu machen.

Das ist unsere Aufgabe. Das ist unsere Aufgabe. Und da haben wir eine Reihe von Dingen zu tun. Da haben wir in die Bildung zu investieren, da haben wir in die Forschung und Entwicklung zu investieren, und wir werden es tun, und da haben wir in die Infrastruktur zu investieren, und wir tun es.

Ich darf Ihnen sagen, dass noch nie, zu keiner Zeit in der Zweiten Republik in Straße und Schiene in Oberösterreich so viel investiert wurde wie gegenwärtig. Und der Kollege Steinkellner ist immer bemüht, und er versucht immer wieder Zündstoff in die Koalition zu bringen. Also, es wird in die Infrastruktur investiert, da kann er getrost sein.

Wir haben im Vorjahr die Pyhrn-Autobahn eröffnet, wir haben die Westspange eröffnet und ich sage dir, Kollege Steinkellner, unser Koalitionspartner, die Grünen, können sogar damit leben, dass sie bei diesen beiden Baumaßnahmen nicht federführend dabei waren. Das ist ein Faktum, ist ein historisches Faktum, aber es geht auch im Bereich der Infrastruktur in den Jahren etwas weiter, wo sie mit uns gemeinsam arbeiten.

Ja, der Standortwettbewerb wird härter. Unterschätzen wir die neuen Mitgliedstaaten nicht. Unterschätzen wir nicht, dass dort die Wirtschaft doppelt so schnell wächst wie bei uns. Natürlich auf einem niedrigeren Niveau. Unterschätzen wir nicht, dass die für Unternehmensansiedlungen äußerst attraktive Löhne anbieten. Ja, aber das wollen wir ja nicht. Ich will nicht, dass wir uns nach unten angleichen. Ich will, dass wir höher marschieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Daher müssen wir was tun, dort, wo wir besser sein können als die anderen. Das ist in der Forschung, das ist in der Bildung, das ist in der Arbeitnehmerqualifizierung, das ist in der Standortqualität im Hinblick auf die Infrastruktur. Darum investieren wir in diese Bereiche so stark wie nie in der Geschichte des Landes. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: „Die Pyhrn-Autobahn hat doch der Bund gemacht!“) Und ich sage dir dazu. Ich stehe überhaupt nicht an, mich an dieser Stelle auch beim Bund für die Gelder zu bedanken, die nach Oberösterreich geflossen sind. (Beifall) Aber ich sage auch in aller Klarheit dazu, Oberösterreich ist das ökonomisch erfolgreichste Bundesland, ist Nettozahler im Bereich der Arbeitslosenversicherung, ist Nettozahler im Bereich der Krankenversicherung, ist Nettozahler in anderen Bereichen, und wir haben auch ein Recht, dass wir von einer Bundesregierung, und zwar egal, wie sie zusammengesetzt ist, welche Farben sie hat, ordentlich bedient werden. Und so lange ich Landeshauptmann bin, werde ich dafür kämpfen, egal wer in Wien die Regierung stellt. (Beifall)

Dass wir gerade in der letzten Zeit gut bedient worden sind, da gebe ich dir Recht, denn sonst hätte weder die Pyhrn-Autobahn fertig gestellt werden können, noch der Linzer Bahnhof und die Nahverkehrsdrehscheibe, noch die Welser Westspange, noch andere wichtige Bauvorhaben. Darüber brauchen wir überhaupt nicht diskutieren.

Dass gerade jetzt in den letzten eineinhalb Jahren auch im Bereich der Forschung Gott sei Dank die Zahlen nach oben gehen, ist auch sehr zu begrüßen, allerdings war in deiner Zahl, die du genannt hast, das Forschungsvolumen in der gesamten Republik enthalten, also auch die Ausgaben der Länder. Wir gehören zu denen, die erhöht haben. Das ist beim Zukunftsdialog über Forschung auch ausdrücklich in Wien gesagt worden.

Ich bin, meine Damen und Herren, auch guter Dinge. Warum? Weil ich mir die neuesten Zahlen zum Wifo genau angeschaut habe. Im ersten Quartal des letzten Jahres ist das Wirtschaftswachstum österreichweit um 1 % gestiegen, bei uns in Oberösterreich um 2,2 %. Im zweiten Quartal hat Gott sei Dank die Konjunktur österreichweit gegriffen. Wir haben eine Erhöhung um 2 % österreichweit und in Oberösterreich haben wir einen Zuwachs um 2,6 %.



Das heißt, wir liegen eindeutig über dem Österreichwachstum, aber ich habe ein großes Interesse, dass es österreichweit besser wird, auch wenn sich der Abstand zwischen Oberösterreich und Österreich verstärkt, weil wir von einem Gesamtwachstum als wirtschaftlich starkes Land nur profitieren können. Und unser aller Ziel ist und bleibt es, Arbeitsplätze für die Menschen, denn das schafft Lebensinhalt, das schafft Wohlstand und das schafft eine zufriedene Bevölkerung und Zukunft für Oberösterreich. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war für uns eine negative Überraschung, als der Herr Klubobmann der ÖVP unter dem Titel „Aktuelle Wirtschaftsstunde“ herausgekommen ist und die Kreisky-Ära beschimpft hat und „sogar“ gesagt hat, „sogar eine Ausstellung machen sie“. Ich darf Sie einladen, zu den Veranstaltungen zu kommen. Wir werden für Sie extra noch einmal den Herrn Professor Krejci einladen.

Professor Krejci war am Dienstag Abend in Linz und hat gesagt, die Kreisky-Ära war eine wirkliche Ära, weil sie Österreich verändert hat, weil Österreich moderner geworden ist, weil Österreich sozialer geworden ist, weil er ein Freund der Industrie war, weil er die Infrastruktur ausgebaut hat, weil er die Bildung verbessert hat, weil er für die Frauen Reformen durchgeführt hat, die jetzt gar nicht mehr rückgängig gemacht werden können und weil zum ersten Mal in Österreich über den Tellerrand hinausgeschaut wurde, weil Österreich auch eine internationale Bedeutung bekommen hat. Daher bitte ich Sie, das Wort „sogar“ nicht mehr im Zusammenhang mit Bruno Kreisky in den Mund zu nehmen oder den Vergleich Bruno Kreisky und Josef Pühringer herzustellen.

Und zur Richtigstellung Ihrer vielen Daten. Es gibt diese Wifo-Studie von Walterskirchen aus dem Jahr 2000. Ich bitte Sie, die zu lesen. Österreich hat in der Kreisky-Ära ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum innerhalb der EU gehabt, unterdurchschnittliche Inflationsraten, hat die Erwerbsquote weit höher gesteigert als die EU, als alle Koalitionen nachher und deutlich niedrigere Arbeitslosenraten gehabt als alle Koalitionen und Vergleichsländer in Europa nachher.

Was Sie wahrscheinlich nie begreifen werden wollen oder können, die Verschuldung des Staates Österreich. Ich möchte Ihnen diese Grafik zeigen. Sehen Sie diesen kleinen Teil? Das ist die Verschuldung Österreichs unter Bruno Kreisky und das ist die Verschuldung unter den nachstehenden Koalitionen. Zwei Drittel aller Schulden Österreichs wurden nach Bruno Kreisky in wenigen Jahren gemacht. 50 % der Staatsverschuldung Österreichs wurde von 1996 an gemacht, als Wolfgang Schüssel Vizekanzler und Bundeskanzler geworden ist (Beifall) und das sind die wirklichen Zahlen, meine Damen und Herren. Ich finde es empörend, wenn hier einfach die Geschichte verfälscht wird.

Ich erzähle Ihnen noch ein persönliches Beispiel. Ein kleines Beispiel, wenn Sie mir Ihre Aufmerksamkeit schenken würden. Ich war ein Kind mit zehn Jahren, war in Ried in der Riedmark in der Volksschule. In Ried in der Riedmark war ein ÖVP-Landesrat mehr als ein Jahrzehnt Bürgermeister. Und wir haben in Ried in der Riedmark keine Hauptschule gehabt und waren in der vierten Klasse Volksschule 56 Schüler. Wir haben im Bezirk Perg kein Gymnasium gehabt. Wir haben gar nichts gehabt an Bildungsinfrastruktur als eine Volksschule, mit der Begründung, ja die brauchen wir ja gar nicht. Die Rieder sind aufgeteilt wor

den, die Oberen nach St. Georgen an der Gusen in die Hauptschule, die Drüberen nach Mauthausen und Drunteren nach Schwertberg. Das war unser Bildungsangebot damals.

Alle Bildungsvergleiche, jene der Statistik Austria, jene der TMG sagen, Oberösterreich ist im Bildungsvergleich unter den neun Bundesländern an der letzten Stelle. Jetzt hat der Herr Landeshauptmann einen eigenen Bildungsvergleich durchgeführt und herausgekommen ist, Oberösterreich steht an der fünften Stelle. Ich habe gesagt, Herr Landeshauptmann, wie ist denn das möglich? Der Chef der Statistik Austria damals war der Dr. Kutzenberger, ein Oberösterreicher, der immer richtig und gerade und unbestechlich rechnet. Warum kommt da Letzter heraus und bei Ihnen Fünfter heraus? Da hat er gesagt, ja wissen Sie, Herr Kollege, ich habe ab 1970 weg gerechnet und da sind die Maturanten in Oberösterreich viel mehr geworden. Vor 1970 haben wir leider zu wenige Gymnasien in Oberösterreich gehabt. Und ein besseres Beispiel dafür, dass unter der Kreisky-Ära die Bildungsoffensive stattgefunden hat und Österreich gewonnen hat, gibt es überhaupt nicht. (Beifall)

Zu behaupten, er hätte Österreich und Oberösterreich zu einer Krisenregion gemacht und jetzt wurde sie wieder gerettet. Meine Damen und Herren, ich frage Sie, dreißig Jahre lang, von 1970 bis 2000, hat es in Österreich und in Oberösterreich keine Jugendarbeitslosigkeit gegeben. Seit fünf Jahren gibt es sie wieder. Dreißig Jahre lang hat es ein Wirtschaftswachstum über dem EU-Durchschnitt gegeben. Jetzt sind wir deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Dreißig Jahre lang hat es Einkommenszuwächse bei den Menschen gegeben und die letzten beiden Jahre gibt es Nettoeinkommensverluste. Die Menschen verlieren wieder. Ja ist das der richtige Vergleich? Meinen Sie das ist die Perspektive, die es gibt?

Und zur voest. Die voest ist durch unseren Einsatz, durch unseren Widerstand, sie zu zerteilen und sie zu verkaufen das tüchtige Unternehmen geworden und geblieben. (Beifall) Die ÖVP hat sich doch nie für die voest oder für die Verstaatlichte jemals engagiert. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Wo sind die Russen!“) Und das Gegenteil sieht man jetzt Herr Abgeordneter. Sie haben nämlich dabei mitgewirkt beim VA TECH-Beschluss. Schwarz-Grün hat verhindert, dass ein ordentlicher Widerstand gegen das Verkaufen geleistet wird. Die VA TECH ist verkauft. Ich bin gespannt, ob es die VA TECH in drei Jahren noch geben wird. Da werde ich Sie dann fragen, meine Damen und Herren. Bei der voest hat es einen Widerstand gegeben. Das ist ein gutes Unternehmen geblieben. Die Mitarbeiter des Managements sind die gleichen geblieben. Gott sei Dank. Weil beim Projekt Minerva war man ja dabei, sie aufzuteilen und in mehrere Bereiche zu verkaufen. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: „Das hat der Landeshauptmann verhindert und das wissen Sie. Das ist Geschichtsfälschung! Waren Sie unten beim Bundeskanzleramt? Sie haben nur eine Presseaussendung!“) Der Bundeskanzler hats eh verkauft. Sehr zu ihrem Leidwesen hat er ja die voest verkauft, der Herr Bundeskanzler, und sie sind heute noch traurig darüber. (Unverständlicher Zwischenruf) Ich habe mit dem Herrn Landeshauptmann ein Gespräch geführt und er hat gesagt, er würde die voest nicht verkaufen. Aber er hat sich gegen den Bundeskanzler nicht durchsetzen können. Es wurde die voest verkauft und Gott sei Dank ist es heute ein gutes Unternehmen. (Beifall)

Reden wir in drei Jahren weiter, wenn die Behaltefrist und Garantien von Siemens bei VA TECH abgelaufen sind. Dann wird es so sein wie bei den Austria Tabakwerken. Austria Tabakwerke. (Unverständlicher Zwischenruf) Nein, die VA TECH konnten wir nicht retten, weil Schwarz-Grün beschlossen hat, Siemens ist ein österreichisches Unternehmen. (Zwischenruf Landesrat Sigl: „Du hast ja gesagt, die voest ist verkauft worden. Und vorher hast du gesagt, dass sie nicht verkauft worden ist!“) Ich sage, Sie haben verhindert, dass die VA TECH, dass sie nicht verkauft wird. Sie haben beschlossen, dass Siemens, gegründet 1989 in Berlin, ein österreichisches Unternehmen ist. Das haben Sie beschlossen und wir werden Sie in

drei Jahren fragen, ob das so ist. Bei den Austria Tabakwerken wissen Sie, dass nach Ablauf der Garantie jetzt sofort zwei Werke zugesperrt wurden.

Eines möchte ich Ihnen auch noch einmal wirklich sagen, weil Sie immer in der heilen Welt leben fern jeder Realität. Ich glaube, man muss wirklich, realistisch dargestellt, man muss wirklich nur einmal einfach Zahlen lesen. Und wenn jetzt Oberösterreich zum ersten Mal bei den Männereinkommen unter den Österreichschnitt fällt, wir, das so erfolgreiche Wirtschaftsbundesland. Wir sind wirklich gut und stark, ja trotz ÖVP sind wir ein wirklich gutes, starkes Wirtschaftsland. (Beifall) Und wir fallen bei den Einkommen unter den Österreichschnitt und liegen bei den Fraueneinkommen ganz am Ende mit Tirol und Vorarlberg. Rohrbach an 121. Stelle von 121 Bezirken, Freistadt 118, Schärding 117, Vöcklabruck 103, Perg 105. Ich glaube, das ist doch ein Grund, wirklich etwas zu tun. (Zwischenruf Abg. Hüttmayr: „Aber die Leute haben Arbeit!“) Es ist etwas zu tun. Aber man muss sie auch ordentlich zahlen, Herr Abgeordneter. Das ist die Frage. Daher glaube ich, dass wir einfach wirklich eine zukunftsorientierte Politik wieder brauchen.

Ich darf auch eines noch dazu sagen. Der Herr Landeshauptmann hat als Zwischenruf zum Klubobmann Steinkellner Folgendes gesagt: Ihre Beschäftigungszahlen ein Monat, das ist kein Weitblick. Ja. Er hat den Weitblick von einem Jahr. Das ist ein Weitblick. Ich sage Ihnen, Bruno Kreisky hat viel mehr Weitblick gehabt als ein Jahr, der hat Jahrzehnte nach vorne geschaut und damit Österreich gestaltet. (Beifall. Zwischenruf Landesrat Sigl: „Aber zu wenig weit, weil die Schulden haben wir bezahlt!“)

Und nun zur aktuellen Wirtschaftspolitik in Oberösterreich. Ich darf Ihnen Ihre eigenen Referenten noch einmal in Erinnerung rufen. Sie waren sicher alle bei der letzten Tagung in Reichersberg dabei, wo Bischof Maximilian Aichern gesagt hat, nach dem Menschenbild der christlichen Soziallehre kommt dem Markt oder der Wirtschaft keine eigene Rechtspersönlichkeit zu. Der Markt reguliert nichts. Er ist eine Sache, die dann etwas Positives leistet, wenn sie sinnvoll gebraucht wird. Der Mensch selbst bleibt verantwortlich. Er darf sich nicht auf den Markt ausreden, wenn etwas schief läuft.

Es läuft etwas schief. Wir haben 9.000 jugendliche Arbeitslose in Oberösterreich. Das ist die höchste Zahl, die es je in unserem Bundesland gegeben hat. Und die über 50-Jährigen haben um 1.000 oder 22 % zugenommen und nur ein Drittel davon ist aus der Bauwirtschaft. Zwei Drittel sind nicht aus der Bauwirtschaft. Und der Zuwachs um 14 % muss einfach zu denken geben.

Ich glaube, dass wir einfach wieder neue Werte beim Wirtschaften brauchen. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen. Das Ziel muss sein, dass die Menschen dadurch zum einem qualitätvollen Leben kommen und nicht umgekehrt. Daher glaube ich, brauchen wir neue Werte in der Wirtschaftspolitik. Wir dürfen nicht die herkömmlichen orthodoxen Wege einfach weiterschreiben.

Und wiederum, das Wifo sagt Ihnen ja ganz klar, was die herkömmlichen Wirtschaftspolitiker, auch jene von Schwarz-Grün sagen: Gürtel enger schnallen trotz hoher Arbeitslosigkeit und Überkapazitäten. Der Wohlfahrtsstaat hemmt die Beschäftigung durch hohe Löhne und Lohnnebenkosten, überreguliert die Arbeitsmärkte. Globalisierung und Alterung stellen sowieso den Wohlfahrtsstaat in Frage. Das wirkliche Problem ist eigentlich, dass wir jetzt in der Wirtschaft einen Mangel an effektiver Nachfrage haben, an Kaufkraft haben, deswegen haben wir ein unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum. Wenn die Menschen nicht mehr, sondern weniger verdienen, können sie nicht mehr, sondern weniger kaufen und damit wird

das Wirtschaftswachstum zu langsam und alle Volkswirte wissen, dass wir drei Prozent Wirtschaftswachstum brauchen, damit wir Arbeitslosigkeit beseitigen können. Nur von diesen drei Prozent sind wir in Oberösterreich und Österreich weit entfernt. Und daher muss es wieder zu einer Umverteilung bei den Löhnen und Gehältern kommen. Die Menschen, die die Wirtschaft leisten, die eine Steigerung von vierzehn Prozent in sieben Jahren erarbeitet haben, müssen auch den gerechten Anteil an diesen erarbeiteten Werten haben.

Und jetzt ist es leider in Österreich anders geworden. Von 1960 bis 1970 stieg die Produktivität um fünf Prozent, die Reallöhne netto um vier Prozent. Von 1970 bis 1980 wuchs die Wirtschaft um 2,9 Prozent, die Reallöhne 2,7 Prozent. Jetzt wächst die Wirtschaft um 1,7 Prozent, und die Reallöhne sinken um 0,2 Prozent. Wifo neueste Zahlen, nicht von mir gerechnet, (Zwischenruf Landesrat Sigl: „Wer handelt denn die Löhne?“) das heißt die Menschen kriegen jetzt weniger Geld. Und so schaut es aus! Bitte, schauen Sie sich diese Grafik an. Die Gewinnquoten in Österreich steigen dramatisch. Die Gewinne werden entnommen und die Investitionsquoten, die fallen. Es wird nicht investiert, sondern es werden die Gewinne herausgenommen und durch die Steuerreform wird das auch noch begünstigt. Das ist das große Problem. Bisher waren die Investitionen stark begünstigt, es wurden wertvolle Arbeitsplätze geschaffen und jetzt werden die Gewinnherausnahmen steuerlich begünstigt, und dann bekommen sie solche Bilder und ganz einfach noch einmal vom Wifo - nur zum anschauen. Die Lohnquote in Österreich sinkt, das heißt der Anteil, den die Menschen kriegen für das, was sie erwirtschaften, die sinkt. (Zwischenruf Landesrat Sigl: „Wir reden hier von Oberösterreich!“) Dafür steigt die Arbeitslosigkeit. Wir sind ja ein Teil dieser Entwicklung und auch bei uns steigt die Arbeitslosigkeit, lieber Viktor, um zwar habe ich gerade erwähnt, dass wir die höchste Zahl an jugendlichen Arbeitslosen haben und die höchste Zahl jemals an Arbeitslosen an über Fünfzigjährigen. Das ist doch ein Hinweis darauf, dass diese Politik auf jeden Fall nicht mehr funktionieren kann. Die Einkommen des untersten ein Prozent der Menschen sind fünf Prozent gefallen. Die Einkommen oberstes ein Prozent um zwanzig Prozent gestiegen. Und wenn Sie das als gerecht empfinden, meine Damen und Herren, dann sagen Sie das doch bitte, machen wir weiter so. Das oberste ein Prozent zwanzig Prozent mehr und alle anderen weniger. Und daher brauchen wir neue Werte! Wir brauchen eine andere Politik! Die Politik des Lohn- und Sozialdumpings ist wirklich kontraproduktiv. Sie hat noch in keinem Land einen wirklichen Erfolg erzielen können. Sie hat überall zu Arbeitslosigkeit und zu sinkendem Wirtschaftswachstum geführt. Schauen Sie sich die Vergleiche mit Amerika an. Amerika macht diese Politik, die sie so gerne sehen. Die Gesundheitsausgaben in Amerika betragen vierzehn Prozent, in Europa acht Prozent, in Österreich sieben Prozent. Da soll bei uns noch eingespart werden. Bei der Lebenserwartung ist es umgekehrt, USA 76 Jahre, wir 78 Jahre, Schweden 79 Jahre. Aber sie wollen das ja unbedingt mit Gewalt so ändern, dass wir Verhältnisse wie in den USA bekommen.

Nun zu den Gefangenenzahlen: Ein kleiner Vergleich, welche sozialen Entwicklungen drohen, wenn man keine ausgeglichene Politik macht. In der EU sind pro 100.000 Einwohner 87 im Gefängnis, in den USA 685. Dort waren 1995 1,9 Prozent der Männer im Erwerbsalter in Haft und 6,6 Prozent auf Bewährung heraus. Das kommt heraus, wenn man die soziale Ausgewogenheit weiterhin so auseinander laufen lässt. Wenn man sich solche Ziele nimmt, wie in der neoliberalen Politik gesagt: „Mehr privat weniger Staat – sparen bei Gesundheit und Pensionen, Lohnzurückhaltung“. Das ist das Ergebnis aus solchen Politiken. Und daher müssen wir einfach wieder mehr investieren. Wir brauchen Investitionen in die Infrastruktur, Investitionen in die Bildung. Wir brauchen vor allem auch eine Politik, wo wir in die Familien und ganz besonders in die Kinder investieren. Die Ausbildung, die Chancen unserer Kinder, das ist das Wichtigste. Und ich ersuche Sie daher, eine kinderfreundliche, eine arbeitneh

merfreundliche, eine bauernfreundliche, eine menschenfreundliche Politik zu machen, und nicht zuzusperren und zu verkaufen und Sozialabbau zu betreiben. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Danke für den Auftrittapplaus. Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in meinen Ausführungen jetzt eingehen auf die Zukunft, mich nicht mit Geschichte und Zahlen beschäftigen, sondern auf die Zukunft schauen und vor allem auf die ländlichen Regionen schauen. Wir Grünen wollen Wirtschaft so gestalten, dass sich die Gesellschaft gesamthaft und nachhaltig entwickeln kann. Das sind keine Schlagworte oder sollen keine Schlagworte sein. Eine Wirtschaftsentwicklung, ein Wirtschaftswachstum, die Gewinnmaximierung einzelner darf nicht auf Kosten unserer wichtigsten Ressourcen gehen, darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen, darf nicht auf Kosten der Umwelt gehen. Was heißt das? Wir müssen auch einen Blick auf die jetzt arbeitenden Menschen richten. Welche Arbeitsbedingungen finden sie vor? Wie sind die im gesundheitlichen oder im sozialen Bereich? Arbeitsbedingungen, Flexibilität ist immer ein großes Schlagwort. Flexibilität darf aber nicht nur von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefordert werden, sondern es braucht auch flexiblere Strukturen, Gedanken der Wirtschaft. Und wir KonsumentInnen, und da sind wir alle aufgerufen, dürfen nicht immer nur fordern, was wir alles wollen. Wir müssen auch bedenken, wer hängt denn da dran, wer bringt uns denn die Dienstleistung, wer betreut denn das Geschäft, wenn wir sagen, wir wollen um Mitternacht einkaufen gehen? Ich glaube, auch da müssen wir hinschauen und nicht nur wir immer fordern, die ArbeitnehmerInnen müssen flexibel sein und dann jammern wir, wenn das nicht passt.

Lebensqualität ist ein Image für eine Region. Wenn wir in der letzten Zeit sehr viel über das Mühlviertel gehört haben und gelesen haben, und gerade auch bei der EU-Entwicklung, bei der EU-Erweiterung hier das Mühlviertel sehr im Blickpunkt auch der Wirtschaftsentwicklung steht, ist immer eine große Ressource, die genannt wird, einerseits die Menschen, die dort arbeiten, andererseits – die Gabi lacht, das haben wir beim Hearing noch gar nicht gehört – aber ein anderer wichtiger Bereich, der von vielen genannt wird, ist die intakte Struktur der Klein- und Mittelbetriebe. Die Vielfalt, die es in einer ländlichen Region gibt. Nur leider die autoverliebte Verkehrspolitik, und das sage ich ganz speziell dem Herrn Klubobmann Steinkellner, unsere autoverliebte Verkehrspolitik saugt die Kaufkraft nicht nur von den Stadtkernen in die Randgebiete, sondern auch von der ländlichen Region in Richtung Zentren. Und mit dem müssen wir uns beschäftigen. Wir müssen endlich einmal erkennen, dass eine menschenfreundliche Stadtentwicklung, auch was mit Wirtschaftsentwicklung, mit Wirtschaftsstandort zu tun hat, dass die Schiene bitte auch eine Strukturmaßnahme ist für die Wirtschaft. Die Schiene, die heute noch nie erwähnt worden ist vom Klubobmann Steinkellner, was für Infrastrukturmaßnahmen wir Grüne fordern. Und das ist eine wesentliche Forderung. Sowohl den Individualverkehr als auch die möglichen Güter auf die Schiene zu bringen, dann können wir auch die Umwelt massiv entlasten. Und genau in diese Richtung muss eine Wirtschaftspolitik für die ländliche Region auch gehen und für die stehen wir auch.

Es braucht aber auch nachhaltige Formen, Förderinstrumente für die Nahversorgung. Es gibt viele konstruktive Pilotprojekte, die brauchen aber eine langfristige Absicherung ihrer innovativen Ideen. Es geht nicht nur um kurzfristige Werbeaktionen. Werbeaktionen ja – sind wichtig, auch um die Marken zu festigen. Dachmarke Mühlviertel ist eine solche Aktion. Aber es braucht auch wirklich nachhaltige Strukturverbesserungen in allen Bereichen. Es braucht innovative Formen, das langfristig abzusichern. Nicht nur Strukturmaßnahmen zu fördern und nachher die Klein- und Nahversorger allein zu lassen, auch hier Förderinstrumente zu

entwickeln, die einen Weiterbestand dieser Nahversorger, dieser kleinen Nahversorger in den ländlichen Regionen sichern. Denn das ist auch KonsumentInnenpolitik bitte. Denn, wie sollen denn betagte Menschen dann zum Einkaufen kommen, wenn die Nahversorgung im Ort ausstirbt? Und ich glaube, hier muss sich unsere ganze Kompetenz hinrichten.

Innovative Standortpolitik heißt, das Zusammenspiel aller Gesellschaftsbereiche, von Bildung über Kultur, über Gesundheit, über Forschung zu forcieren, viele Bereiche müssen dann mitarbeiten. Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben, dann sichern wir den Wirtschaftsstandort Oberösterreich und auch den Wirtschaftsstandort in den ländlichen Regionen, danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Anschöber.

Landesrat **Anschöber:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein alter Bewunderer des Bruno Kreisky, was Öffnung, Betonen von Bildungspolitik, Durchflutung aller gesellschaftlichen Bereiche mit Bildung, war eines seiner zentralen Anliegen. Das ist wichtig und notwendig, und da hat er geöffnet. Aber, wenn ich mir so Teile dieser Diskussion jetzt angehört habe und sich diese Diskussion zu neunzig Prozent auf Vergangenheit ausgerichtet hat, dann frage ich mich wirklich, ob wir miteinander erfasst haben, vor welchen Problemen wir eigentlich stehen? Und die sind groß! Wir stehen vor großen Herausforderungen. Wir haben einen europäischen Standortwettbewerb, der sich gewaschen hat. Wir haben einen Steuersenkungswettbewerb in ganz Europa, der sich gewaschen hat. Wir wissen, dass es nicht nur ein deutsches Phänomen ist, dass die Grundstoffindustrie aussiedelt, absiedelt nach Brasilien, in die Slowakei, nach Polen, in die Ukraine geht, sondern, dass das genauso gut uns treffen kann und möglicherweise in Teilbereichen treffen wird. Wir wissen, dass wir den Herausforderungen der wirtschaftlichen Globalisierung bislang keinerlei politische Globalisierung und einen Rahmen der Politik für die Wirtschaft gegenüberstellen können. Wir wissen, dass es von der Bundesregierung eine absolute Schiefelage bei der Einkommensentwicklung und bei der Gerechtigkeitsfrage und der Verteilungsfrage gegeben hat. Es stimmt, dass die Durchschnittseinkommen gleich gestiegen, aber gleichzeitig ist die Schere zwischen arm und reich dramatisch auseinander gegangen in diesem Land. Und das ist keine gute Entwicklung. Und das trifft genau den Bereich Konsum, Möglichkeit zu investieren, Möglichkeit in Richtung Konjunktur, eine Belebung zu erreichen. Aber, Schlagwörter alleine zu liefern, das halte ich für Populismus. Denn, ich habe keine Antworten gehört! Ich habe keinerlei Antworten gehört. Und ich denke mir, wir müssen definieren, was können wir auf europäischer Ebene leisten? Da muss es in Richtung Verhindern des Steuersenkungswettbewerbs gehen, in Richtung Mindestnormen bei den Steuergesetzgebungen, sonst haben wir größte Probleme, was die Investitionsmöglichkeiten betrifft und die Handlungsmöglichkeiten des Staates. Und im eigenen Bereich können wir und müssen wir ganz einfache und klare Prioritäten setzen. Das heißt, Bildung, Bildung, Bildung! Das heißt, Forschung und Entwicklung, Forschung und Entwicklung, Forschung und Entwicklung! Und das heißt eigene Profile, eigene Stärken, Stärken und Weiterentwicklung. Und da ist – und das sollten wir heute eigentlich diskutieren – das strategische Programm eine Antwort. Wo wir uns miteinander bemüht haben, wo wir miteinander versucht haben, Herausforderungen anzugehen und Perspektiven zu eröffnen, wie wir mit einer Wirtschaftsentwicklung uns diesen Herausforderungen stellen können.

Und mir ist es ganz, ganz wichtig, dass wir in einem Segment etwas schaffen in Oberösterreich, was es bisher nirgendwo gibt. Nämlich eine Versöhnung von Umwelt und Wirtschaft zusammenbringen. Versuchen klarzumachen, wie man durch Umweltinvestitionen tatsächlich Beschäftigung schaffen kann. Und wir haben in diesem strategischen Programm einen

Kernbereich enthalten, nämlich das Netzwerk Umwelttechnik, das unser bereits gestartetes Programm des Öko-Energieclusters weiter verstärken kann. Und ich lade Sie dazu ein, kommen Sie mit mir in den nächsten Tagen einmal auf die Welser Messe. Da werden Sie hören, wie hunderte Expertinnen und Experten der ganzen Welt da sind und diesen Öko-Energiestandort bewundern. Da das Know-how holen, hier die Produkte einkaufen, da dafür sorgen, dass wir ein spannender Wirtschaftsmotor werden. Und ich habe heute gerade eine Studie der Universität Linz genau zu diesem Öko-Stromprogramm 2004, also der Ausbau von Stromproduktion aus Biomasse, Biogas, Windenergie, Sonnenenergie erhalten, und wissen Sie, was das Ergebnis ist? 300.000 Tonnen CO<sup>2</sup> pro Jahr weniger und gleichzeitig 600 Arbeitsplätze pro Jahr mehr. Das heißt, man kann es zusammenbringen, dass man Umwelt und Wirtschaft versöhnt, dass man durch Umweltinvestitionen Arbeitsplätze schafft. Und genau das ist grüne Handschrift in einer Regierung, zu beweisen, dass man mit einer Verbesserung der Lebensqualität Arbeitsplätze verwirklichen kann und schaffen kann. Ich fahre jetzt wieder nach Wels und werde dort mein Engagement fortsetzen. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Aspöck.

**Abg. Ing. Aspöck:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hoher Landtag! Bei all diesen verschiedenen Meinungen, die es heute schon gegeben hat zum Thema Wirtschaftspolitik Oberösterreichs, - und wir haben ja eine geballte Wirtschaftskraft in Oberösterreich vorzuweisen – steht, glaube ich, eines außer Streit: Und das ist, dass es den Bauern schlecht geht. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Und die Landwirtschaft ist natürlich auch einmal ein Teil der Wirtschaft, der Wirtschaftskraft in Oberösterreich. Und ich werde Sie, meine Damen und Herren keine Angst, nicht lange quälen, aber einige Daten und einige Fakten möchte ich Ihnen schon hier präsentieren.

Wir haben ein fettes Minus bei den Erzeugerpreisen vorzuweisen. Wir reden oft über gerechte Preise in der Landwirtschaft. Wo sind sie? Wir haben ein fettes Minus bei den Umsätzen bei den Bauern. Wir haben weiters ein saftiges Minus bei den Einkommen in der Landwirtschaft. Von 2003 auf 2004 satte sechs Prozent minus. Wir haben weiters ein sattes Minus bei den bewirtschafteten Bauernhöfen. Viele Jungunternehmer, viele Jungbauern sind nicht mehr bereit, den Bauernhof ihrer Eltern zu übernehmen. Weiters, auch ein sattes, ein fettes Minus bei den Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft, und natürlich auch bei den Kosten. Denn, wir reden immer, wir sind in einem einheitlichen, gemeinsamen Markt Europa. Wo ist hier die Kostenwahrheit? Wo sind hier wirklich faire Preise im Bereich der Betriebsmittel? Schauen wir uns doch nur an, wir haben vor nicht mehr als einem halben Jahr die Kostenspirale selber gewaltig in Oberösterreich angezogen im Bereich der Tierkörperverwertung. Auch wenn es nur ein kleines Ferkel ist, das abzuliefern ist bei der Tierkörperverwertung in Regau, muss der Bauer heute achtzehn Euro berappen. Und das ist nicht wenig, und das ist nur ein Beispiel am Rande. Aber man würde meinen, das alles sei jetzt schon genug an Verdruss in der Landwirtschaft, und da gibt es bei uns in Oberösterreich einen Landesrat, der zuständig ist für die Bauern. Und der setzt noch ein Sahnehäubchen drauf auf diese Sache. Denn, es ist ja wirklich spannend. Sie müssen sich mal vorstellen, unser Landesrat Ferdl Stockinger fährt zu einer Veranstaltung nach Aspach zum Gasthof Danzer und dort stellt ganz berechtigt ein Bauer die Frage: Wie groß muss denn ein Landwirt überhaupt sein, damit er in der Zukunft überleben kann? Und dann gibt unser Landesrat Stockinger zur Antwort, und ich zitiere hier: „Es gibt eine Redewendung, je größer der Kuhstall ist, desto dümmer ist der Bauer!“ Zitat Ende. Und Sie werden sich natürlich vorstellen können, (Zwischenruf Abg. Steinkogler: „Ohne Zusammenhang!“) was hier das für Aufregungen hervorgerufen hat. Und ich muss wirklich sagen, ich bin auch bestürzt und bin eigentlich traurig darüber, dass bei einer berechtigten Frage keine bessere Antwort hier dem Landesrat einfällt. Und ich bitte unseren

Landesrat und fordere ihn wirklich hier auf, bei dem betroffenen Bauern sich für diese Aussage zu entschuldigen. Danke. (Unverständliche Zwischenrufe)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Sigl. (Unverständlicher Zwischenruf) Helga Moser? Okay. Zu Wort gemeldet ist Helga Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte mich einem Schwerpunkt zuwenden oder zwei Schwerpunkten, die vielleicht im ersten Moment gar nicht so sehr eine Verknüpfung miteinander haben, und zwar einerseits der Qualifikation der Ausbildung der Frauen und andererseits dem ländlichen Raum. Ich sage aber ganz bewusst, dass ich hier sicher nicht für die Landwirtschaft spreche, wenn man wenig Abgeordnete hat, dann muss man sich zwar weiter entwickeln, aber das lass ich den Berufenen. Was meine ich jetzt mit Entwicklung ländlicher Raum in Zusammenhang mit Frauenbildung, Frauenqualifikation? Wir haben das Problem, dass die ländlichen Regionen unheimlich stark an Qualität für die Bevölkerung verlieren. Es ist so ein schleichender Prozess, der eigentlich zuerst gar nicht so bewusst wahrgenommen worden ist, sie haben die Stärke, dass dort eine starke soziale emotionale Bindung ist, dass die Integration der älteren Mitbürger über Teile noch besser funktioniert wie im städtischen Bereich. Aber die Multifunktionalität, die früher der ländliche Raum gehabt hat, die hat er verloren, die geht immer mehr zurück. Der Verlust an Arbeitsplätzen schreitet voran, weil immer mehr Betriebe, wir haben versucht, dagegen zu steuern in den letzten Jahren, ich weiß es schon, immer mehr Betriebe eher zu Ballungsgebieten ziehen, weil dort auch die Vernetzung der Betriebe untereinander wesentlich leichter ist. Dadurch verlassen auch viele junge, gut Ausgebildete den ländlichen Raum und fehlen dann aber dort. Die Ausdünnung der Nahversorger hängt zusammen mit dem Bauboom der Großmärkte, wenn ich mir nur anschau, wie viele Großmärkte wirklich gebaut werden, dann denke ich mir, sollten wir vom Land her Prioritäten setzen, das etwas vielleicht einzudämmen und nicht nur Genehmigung um Genehmigung zu geben, damit jede Kette im Ort vertreten ist.

Sicher spielt auch mit natürlich der öffentliche Verkehr, gerade Frauen, es sind die Familien nicht immer in der Lage, sich zwei Autos zu leisten, der Mann pendelt aus, und die Frauen müssen in der Region bleiben. Dort haben wir die Arbeitsplätze, die teilweise nicht so qualitativ sind, die auch wesentlich geringer bezahlt werden. Dort haben wir viel aus dem Dienstleistungsbereich, ich glaube, man sollte sich überlegen, welche Schwerpunkte man setzt. Die Bundesregierung hat im Koalitionsübereinkommen die Breitbandoffensive gestartet, die dankenswerter Weise jetzt auch von Oberösterreich umgesetzt wird. Mir geht das Ganze nur fast ein bisschen zu langsam, weil ich werde immer wieder darauf angesprochen eben von Frauen, die sagen, ja hätte ich die Zugangsmöglichkeit, dann könnte ich auch von zu Hause die eine oder andere Tätigkeit übernehmen, das sind einfache Probleme, die da sind. Ich glaube, wir sollten sie uns wirklich ansehen, auch haben wir natürlich das Problem, dass der Zugang zu Bildungsmaßnahmen schwierig ist, ich habe heute schon einmal auf das Weiterlernen und lebensbegleitendes Lernen hingewiesen. In den ländlichen Bereichen ist es natürlich auch wesentlich reduzierter, ich weiß schon, wir haben Frauenorganisationen, die Weiterbildung anbieten, wir haben Angebote teilweise vom AMS, aber sie decken immer nur ein gewisses Spektrum ab.

Wenn hier heute kritisiert worden ist vom Landeshauptmann-Stellvertreter Haider, wie schlecht es der Wirtschaft in Österreich geht oder in Oberösterreich, dann möchte ich ihm nur noch eines zum Abschluss sagen: Sich herzustellen und zu tun, als ob Österreich eine Insel ist, die da irgendwo im Ozean herumschwimmt und von Entwicklungen in Europa nicht betroffen ist, das ist sehr blauäugig. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: "Nachbarland Deutsch



land!") Ich glaube, wir sollten uns wirklich bemühen, nicht polemisch zu sein, sondern wir sollten schauen, dass wir unsere Aufgaben machen, aber wir sollten auch so fair sein, dass wir über unseren Rand, über unsere Grenze hinwegsehen. Wenn ich gestern und vorgestern die Arbeitslosenzahlen in Deutschland gehört habe, dann muss ich sagen, geht es uns trotz allem noch verhältnismäßig gut. Ich danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Gemeldet hat sich der Herr Landesrat Stockinger zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Landesrat **Dr. Stockinger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus! Angeblich hätte ich gesagt, je größer der Kuhstall, um so dümmere der Bauer. Ich berichtige tatsächlich, dass ich diesen Vergleich nicht gebracht habe. Das wäre ja so, wie wenn ich sagen würde, je kleiner eine Landtagsfraktion, um so unpassender die Vergleiche. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Jetzt ist es so weit, gemeldet hat sich der Herr Landesrat Sigl.

Landesrat **Sigl:** Meine sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Diese heutige aktuelle Stunde sollte eigentlich ganz besonders jenen Menschen gewidmet werden und gewidmet worden sein, die dafür sorgen, dass es hier trotzdem immer wieder darum geht, Unterschiede herzustellen, die letztendlich aber dafür sorgen, dass wir draußen bei den Menschen in den Regionen, in der Welt, in Europa immer wieder sagen, Oberösterreich ist ein tolles Land. Wir sind wirtschaftlich stark, wir sind erfolgreich, wir haben aus einer Vergangenheit heraus uns auch Gedanken gemacht für die Zukunft, genau das, meine Damen und Herren, hat mir bei den letzten Rednern und bei den Vorrednern ein bisschen gefehlt, nämlich auch in die Wirtschaft hinein die Vision zu tragen, die diese Wirtschaft haben soll und die Vision der Politik bekanntzugeben. Wirtschaft braucht Rahmenbedingungen, wir von der Politik, wir brauchen nicht die Wirtschaft ersetzen, damit gebe ich auch die Antwort, welche Wirtschaft erfolgreicher ist, die nur verstaatlichte glaube ich eher weniger, aber die private sehr wohl mehr. Ich weiß, dass es auch Bereiche gibt klarer Weise, wo sich die öffentliche Hand auch als Unternehmer betätigen muss.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, wir leben im Jahr 2005, wenn es hier Redner gibt, die Statistiken aus dem Jahr 2000 herbringen, dann muss man dazusagen, bitte, die sind in Wahrheit, wenn ich es von der wirtschaftlichen Seite her sagen darf, von vorgestern. Wir müssen, meine Damen und Herren, überlegen, was braucht denn diese Wirtschaft an Rahmenbedingungen im Jahr 2010, im Jahr 2015 und die nächste Generation, dass sie weiterhin unternehmerisch tätig ist? Genau darum haben wir rund vor einem Jahr in der Technologie- und Marketinggesellschaft festgelegt, dass wir eine strategische Programmarbeit quasi in Auftrag geben. Wir haben 250 Menschen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und den Sozialpartnern eingeladen, sich darüber Gedanken zu machen, wo denn die strategische wirtschaftspolitische Entwicklung hingehen soll, was sie denn brauchen werden aus ihrer heutigen Sicht in 5, 10 oder 20 Jahren. Ich bin daher sehr froh, dass ich den Mitgliedern des volkswirtschaftlichen Ausschusses heute auch als erste Gruppe das strategische Programm 2010 "Innovatives Oberösterreich" übergeben habe dürfen. Ich lade auch alle anderen Abgeordneten ein, sich über das Internet dieses Programm zu organisieren. Es wird der Leitfaden der Landeswirtschaftspolitik für die nächsten fünf bis sechs Jahre sein, das ist ein Programm, das Zukunft beinhaltet, ich betreibe hier als Wirtschaftsreferent keine Vergangenheitsbewältigung, die kann ich nicht mehr ändern, nur mehr erklären.

Meine Aufgabe ist es, zukunftsgestaltend entsprechend Rahmenbedingungen zu schaffen, und das tun wir mit dem strategischen Programm, wo es eine Vielzahl an klar definierten

Maßnahmen gibt, in fünf Themenblöcken organisiert von Forschung und Entwicklung auf der einen Seite bis zur Qualifikation auf der zweiten Seite, bis zum dritten Bereich der Netzwerke der Kooperationen, der Zusammenarbeitsmöglichkeiten, die ein Land braucht, um sich ganz einfach in der Welt behaupten zu können. Meine Damen und Herren, wir beliefern die Welt, Oberösterreich ist ein Bundesland, das nicht seinen Wohlstand ausschließlich aus der eigenen Kaufkraft eruieren kann, sondern das braucht die Welt. Deswegen müssen wir uns auch mit unserer Exportoffensive daran orientieren, dass wir auch in Zukunft dort auf diesen Plätzen der Weltmärkte konkurrenzfähig sind. (Beifall) Dieses Programm sieht vor ein Investitionsvolumen von 600 Millionen Euro, nur zum Vergleich das strategische Programm 2000+, das Vorgängerprogramm hat ein Landesinvestitionsvolumen von rund 70 Millionen Euro vorgesehen. Bei diesem Investitionsprogramm, bei diesen 600 Millionen Euro sind 200 Millionen Euro seitens des Landes vorgesehen, das heißt, wir verdreifachen die Summe, nicht nur ungefähr, sondern ganz bewusst für diese konkreten Bereiche.

Wir investieren auch in die Netzwerke Europas, wir wollen zu den "Regions of excellents" dazugehören. Wir kooperieren mit Regionen wie der Lombardei, wie Westungarn, wie Baden-Württemberg, natürlich klarer Weise aber auch mit unseren Nachbarn Bayern, Südböhmen, Niederösterreich, Steiermark, Salzburg, na selbstverständlich. Auf diese Art und Weise werden wir diesen Wirtschaftsraum weiter in die Wettbewerbsfähigkeit, in die Konkurrenzfähigkeit der Standorte in dieser Welt hineinbringen.

Ich möchte mich vor allem bei den 250 Damen und Herren, die dieses strategische Konzept entwickelt haben, bedanken. Die haben das in einem sehr hohen Maße in ihrer Freizeit gemacht, Unternehmer von vielen Unternehmungen, Betriebsräte, Personalchefs waren zu einem großen Teil in ihrer Freizeit bei der Entwicklung dieses Programms dabei. Das zeigt, dass es uns gelungen ist, auch die Wirtschaft selber hereinzunehmen, beim Entwickeln der Rahmenbedingungen, unsere Aufgabe wird es sein, in den nächsten Jahren dieses Programm abzarbeiten. Die Vision, die wir haben, die die ÖVP dieses Bundeslandes hat, mit Landeshauptmann Dr. Pühringer an der Spitze, ist, diese 600 Millionen Investitionsvolumen werden in Oberösterreich 20.000 neue Arbeitsplätze schaffen, sie werden 10.000 neue Betriebe schaffen. Auf diese Art und Weise machen wir in Oberösterreich keine Vergangenheitsbewältigung, sondern eine entsprechende Perspektive für die Zukunft. Ich lade Sie ein, hier mitzutun. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Da mir keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, erkläre ich die aktuelle Stunde für geschlossen. Ich weise darauf hin, dass auch noch zwei Initiativanträge vorliegen, die in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Thema der aktuellen Stunde stehen, es sind das die Beilagen 454/2005 und 460/2005. Bei der Beilage 454/2005 handelt es sich um den von Abgeordneten der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen eingebrachten Initiativantrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich. Bei der Beilage 460/2005 handelt es sich um den von Abgeordneten der SPÖ-Fraktion eingebrachten Initiativantrag, betreffend eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik. Gemäß den Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung ist unmittelbar nach der aktuellen Stunde über die Dringlichkeit derartiger Anträge Beschluss zu fassen. Ich eröffne zunächst über den Antrag, dass der Beilage 454/2005 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Herr Kollege Steinkellner, bitte.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Als Klubobmann bin ich daran interessiert, dass wir in der Geschäftsordnung des Oberösterreichischen Landtags natürlich Reformen durchführen, die unsere Arbeit verständlicher machen. Ich habe hier die Beilage 449/2005, das ist eine Vorlage der Oberösterreichischen

Landesregierung betreffend das strategische Programm "Innovatives Oberösterreich 2010", das hat die Landesregierung beschlossen. Antrag 454/2005, also fünf Anträge danach, Dringlichkeitsantrag der ÖVP und Grünen, sieht vor, dass die Landesregierung ersucht wird, Maßnahmen und Initiativen für die Sicherung und Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich und den Schwerpunkten Forschung und Entwicklung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Kooperationen, Standortentwicklungen und EU-Integration zu entwickeln. Offensichtlich ist dieses Papier, das ja vorher eingebracht wurde unzureichend und schon wieder das Papier gar nicht Wert, was also die Papierkosten verursacht hat, sonst würde es ja nicht einen neuen Antrag geben, nachdem dieses Programm eingebracht wurde, dass ein neues Programm vorgelegt wird. Ich bitte jetzt um Aufklärung durch das zuständige Regierungsmitglied, welche Ergänzungen, Neuerungen aufgrund dieses Antrages der ÖVP-Fraktion uns wirklich vorgelegt werden. Vielleicht wäre es dann besser, dass wir beide Programme gemeinsam diskutieren, weil wenn ein neues Papier kommt, dann ist es sinnlos, dass wir in den Ausschuss jetzt mit diesem Programm reingehen und gleichzeitig die Regierung beauftragt wird, ein neues vorzulegen. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr verehrte Damen und Herren! Ich werde nicht auf die Frage eingehen, weil ich nicht die zuständige Landesrätin bin, das wird dann sicher Landesrat Sigl machen. Was mich für den Antrag 454/2005, der von der grünen Fraktion und von der ÖVP-Fraktion als dringlich eingebracht wird, verleitet, hier noch zu reden, ist die Wichtigkeit dieses Themas. Nicht immer nur von Vergangenheit und von Zahlen zu reden, sondern wirklich Fakten und Daten zu setzen. Hier wird ganz klar der Auftrag an die Regierung, an uns alle gestellt, was zu erarbeiten, was zu machen ist, um sich dann weiter zu entwickeln, nicht wie in anderen Anträgen oder wie in dem nachher noch zu diskutierenden Antrag, wieder die Verantwortung delegiert wird, die Arbeit und die Begründung. Dieser Antrag von der ÖVP und den Grünen zielt klar darauf ab, welche Maßnahmen, warum ist da eine Weiterentwicklung notwendig, wie soll die ausschauen, wie soll die aus grüner Sicht ausschauen? Wir haben schon viele Punkte angesprochen, ich denke, zwei möchte ich einfach hervorheben. Einerseits ist gerade im Bereich Forschung und Entwicklung hier ein Schwerpunkt zu setzen und auch noch weiter auszuführen, das muss unsere Richtung sein, es braucht noch vereinfachtere Formen des Förderungszugangs. Wir sind in der Forschung und Entwicklung sicher noch nicht so weit, dass wir sagen, wir haben das Optimale erreicht. Es braucht auch eine Vereinfachung der Einreichungsverfahren, wer sich einmal damit beschäftigt hat, wie kompliziert das ist, wo man Mittel dazu bekommt usw., ich glaube, hier sind wir aufgefordert, das zu verbessern. Auch mehr Investitionen, einerseits finanzielle aber auch bildungsmäßige Investitionen, an die Forscherinnen und Forscher zu geben, damit die qualitativ arbeiten können und hier auch eine Weiterentwicklung in vielen Bereichen notwendig ist.

Ein weiterer Punkt, der uns Grünen auch immer wichtig ist, der sicher auch gerade für die ländliche Region von zentraler Bedeutung ist, ist die Veränderung der digitalen Kluft. Derzeit haben wir noch keine ausreichende Breitbandinfrastruktur, wir sind auf dem besten Weg dazu, gerade hier müssen wir dranbleiben, wir dürfen das nicht verabsäumen, um auch noch die letzten Gebiete zu erschließen, weil hier ist gerade für den ländlichen Raum eine große Ressource, damit Betriebe, Klein- und Mittelbetriebe, aber auch größere Betriebe, auch in der ländlichen Region mit allen anderen vernetzt sind. Heutzutage brauchen wir nicht immer alles mit dem Auto oder direkten Kontakt machen, es geht auch sehr viel über diese digitale Schiene. Wir müssen diese bis jetzt noch ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen miteinbinden, wir müssen sie ausstatten mit verlässlichen Strukturen, damit das nicht zusammenbricht. Gerade eine Verlagerung vom städtischen Bereich auch in die ländlichen Regionen

hier zu unterstützen. Ich glaube, der Zugang zur Breitbandtechnologie und den Informationen muss für alle Bevölkerungsgruppen möglich sein und vor allem in der ganzen Region Oberösterreich, es dürfen die ländlichen Regionen nicht vergessen werden.

Natürlich ist gerade das E-Government, das E-Learning ein ganz wichtiger Bereich, hier müssen wir auch noch viel in die Information und in die Ausbildung der Personen, dass das zu nutzen ist, in diese neue Technologien investieren, um auch hier mehr Ansatz für die Menschen in der Region zu bringen. Ich glaube, mit diesem Antrag 454/2005 ist genau das gegeben, wir ersuchen alle um die Unterstützung dieser dringlichen Behandlung dieses Antrages im heutigen Landtag. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um Aufmerksamkeit, ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 454/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Ich eröffne nunmehr - Entschuldigung bitte, das ist zu laut - ich eröffne nunmehr den Antrag, dass der Beilage 460/2005 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Jahn.

**Abg. Mag. Jahn:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Präsidentin! Am Anfang noch ein paar Klarstellungen aus meiner Sicht, zu dem was vorhin gesagt wurde. Ich habe mir jetzt die Zahlen angeschaut, also die vergleichbare zehn Jahre zwischen 1980 und 1990 sind in Oberösterreich, Herr Klubobmann Strugl, 63.000 Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen worden. Und in der Zeit, die Sie zitiert haben, mit Landeshauptmann Pühringer, sind 18.000 Vollzeitplätze abgebaut worden. (Zwischenruf Mitte: „Stimmt nicht!“ Zwischenruf Mitte: „Die Zahlen sind nicht korrekt!“) Na schauen Sie halt nach. Ich habe sie alle mit. Sie können alle zu mir dann kommen. Und wenn man es auch zusammenzählt mit den Teilzeitarbeitsplätzen, dann sind trotzdem um 42.000 mehr netto in diesem Zeitraum 1980 bis 1990 Arbeitsplätze geschaffen worden als in der Zeit unter Pühringer. Also, so einfach das zu personifizieren ist das wohl nicht.

Und dann noch einmal zum Schuldenschmäh. Ich glaube, der geht nicht mehr hinein bei der österreichischen Bevölkerung. Und in der gesamten Zeit, in der die Regierung Kreisky an der Regierung war, wurden 21 Milliarden Schilling Schulden gemacht, das waren 13 Jahre, und Finanzminister Grasser ist fünf Jahre Finanzminister und hat 23 Milliarden Schilling zusätzliche Schulden gemacht. Und dass Sie in Oberösterreich genauso die Schulden verstecken, genauso die Schulden verstecken wie das die Bundesregierung tut, denn die machen alle Schulden wie die Staboffiziere, habe ich Ihnen schon bei der Budgetrede gesagt. Aber wenn Sie es noch einmal hören wollen, sage ich es Ihnen noch einmal. Tatsache ist, dass man natürlich andere Schulden machen lässt. Sonst würde man nicht ausgliedern, so dass das versteckt ist und das nicht auf die Schulden angerechnet wird oder man macht PPP-Modelle, die zwar die Steuerzahler insgesamt teurer kommen, aber man kann sagen, man macht nicht selber die Schulden, sondern lässt sie anderen machen. (Beifall) Und wenn Sie das genau erklärt haben möchten, (Zwischenruf Abg. Mag. Stelzer: „Darum macht es der Dobusch so gern!“ Zwischenruf Landesrat Sigl: „Wie macht denn das der Bürgermeister Dobusch?“) nehmen wir uns nachher noch Zeit. Das habe ich auch bei der Budgetrede gesagt, selbstverständlich ganz genauso, weil natürlich alle wissen, dass man einen Kanal, der 20 Jahre hält, nicht in einem Jahr finanzieren kann.

Aber wir sagen ja nicht, dass Schulden machen unmoralisch ist. Sie sagen, dass Schulden machen unmoralisch ist. Darf ich jetzt zu meinem Antrag kommen, meine Damen und Herren? Der Antrag sagt, wir brauchen einen Staat, der eingreift, wenn es wirtschaftlich schlecht geht, und nicht eine Regierung die zuschaut, wenn die Arbeitslosigkeit steigt und steigt. Das heißt, wir brauchen endlich eine staatliche Investitionsoffensive und eine Stärkung der Kaufkraft, damit die Wirtschaft in Schwung kommt. Ich hoffe auf einen Bündnispartner Anschober, der jetzt nicht da ist, (Zwischenruf Abg. Moser: „Der ist in Wels auf der Energiesparmesse!“) denn das Abstellen des Steuersenkungswettlaufs in der EU ist eine lange Forderung von uns. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: „Ist das Papier, das Sie beschlossen haben, nicht das, was Sie wollen?“) Ich hoffe auf Bündnispartner, ich gehe auf Ihre Fragen nicht ein, soviel Zeit habe ich nicht, nachher bitte, wir brauchen eine Investitionsoffensive, und das einzige, und da möchte ich auf das Besondere dieses Antrages hinkommen, das einzige was diese Regierung beiträgt, ist, dass sie den Arbeitnehmern den Gürtel enger schnallt, alles mit der Drohung der Abwanderung von Betrieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben nicht das entscheidende Problem der Abwanderung von Betrieben und der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit. Es ist ganz wichtig, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit sichern über Innovation, über Know-how, so wie es ja schon beschrieben wurde. Aber der Grund für die schlechte wirtschaftliche Lage ist, und jeder Expertenbericht zeigt das, ist die fehlende Inlandsnachfrage. Und es ist kein Wunder, denn Österreich hat innerhalb der EU den stärksten Rückgang an öffentlichen Investitionen. Ich belästige Sie heute nicht mehr. Ich belästige Sie heute nicht mehr mit Zahlen. Wir eilen von einem Exportrekord zum anderen, Gott sei Dank, aber wir haben zu geringe private Kaufkraft. Und daher kommt die Wirtschaft nicht in Schwung. Das ist der entscheidende Punkt. Und daher ist es auch nicht klug, herzuzugehen und sich darüber zu freuen, dass die Deutschen in einer schlechten wirtschaftlichen Lage sind. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Wir freuen uns eh nicht!“) Wenn wir diejenigen sind, mit denen wir die größte Exportverwobenheit haben. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: „Wir bedauern es!“) Das hört sich nicht gerade so an.

Es ist auch nicht klug, einen Kostensenkungswettlauf zu machen mit diesem Land. Und ich habe mir diese Studie, die Sie zitiert haben, ganz genau angeschaut. In der Studie stehen die entscheidenden Faktoren drinnen, warum wir besser sind, weil wir niedrigere Arbeitnehmerereinkommen haben, noch flexiblere Arbeitszeiten und noch niedrigere Unternehmenssteuern. Ich frage Sie, ob es sinnvoll ist, dass wir einen Kostensenkungswettlauf machen, bei dem die anderen erst recht nachziehen müssen. Natürlich werden die nachziehen, und das Ergebnis ist, dass es allen schlechter geht. Das heißt, wir können nur über Innovation, über Know-how, über Forschung und Entwicklung, da sind die Ansätze natürlich in diesem strategischen Programm Oberösterreichs sehr gut, Gott sei Dank, nur darüber können wir wettbewerbsfähig bleiben, und nicht darüber, dass wir den Leuten zunehmend Geld wegnehmen.

Und jetzt komme ich auf die Situation in Oberösterreich: Ich bitte Sie, gehen Sie zur Bundesregierung und sagen Sie, sie soll endlich eine andere Politik machen. Eine Politik, die die Kaufkraft stärkt, die die Investitionen stärkt. Das würde den Unternehmen viel mehr bringen, wenn sie Aufträge von den Gemeinden bekommen, anstatt Steuersenkungen und erst recht nicht wissen, was sie damit anstellen sollen, außer in die Spekulation zu gehen, weil sie nicht investieren, um Aufträge zu bekommen. Jetzt habe ich mich so in Rage geredet. Jetzt komme ich ganz schnell wieder runter. Ich komme kurz zum strategischen Programm in Oberösterreich. (Dritte Präsidentin: „Ganz kurz bitte!“) Ich schätzte das sehr. Wir haben daran auch mitgearbeitet. Aber es ist sehr stark auf den Forschungs- und Entwicklungsbereich und

Technologiebereich konzentriert. Sehr klug, sehr gut. Nur, als Nebenprodukt ist das Thema Aus- und Weiterbildung und Personalentwicklung drinnen. Ich glaube, wir brauchen hier dringend eine Entwicklung und auch Aktivitäten, um ein ähnliches strategisches Programm für Aus- und Weiterbildung und Personalentwicklung der Menschen zu machen. Denn Innovation kann nur über Menschen gemacht werden. Und wenn man Druck macht auf die Menschen, sind sie weder innovativ, noch kreativ. Daher bitte ich Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Strugl.

**Abg. Mag. Strugl:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zu diesem Antrag Folgendes sagen, wie bereits in der Fraktionserklärung angedeutet. Wir werden der Dringlichkeit bei diesem Antrag zustimmen, lehnen ihn aber inhaltlich ab. Und zwar aus dem Grund, wie ich schon gesagt, habe, dass zwar der Beschlussteil von uns mittragbar ist, den würde ich auch sofort unterschreiben, dass aber in der Begründung Darstellungen enthalten sind, mit denen wir uns überhaupt nicht identifizieren können. Insofern tut mir das leid, denn ansonsten wäre hier meiner Meinung nach durchaus ein gemeinsamer Weg möglich gewesen.

Ich darf auf einige Dinge kurz eingehen, weil die Frau Abgeordnete Jahn das auch angesprochen hat. Es ist beispielsweise erwähnt in der Begründung die Beschäftigungssituation. Sie zitieren hier absolute Zahlen. Aber, man müsste fairer Weise auch dazu sagen, wie die Beschäftigungssituation beispielsweise, weil das ein paar Mal auch angesprochen wurde, auch in ihren eigenen Begründungen, im europäischen Vergleich ist. Dort zeigt sich nämlich, dass insgesamt der Beschäftigungsanstieg in Österreich ein deutlich größerer ist. Wir haben insgesamt einen Anstieg bei den Beschäftigten. Das wissen Sie, nehme ich an, auch. Wir haben seit dem Jahr 1999, insgesamt sind es 90.000 gewesen, oder 2,9 Prozent. Wenn ich den EU-Vergleich hernehme, dann muss man sagen, wir haben unsere Position dort deutlich verbessert. Wir sind noch vor sechs Jahren auf Platz 13 innerhalb der EU-Fünfzehn gelegen, und sind im Jahr 2004 auf Platz fünf vorgestoßen, haben unsere Position ganz deutlich verbessern können.

Auch bei der Arbeitslosigkeit insgesamt hat Österreich einen deutlich besseren Schnitt als die Union. Auch das, nehme ich an, wissen Sie. Und das vermischen wir letztlich auch. Es wird hier ein Bild gezeichnet, als wäre Österreich ganz besonders schlecht im internationalen Vergleich. Und das stelle ich in Abrede. Es ist insgesamt eine schwierige Situation, das wissen wir, aber wir sind im europäischen Vergleich immerhin noch besser als nicht nur der Durchschnitt sondern auch ganz wesentliche Wirtschaftsstandorte. Und, Frau Abgeordnete Jahn! Wir freuen uns ja nicht, dass es in Deutschland so ist, aber trotzdem fällt der Vergleich relativ deutlich aus. Ich glaube, das muss man an dieser Stelle schon sehen. (Zwischenruf Abg. Schenner: „Wir können uns aber eh mit Schweden oder Finnland vergleichen!“) Schweden kann ich Ihnen gerne sagen, Herr Abgeordneter Schenner, war 1999 noch auf Platz sechs, ist 2004 auf Platz 14. Wir können eh verschiedene Länder miteinander vergleichen, aber es sollte letztlich dann vollständig sein. Nur um das ist es mir gegangen.

Ein Wort noch zu den Investitionen. Das ist richtig. Wir haben über Oberösterreich gesprochen. Da ist die Situation eine deutlich andere. Ich glaube, das ist ja auch ein Vorteil. Was die österreichischen Investitionen betrifft, würde ich auch dafür plädieren, dass man auch die Gesamtinvestitionsquote ins Kalkül zieht. Nicht nur die öffentlichen, denn wenn man die Gesamtinvestitionen hernimmt, dann ist insgesamt die österreichische Situation nicht schlecht. Auch im Europavergleich ist sie erstens einmal über dem europäischen Durchschnitt, und

zwar in all den Jahren, und wir haben auch hier insgesamt den dritten Platz in Europa, was die Quote betrifft. Das kommt aber in der Begründung nicht nur nicht zum Ausdruck, sondern es wird eigentlich ganz ein gegenteiliges Bild hier erzeugt. Deswegen haben wir hier wirklich eine Schwierigkeit mit diesem Text.

Zu diesem Punkt abschließend: Sie haben gesagt, ist es klug, wenn man sich freut, dass es in Deutschland nicht so gut geht. Das tun wir nicht. Auf der anderen Seite frage ich Sie, ist es klug, wenn wir wissen, dass der Inlandskonsum und die private Nachfrage ein Problem darstellen, dass das ganze wieder in Schwung kommt, und wir gleichzeitig aber wissen, und das wissen Sie, Frau Abgeordnete, dass noch nie so viel auf den Sparbüchern der Österreicher gelegen ist, das heißt, (Zwischenruf Abg. Präsidentin Weichsler: „Auf wessen Sparbüchern?“ Unverständliche Zwischenrufe.) nein insgesamt, auch quer durch alle Schichten, (Zwischenruf Prinz: „Nein!“), doch, und deswegen sagen wir, es ist ja schon ein Phänomen, das auch psychologisch bedingt ist, dass halt sehr viele Leute auch zurückhaltend sind bei den Ausgaben deswegen, weil sie den Eindruck haben, dass es gewisse Unsicherheiten gibt, was die Zukunft betrifft. Da werden Sie mir, nehme ich an, Recht geben. Und die Frage ist in einem gewissen Teilbereich auch, (Zwischenruf Abg. Prinz: „Weil sie es spüren!“) ja aber die Frage ist auch, was tun wir dann in der Politik? Führen wir eine Diskussion in eine Richtung, wo wir den Leuten Angst machen und sagen, ihr werdet keine Pension mehr bekommen, ihr werdet euch Gesundheitsleistungen nicht mehr leisten können usw., ich sage damit nur, auch das ist ein Teil oder eine Facette dieses Phänomens. Nicht mehr sage ich, und ich stelle die Frage dazu, ist das womöglich klug? (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Ich erteile dem Herrn Klubobmann Steinkellner das Wort.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Frau Kollegin Jahn hat mir leider eine Auskunft verweigert, die ich gerne gehabt hätte. Ich bin auch mit der Begründung nicht einverstanden, während der Antragstext ja in Ordnung ist. Ich hoffe, dass die Landesregierung ja genau das tut. Immerhin ist die SPÖ mit vier Regierungsmitglieder ja dort vertreten und hat ja gemeinsam mit ÖVP und Grünen in der Beilage 449/2005 das bereits von mir zitierte Programm innovatives Oberösterreich 2010 vorgelegt. Also, auch die SPÖ. Genau die SPÖ verlangt jetzt Maßnahmen, die nicht konkretisiert werden, in ihrem Antrag, die offensichtlich über das, was in der Regierung beschlossen wurde, nämlich dieses strategische Programm, hinaus gehen.

Und das möchte ich gern wissen. Worüber reden wir da? Und was soll noch passieren? Wenn nun in der Begründung drinnen steht, dass mehr Geld für Bildung, Forschung und Entwicklung bereitgestellt wird, so ist das in Ordnung. Nur frage ich mich dann, Frau Kollegin Jahn, warum haben Sie im Budget 2005 genau diese Ziffern mitbeschlossen, die dafür einfach zur Verfügung stehen? Das haben Sie ja mitgetragen. Jeden einzelnen Punkt und jede einzelne Position. Und jetzt gehen Sie her, und verlangen wiederum mehr Geld für diese Ausgaben. Wäre bei Ihnen gewesen. Ich habe mit dem Kollegen Winterauer im Rahmen der Budgetdebatte bei einem anderen Budgetposten die Diskussion gehabt. Ja, warum fordert er das dann nicht? Warum gibt es keine Abänderungsanträge?

Aber wenn Sie vorher einen Rahmen beschließen, ein Budget, wo sie vorher festschreiben, wie viel Geld sie für das ausgeben, was sie jetzt kritisieren, und das ist zwei drei Monate später, dann ist das entweder nur ein Jux oder Tollerei, in dem wir uns gegenseitig politische Anträge an den Kopf werfen, ohne dass wir uns das strategische Programm, das von der Regierung beschlossen wurde, auch von Ihnen mit beschlossen wurde, ordentlich diskutieren. (Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger: Das ist nicht beschlossen!“) Das ist im Protokoll

ja dann zu vermerken. Ich schau mir das gerne im Protokoll an, ob eine inhaltliche Zustimmung verweigert wurde von jemanden. Weil ich war ja auch in der Regierung. Das braucht man ja nur formulieren. Braucht man ja nur dazuschreiben im Protokoll: Ohne inhaltliche Zustimmung Weiterleitung an den Landtag. Ich glaube, ist nicht erfolgt. (Zwischenruf Landesrat Sigl: „Zugestimmt zur Weiterleitung an den Landtag! Habe ich eh gesagt!“) Ohne inhaltliche Zustimmung, ist das ergänzte Protokoll? (Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger: „Das ist gemacht!“) Du hast das gemacht? Sehr gut! Dann würde ich nämlich wissen, was für Veränderungsvorschläge von der SPÖ kommen. Aber jetzt mit Dringlichkeitsantrag etwas zu fordern, was selbstverständlich ist, und genau den Inhalt, der jetzt von der Regierung vorgelegt wurde, nicht zu diskutieren, und die Abgeordneten werden ja nicht seit der Früh alle miteinander das Programm durchstudiert haben, das halte ich einfach für keine faire Vorgangsweise.

Und für die jeweiligen Diskussionen, wer jetzt besser ist, Bund, Land, Deutschland, Amerika oder China, wo auch immer, das bringt uns ja nicht wirklich weiter. Wenn wir wirklich ernsthaft Politik für unsere Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen in Zukunft betreiben wollen, dann müssen wir uns in der Arbeit schon einiges noch vornehmen. Wir können diese oberflächliche, parteipolitische Hickhack-Diskussion durchführen, und glauben, das ist lustig, und manchmal kann man es ganz amüsant formulieren, das ist eines. Aber das Zweite: Wenn das die einzige Arbeit ist, die wir zu Stande bringen, dass wir ohne inhaltliche Tiefe uns gegenseitig etwas vorwerfen, mit Deutschland, China oder sonst wo konfrontiert werden, dann sollten wir uns selbst auch in Frage stellen, weil dann verdienen wir das Geld, das wir verdienen, nicht. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 460/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Auf Grund der eben gefassten Geschäftsbeschlüsse kommen wir jetzt zur Behandlung der Beilage 460/2005. Auf Grund des sachlichen Zusammenhangs werden wir für beide Beilagen eine gemeinsame Wechselrede durchführen. Ich ersuche zunächst Herrn Klubobmann Strugl, über die Beilage 454/2005 zu berichten.

**Abg. Mag. Strugl:** Beilage 454/2005, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 454/2005.)

Die Oö. Landtag möge beschließen: Die Landesregierung wird ersucht, Maßnahmen und Initiativen für die Sicherung der Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich mit den Schwerpunkten Forschung & Entwicklung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Kooperationen, Standortentwicklung und EU-Integration zu entwickeln.

**Dritte Präsidentin:** Ich ersuche nun die Frau Abgeordnete Jahn zu berichten über die Beilage 460/2005.

**Abg. Mag. Jahn:** Beilage 460/2005, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik. In diesem Fall kann ich mich dem Herrn Klubobmann Strugl sehr gut anschließen. Dieser Antrag geht be



trächtlich über das strategische Programm Oberösterreich hinaus. Er zielt darauf ab, einerseits von der Bundesregierung auch eine Umkehr in der derzeitigen wirtschaftspolitischen Orientierung einzufordern, die aus unserer Sicht dringend notwendig ist. Einzufordern auf Bundesebene auch eine entsprechende Investitionsoffensive, denn es braucht in so einer Situation öffentliche Investitionen. Denn, wenn die Wirtschaft nicht in Schwung kommt, bleiben auch die privaten Investitionen zurück. Es braucht eine Stärkung der Kaufkraft und zwar insbesondere der unteren Einkommensschichten.

Und wenn Sie vom Vermögen der Menschen geredet haben, im neuen Sozialbericht der Bundesregierung ist herauszufiltern, dass die obersten zehn Prozent der Vermögensbesitzer über zwei Drittel des Gesamtvermögens in Österreich verfügen und 90 Prozent der Bevölkerung über ein Drittel des Gesamtvermögens in Österreich verfügen. Ich zeige Ihnen dann vielleicht in der Wechselrede auch noch, dass die Lohnsumme im Verhältnis zu den Gewinnen nicht einmal um die Hälfte zugenommen hat.

Darum geht es in diesem Antrag, und es geht darum, auch eine Wirtschaftspolitik in Oberösterreich speziell auszurichten an der Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer, an der Ausbildung und Entwicklung der sogenannten Humanressourcen, denn hier haben wir entscheidende Schwächen. Die Mitarbeiter werden immer mehr unter Druck gesetzt anstatt tatsächlich herzugehen, zu versuchen sie entsprechend zu unterstützen, zu motivieren, sie zur Innovation zu befähigen über entsprechende Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. (Beifall)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich auf allen ihr zugänglichen Ebenen neben einer unternehmensorientierten auch für eine arbeitnehmer(innen)orientierte Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Förderung von Wachstum und Beschäftigung sowie der Steigerung von Einkommenszuwächsen und privater Konsumnachfrage nachdrücklich einzusetzen.

**Dritte Präsidentin:** Ich eröffne die gemeinsame Wechselrede. Herr Abgeordneter Schenner, bitte.

Abg. **Schenner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin eigentlich nur motiviert zu meinem Beitrag durch den Beitrag des Kollegen Strugl. Also, und da sind wir, glaube ich, einer Meinung, weil er auf die große Bedeutung der Psychologie für wirtschaftliche Entscheidungen und für Konsumententscheidungen und darauf hingewiesen hat, wie wichtig es ist, ja, ich würde sagen, dass Menschen optimistisch sind und dass der Optimismus schon die halbe Miete ist, wie vielleicht der Deutsche sagen würde. (Zwischenruf Abg. Moser: "Sind Sie doch nicht so negativ!") Ich habe das als Vorwurf einmal für andere Staaten in Europa gelesen, aber man könnte es auch für Österreich nehmen.

Wenn man das sieht, dann muss man das in allen Bereichen sehen und sagen, die Methode, die Zukunft in den schwärzesten Farben zu schildern und den Teufel an die Wand zu malen damit man ein kleines Pelzebuberl beim Sozialabbau durchbringt, zu sagen, furchtbar, die Konkurrenz entwickelt sich, wir werden alle umgebracht, wenn wir nicht zwölf Stunden am Tag arbeiten oder zu sagen, wir müssen streng zusammen halten, der Staat muss ganz extrem sparen und gleichzeitig zu glauben, dass dann der Konsument glaubt, es gilt für ihn etwas ganz anderes, er muss nicht sparen, er lässt sein Geld nicht auf der Kante, sondern er verbläst alles, diese Widersprüche aufzuzeigen, ich glaube, das wäre wirklich einmal, und ich meine das überhaupt nicht polemisch, das wäre wirklich einmal ganz interessant und sich zu überlegen, ob man nicht eine andere Strategie auch in dem Bereich fahren müsste. Nämlich,

realistischer die Zahlen zu sehen dort, wo sie negativ sind, sie zwar zu benennen, aber auch zu sagen, es gibt ja Wege sie zu ändern.

Aber diese Methoden, die man angewandt hat, und das stört mich ein bisschen, dass man die Zukunft des Sozialstaates schlecht redet nur damit man kürzen kann, dass man einen extremen Sparzwang für die öffentliche Hand konstituiert, obwohl das gar nicht notwendig wäre bei einer halbwegs gerechten Steuerverteilung und dass man den Leuten einredet, es kommen schlechte Zeiten und dann erwartet, dass sie konsumieren, dass man das ändert und dass man das wieder ein bisschen in die positive Richtung drehen könnte. Vielleicht wäre das auch einmal ein Bestandteil von einem Wirtschaftsprogramm in Oberösterreich. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Brunmair.

**Abg. Dr. Brunmair:** Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben der Dringlichkeit dieser beiden Anträge aus den gesagten Gründen nicht zustimmen können. Inzwischen ist die Erkenntnis durchgedrungen durch die Reihen des Landtags, dass also beide Anträge ja weiter gehend sind als das vorgelegte Strukturprogramm. Daher werden wir inhaltlich den beiden Anträgen zustimmen. Ich weise aber wirklich noch darauf hin, dass die Begründung, und das wurde bereits von Vorrednern des sozialdemokratischen Antrages gesagt, dass die Begründungen weitgehend falsch, unrichtig sind oder Teilwahrheiten sind. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "So wie Ihre Diagnosen!")

Nein, meine Diagnosen, Herr Kollege Ackerl, stimmen meistens, meine Diagnosen sind immer sehr überlegt, weil ich höre den Menschen zu und mache keine Ferndiagnosen, wie es in der Politik manchmal vorkommt. Also in der Medizin, da bin ich überzeugt, arbeite ich mindestens so gewissenhaft, wie in der Politik manchmal allgemein gearbeitet wird. Also können Sie sich verlassen, Herr Landesrat Ackerl, Sie können einmal zu mir kommen, wenn Sie ein Problem mit dem Herz oder mit dem Blutdruck oder sonst etwas haben, sind Sie gern eingeladen. Ich werde Sie gut betreuen über Parteigrenzen hinweg. (Zwischenruf Abg. Schenner unverständlich)

Meine Damen und Herren, aber wir sind heute bei der Gesundung oder beim Thema, wie gesund ist unsere Wirtschaft? Ich möchte den Zahlen, all den Zahlen, die heute schon hin- und hergeschoben wurden, doch etwas gegenüber stellen. Da war also im Format, da war ein sogenannter Wendecheck, wie es so schön neudeutsch heißt, wo eben festgestellt wurde in 40 Kategorien, was sich in Österreich unter der Bundesregierung verändert hat. Und siehe da, da kommt heraus, von 40 Kategorien, 21 Kategorien, die sich zum Positiven verändert haben, 9 Kategorien haben sich verschlechtert und dann bleiben übrig 10 Kategorien, wo sozusagen einen Gleichstand festzustellen ist.

Nebenbei bemerkt, bei den Kategorien der Verschlechterung wird auch angeführt die Rangliste Österreichs im internationalen Fußball. Also das hat vielleicht nichts mit der Wirtschaft insgesamt zu tun. Aber das nur als Feststellung zu den Zahlen, die heute schon alle genannt wurden. Also insgesamt eine positive Bilanz. Ich glaube, dass diese positive Bilanz, die hier aufgeführt ist, eine Bilanz ist, die sich in den nächsten Jahren von Bundesseite sehr wohl noch verbessern wird durch die größte Steuersenkung, die es in dieser Republik jemals gegeben hat. Und es ist eine ausgewogene Steuersenkung, meine Damen und Herren, für die Arbeitnehmer, und hier vor allem für die unteren Einkommen, für die Familien, aber auch für die Arbeitgeber.

Das ist die Basis und die Grundlage, dass wir uns in Oberösterreich bemühen können, unsere sehr gute Wirtschaft im europäischen Vergleich noch besser zu machen. Dem Erfolg sind keine Grenzen gesetzt. Man muss nur beim Wollen und auch bei der Diskussion in die Tiefe gehen, und das hat man heute doch ein bisschen vermisst bei der Diskussion bisher. Daher stimmen wir inhaltlich beiden Anträgen zu, weil wir eine Partei sind, die glaubt, dass nur eine gute Wirtschaft die Basis für das Wohlbefinden aller Bürger ist. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 454/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 460/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Es wurde daher nur die Beilage 454/2005 in die Tagesordnung aufgenommen.

Wir kommen zu den Ersatzwahlen in die Ausschüsse. Der Klub der Grünen beabsichtigt Änderungen in der Zusammensetzung einzelner Ausschüsse durchzuführen. Über Vorschlag des Klubs der Grünen hat die Obmännerkonferenz durch einstimmigen Beschluss Wahlvorschläge erstattet. Die Zusammenfassung lautet: Landtagsabgeordnete Maria Wageneder wird anstatt von Klubobmann Gunther Trübswasser Mitglied im Bauausschuss, Landtagsabgeordnete Ulrike Schwarz wird anstatt von Klubobmann Gunter Trübswasser Mitglied im Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten. Die Wahl erfolgt gemäß den Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung durch Zustimmungserklärung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, welche den verlesenen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme der Wahlvorschläge fest. Damit wurden die Landtagsabgeordnete Maria Wageneder und Landtagsabgeordnete Ulrike Schwarz als Mitglieder der genannten Ausschüsse gewählt.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen, und zwar zunächst zu der Beilage 446/2005, das ist der Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamtengesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Gehaltsgesetz 2001, das Oö. Landes-Gehaltsgesetz, das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Oö. Mutterschutzgesetz, das Oö. Karenzurlaubsgeldgesetz 2000, die Oö. Landes-Reisegebührevorschrift, das Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbeamte, das Oö. Landesbediensteten-Schutzgesetz 1998 und das Oö. Landesbediensteten-Zuweisungsgesetz geändert werden (Oö. Dienstrechtsänderungsgesetz 2005 - Oö. DRÄG 2005). Ich bitte Herrn Abgeordneten Wolfgang Stanek über die Beilage 446/2005 zu berichten.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamtengesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Gehaltsgesetz 2001, das Oö. Landes-Gehaltsgesetz, das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Oö. Mutterschutzgesetz, das Oö. Karenzurlaubsgeldgesetz 2000, die Oö. Landes-Reisegebührevorschrift, das Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbeamte, das Oö. Landesbediensteten-Schutzgesetz 1998 und das Oö. Landesbediens

teten-Zuweisungsgesetz geändert werden (Oö. Dienstrechtsänderungsgesetz 2005 - Oö. DRÄG 2005) liegt bei allen Kolleginnen und Kollegen auf. Daher gehe ich ja davon aus, dass ich auf eine genauere Berichterstattung verzichten kann.

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltung beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamtengesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Gehaltsgesetz 2001, das Oö. Landes-Gehaltsgesetz, das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Oö. Mutterschutzgesetz, das Oö. Karenzurlaubsgeldgesetz 2000, die Oö. Landes-Reisegebührevorschrift, das Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbeamte, das Oö. Landesbediensteten-Schutzgesetz 1998 und das Oö. Landesbediensteten-Zuweisungsgesetz geändert werden (Oö. Dienstrechtsänderungsgesetz 2005 - Oö. DRÄG 2005), beschließen.

**Dritte Präsidentin:** Ich teile mit, dass zum vorliegenden Verhandlungsgegenstand ein Abänderungsantrag eingebracht wurde. Wir haben Ihnen diesen Abänderungsantrag als Beilage 462/2005 auf Ihren Plätzen aufgelegt. Gemäß den Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung ist dieser Abänderungsantrag in die Wechselrede miteinzubeziehen. Ich eröffne die Wechselrede und erteile Herrn Abgeordneten Stanek das Wort.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Beim Dienstrechtsänderungsgesetz 2005 geht es so wie dem Grunde nach in den letzten Jahren um verschiedene Anpassungen im Dienstrecht des Landes Oberösterreich, die auf Grund zahlreicher Änderungen im Bundesdienstrecht notwendig geworden sind. Es geht aber darüber hinaus auch darum, dass Änderungen und Anpassungen in den verschiedenen Dienstrechtsgesetzen durchgeführt werden, die auf Grund der Erfahrungen aus der Vollzugspraxis erforderlich geworden sind. Letztendlich geht es darum, legislative Bereinigungen durchzuführen.

Vorweg darf ich mich als Vorsitzender des Unterausschusses bei der zuständigen Abteilung, bei den Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst für die gute Vorbereitung herzlich bedanken. Ich bedanke mich auch bei den Mitgliedern des Unterausschusses für die konstruktive Zusammenarbeit, auch wenn wir schlussendlich nicht in allen Bereichen Einstimmigkeit erreichen konnten.

Bevor ich auf drei Aspekte ganz kurz eingehe, darf ich auch noch die finanziellen Auswirkungen dieses Dienstrechtsänderungsgesetzes 2005 ansprechen, weil aus meiner Sicht finanzielle Auswirkungen gerade in der heutigen Zeit immer mit besonderer Akribie zu verfolgen sind. Erfreulich ist, dass im Wesentlichen bei diesem Dienstrechtsänderungsgesetz 2005 keine wesentlichen größeren Mehrkosten entstehen. Die Einführung der Dienstausbildung Neu wird zwar in den nächsten zwei Jahren in etwa um 10.000 Euro pro Jahr mehr Geld kosten, weil ein entsprechender Nachholbedarf besteht, langfristig ist aber letztendlich auch sicher gestellt, dass es hier kostenneutral abgewickelt werden kann. Vor allem auch deshalb, und das ist einer der wesentlichen Vorteile des neuen Dienstrechtsänderungsgesetzes, weil die Dauer der Dienstausbildungslehrgänge verkürzt werden konnte, ohne allerdings dass es zu einem Qualitätsverlust bei der Ausbildung kommen wird, weil unter anderem auch verstärkt auf den Einsatz von E-Learning-Methoden gesetzt wird.

Mit der modulhaften Ausbildung denke ich, dass es zu noch mehr Klarheit in der Dienstausbildung kommen wird, dass es aber auch zu mehr Flexibilität kommen wird. Mit dieser modulhaften Ausbildung setzt das Land Oberösterreich die moderne fachliche Weiterbildung fort

und betont gleichzeitig auch die besondere Notwendigkeit der Weiterentwicklung der sozialen Kompetenzen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Bezüglich der Pensionserhöhung vollzieht das Land Oberösterreich im Dienstrechtsänderungsgesetz 2005 die bereits erfolgte Erhöhung des Bundes. In dem Zusammenhang ist anzumerken, nachdem wir da auch im Unterausschuss längere Zeit darüber diskutiert haben, dass 80 Prozent der Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst Vertragsbedienstete sind und somit ohnedies am ASVG des Bundes hängen.

Im Sinne einer Gleichbehandlung der Menschen in diesen verschiedenen Systemen, nämlich vor allem von Beamten auf der einen Seite und Beamtinnen und natürlich und Vertragsbediensteten auf der anderen Seite, ist die Anpassung aus unserer Sicht sinnvoll und berechtigt. Das gleiche gilt dem Grunde nach auch bei der KFL. Auch bei der KFL wird Bundesrecht nachvollzogen. Auch hier gilt, dass eben die 80 Prozent Vertragsbedienstete ohnedies an der Bundesregelung sich orientieren müssen und es daher dadurch auch zu einer Gleichbehandlung von Vertragsbediensteten und Landesbeamten kommen wird. Ich bitte Sie daher, dem Dienstrechtsänderungsgesetz 2005 zuzustimmen. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Kapeller.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Viele Gesetze in diesem Haus werden einstimmig beschlossen. Wir hören es ja zum Jahresabschluss dann immer von der Frau Präsidentin, wie viele Gesetze einstimmig und wie viele Gesetze mit Mehrheitsbeschluss in diesem Haus durchgeführt worden sind. Denn es wird sehr oft in den Ausschüssen aber auch in den Unterausschüssen das Bemühen in den Vordergrund gerückt, einen Konsens bzw. einen Kompromiss zu finden.

Manchmal gelingt dies jedoch nicht und bedauerlicherweise ist dies auch bei dieser vorliegenden Gesetzesnovelle der Fall, wo wir über weite Strecken eine große Einigung erzielen konnten, aber in einem einzelnen Punkt eben unterschiedlicher Auffassung sind. Und Kollege Stanek hat ja bereits die wesentlichsten Inhalte zitiert. Er hat gesprochen davon, dass es im Wesentlichen legislative Maßnahmen gibt, aber in einem Punkt gibt es eine Neuerung, die uns doch sehr wesentlich erscheint.

Wir haben natürlich in vielen Bereichen einen gemeinsamen Nenner finden können, wenn ich insbesondere daran denke und ich bin froh darüber, dass wir bei der Regelung der Ansprüche auf Ersatz der Reisekosten bei der Teilnahme an Einführungskursen und bei Dienstausbildungslehrgängen eine Einigung erzielen konnten und eine gemeinsame Vorgangsweise bei der Niederschreibung dieser Dienstrechtsänderungsnovelle gefunden haben. Leider konnten wir im Artikel IX, Ziffer 5. beim Paragraphen 18g keine Einigung erzielen.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht wer von Ihnen sich diese Änderung, diese Neuerung auch im Konkreten angesehen hat, denn diese Bestimmung sieht die Einführung von Ergänzungsbeiträgen zur Finanzierung einerseits freizeitanfallbedingter Leistungen und andererseits von altersbedingten Leistungen vor. Und dazu kommt, dass diese Beitragsleistungen nicht so wie bisher zwischen den Dienstnehmern und den Dienstgebern aufgeteilt werden, sondern dass diese Beitragsparität einstimmig verändert werden kann und eine Beitragserhöhung zur Finanzierung eben dieser beiden von mir angeführten Leistungen in Zukunft ermöglicht wird. Das heißt, auf der einen Seite werden alle Mitglieder der KFL

diesen Beitrag zu entrichten haben und auf der anderen Seite, was die altersbedingten Leistungen betrifft, alle pensionierten Landesbeamten dies zu bezahlen haben.

Und das ist der Grund warum wir einen Abänderungsantrag eingebracht haben, weil wir diesen Paragraph 18g für ungerecht halten und weil wir die Einführung dieser Beiträge und damit die Schaffung eigener Risikotöpfe für systemwidrig halten.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir vertreten natürlich auch den Standpunkt, dass falls es zu einer Erhöhung von Beiträgen kommt, wenn sie notwendig sind, dass wir die bisherige Form beibehalten sollen und eine generelle prozentuelle Beitragserhöhung, sowohl von Dienstgeber wie von Dienstnehmer, durchführen sollten.

Es hat heute schon, gerade vor wenigen Minuten, hier vom Rednerpult der Kollege Strugl von den Ängsten der Menschen gesprochen und hat die Frage gestellt, ob das klug ist und er hat hinterfragt, können sich die Menschen dann das Kranksein noch leisten, haben sie nicht Angst, dass sie die Pension noch bekommen. Und es ist aber kein Wunder, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe nur als aufmerksamer Zeitungsleser einen Artikel in den Oberösterreichischen Nachrichten gefunden, vom 8. 2. 2005, wo der Generalsekretär Werner Amon vom ÖAAB, viele von Ihnen werden ihn ja kennen, die Meinung vertritt, dass es doch legitim sei darüber nachzudenken, auch im Pflegebereich eine Versicherung einzuführen. Und das sind in Wirklichkeit diese Ängste, diese Erhöhung von Gebühren, die dann versteckt sind, wo man dann sagt, das ist eine Nivellierung, das ist eine legitistische Angleichung und dergleichen mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist der Grund, dass wir diesen Antrag gestellt haben, mit folgendem Wortlaut: Der Artikel IX Z.5 Oö. DRÄG (§ 18g KFLG) soll entfallen.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren! Bis auf diesen einen Punkt hat es im Unterausschuss eine sehr konstruktive, eine sehr gute Diskussion gegeben und sie hat wirklich dem auch sehr oft zitierten oberösterreichischen Klima entsprochen. Ich möchte mich daher auch bedanken, nicht nur für diese Diskussion, sondern auch bei den Beamten, die uns hier unterstützt haben. Und ich lade Sie wirklich ein, im Sinne der Überlegungen die ich jetzt angestellt habe, im Sinne dieser guten Zusammenarbeit, es sich noch einmal zu überlegen und unserem Antrag die Zustimmung zu erteilen. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. **Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Wir haben wirklich lange auch über diesen Punkt des Pensionszuschlages diskutiert und er ist tatsächlich ein Abgehen vom Solidaritätsprinzip. Aber dieses Abgehen hat nicht das Land Oberösterreich zu verantworten, sondern die Bundespolitik. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Aber deswegen brauchen wir es doch nicht machen!“) Wir haben das dort an dieser Stelle auch kritisiert und die Wahl, die uns geblieben ist, ist keine wirklich erfreuliche. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Warum habt Ihr es denn dann gemacht?“)

Es ist die Frage: Entweder Gleichbehandlung aller im Landesdienst Beschäftigten oder von dieser Gleichbehandlung abzugehen. Wir haben uns entschlossen diese Regelung durchzuführen und ich sage ehrlich, ich glaube, dass wir uns weiter überlegen müssen, Beiträge und Abgaben nicht dort zu kassieren, wo die Versicherungsfälle eintreten, sondern in solidarischer Weise darüber nachzudenken, wie wir gemeinschaftliche Aufgaben in Zukunft finan-

zieren können. Das wird sicher ein Zukunftsthema sein, aber auf Bundesebene. Darauf richten wir auch unsere Bemühungen unserer Bundespolitik.

Und da möchte ich in meiner Wortmeldung zum Dienstrechtsänderungsgesetz, das ein sehr umfangreiches ist, auf einen Bereich kommen, der in den bisherigen Wortmeldungen noch nicht genannt wurde. Und eines muss man schon sagen, dieses Dienstrechtsänderungsgesetz hat weitreichende Auswirkungen auf die Bediensteten des Landes Oberösterreich, auf die Beamten des Landes Oberösterreichs und in späterer Folge dann auch für die Gemeinden. Und es wird vor nunmehr zweieinhalb oder drei Jahren, bereits in der alten Legislaturperiode, darüber diskutiert und die ersten Verhandlungen geführt. Es ist eines der umfangreichsten und auch arbeitsintensivsten Gesetzesänderungen gewesen und war aber eigentlich von der Öffentlichkeit unbeachtet und hat kaum einen Journalisten oder eine Leserin oder einen Leser einer Zeitung interessiert.

Dennoch glaube ich einige Punkte, fünf sind es an der Zahl, die ich hier nennen und herausheben möchte. Es ist gelungen und ich glaube das ist ein ganz wichtiger Punkt, dass man in der Dienstausbildung künftig auf Menschen, meist sind es die Frauen, mit Betreuungspflichten mehr Rücksicht nimmt. Sei es im Kursangebot, das nicht nur mehrtätig, wo es immer schwierig ist teilzunehmen, sondern auch eintätig und auch an Dienstorten angeboten werden soll.

Zweitens, dass man in der Vorbereitungszeit auf die Dienstprüfung darauf Rücksicht nimmt, ob jemand die ausreichende Zeit zur Verfügung hat, in der Kürze, wie sie einfach Menschen, die keine Betreuungspflichten haben zur Verfügung haben, dass diese Vorbereitungszeit ausreichend vorhanden ist.

Drittens, ich halte fest, dass es gelungen ist, in diese neuen Bestimmungen hineinzunehmen, dass Kursangebote auch für Menschen mit Behinderungen abgestellt werden. Es gibt eine Reihe von Kursorten, ich weise nur auf den so tollen Guglwaldhof hin, der nicht geeignet ist, wo einfach, wenn dort ein Seminar stattfindet, jemand mit einem Rollstuhl nicht teilnehmen kann. Und das ist ein neues Gebäude. Es ist schade, dass solche Investitionen ohne die nötige Vorsicht getätigt werden. Aber es muss Ausbildungsorte geben, die nicht nur barrierefrei sind, sondern es muss auch Kursangebote für Gehörgeschädigte, Blinde und Gehörlose geben.

Viertens, ein wichtiger Punkt ist, dass das Prüfungsteam in Zukunft möglichst paritätisch sein muss. Wenn es drei Prüfer oder Prüferinnen sind, dann kann es sein, dass es 1 : 2 steht. Jedenfalls muss einer der Prüfer oder der Prüferinnen jenem Geschlecht angehören, von dem der Prüfling ist.

Fünftens, und das ist das letzte, die Bediensteten des Landes haben jetzt sehr lange auf Dienstprüfungen warten müssen, weil auf die Regelung in diesem Dienstrechtsänderungsgesetz gewartet wurde. Und eine der Neuerungen, die ich sehr begrüße, die jetzt als Möglichkeit besteht, ist, dass man Prüfungen künftig auch als Projektarbeit machen kann. Und da geht das Land Oberösterreich ein Stück voraus, weil die klassische Dienstprüfung, die mündliche Dienstprüfung nach Ansicht vieler auf die Dauer ausgedient haben wird. Weil man ganz einfach fachlich spezifische Voraussetzungen erbringen muss, um für einen bestimmten Job im öffentlichen Dienst geeignet zu sein. Und da können die Erfahrung, die Spezifikation der einzelnen Bediensteten wirklich zum Tragen kommen. Und durch diese neue Form der Dienstprüfung erwarte ich mir auch, dass Menschen durch ihre Arbeitspraxis viel zur Modernisierung und zur Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes beitragen können.

In diesem Sinne, summa summarum, halten wir diese Dienstrechtsänderungsgesetznovelle für gut und werden ihr die Zustimmung erteilen. Ich danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Der Herr Abgeordnete Schenner ist zu Wort gemeldet.

Abg. **Schenner:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Stanek hat richtig angemerkt, dass es in zwei Punkten eine längere Diskussion gegeben hat. Der eine Punkt war die Pensionserhöhung und der andere war der besondere Versicherungsbeitrag in der Krankenversicherung und er hat gesagt, schließlich war entscheidend, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes gleich behandelt werden sollen und daher diese Bundesregelung einfach übernommen wird.

Jetzt möchte ich einmal grundsätzlich sagen, nachdem ich ja annehme, dass sich ja nicht jeder so im Detail mit der Sache beschäftigt, ein Experte bin ich auch nicht, aber im Unterausschuss war ich, dass wir keine rechtliche Verpflichtung haben, uns am Bund zu orientieren. Dass wir aber gesehen haben, dass dieses Argument der Gleichbehandlung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes bei der Pension sehr wohl gilt, denn da wäre es wirklich so, dass die Beamten dann eine andere Pensionserhöhung bekommen hätten als die Vertragsbediensteten des Landes. Deswegen gibt es da keinen Abänderungsantrag.

Etwas ganz anderes ist es bei diesem besonderen Versicherungsbeitrag in der Krankenkasse. Abgesehen davon, dass ich diese Freizeitsportlersteuer, wie ich es bezeichnen würde, auf Bundesebene ohnehin für einen Schmah halte, weil ja da nicht die Extremsportler oder irgendwelche besonderen Leute eine zusätzliche Abgabe leisten müssen, sondern eigentlich alle, ob ihr Sportgerät Filzpatschen sind und ihre Haupttätigkeit Schweinsbraten und Knödel essen oder Marathonläufer, die zahlen alle dasselbe und Paragleiter und was auch immer man da nehmen müsste.

Aber abgesehen davon zählt das Argument der Gleichbehandlung glaube ich hier für das Land nicht. Denn erstens gibt es schon innerhalb des Landesdienstes unterschiedliche Gruppen. Die alten Beamten, die nicht optiert haben und die neuen Beamten, die alten Vertragsbediensteten und die neuen Vertragsbediensteten. Und wir haben die neuen Vertragsbediensteten und die Beamten alle bei der KFL. Das heißt, diese Regelung gilt für alle dann mittelfristig und außerdem gibt es zwischen der Gebietskrankenkasse, dem ASVG und der KFL-Regelung sehr große Unterschiede im Beitrag und in der Leistung. Das heißt, es gibt auch da schon entsprechende Unterschiede.

Und daher stimmt das Argument, wir müssen im Sinne der Gleichbehandlung einen besonderen, nicht dem Solidaritätsprinzip entsprechenden Beitrag einführen, mit der Begründung sogar, dass der, der Sport betreibt, die Versicherung belastet, wobei das Gegenteil wahr ist, sicher nicht. Und ich würde Sie daher wirklich bitten, dass Sie unserem Abänderungsantrag zustimmen, damit wir unsere Eigenständigkeit beweisen und auch wirklich sagen können, okay bei der Pension da ist die Gleichbehandlung ein gutes Argument, aber bei der Krankenversicherung ist sie es sicher nicht. Beginnen wir gar nicht, uns da an den Bund und seinen unsolidarischen Maßnahmen anzuhängen. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörer, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich schließe jetzt bei deiner letzten Bemerkung an, was die Solidarität betrifft. Man soll



jetzt nicht unsolidarisch sein. Kollege Schenner! Ich muss dir sagen, wir haben im Beamtenbereich seit Jahrzehnten einen Wildwuchs von unterschiedlichen Zulagen, Vergünstigungen, Krankenversicherungssystemen und das wird ja auch von deinem Parteivorsitzenden beklagt. Und wenn ich sage, man schaut, dass in einer Angestelltengruppe, weil die Menschen können es sich ja nicht aussuchen, sind sie jetzt Landesbeamte, sind sie jetzt Bundesbeamte oder Gemeindebeamte. Kommt es zu einer Gleichstellung von allen, dann kann ich das nur begrüßen. Weil es nämlich fair ist, weil es fair ist. Ihr habt überall als Schlagwort fair, aber da sind wir nicht fair, wenn wir zwischen Bundesbeamten und Gemeinde- oder Landesbeamten dann unterschiedliche Regelungen haben.

Was uns Freiheitliche auch unterstützt hat diesem Gesetz zuzustimmen und du weißt, im Unterausschuss haben wir sehr wohl auch kritische Bemerkungen gemacht, was die Umsetzung des Pensionsgesetzes betrifft, was uns aber bestärkt hat, dieser Gesetzeslage heute zuzustimmen ist, dass sie sehr wohl auch mit den Personalvertretern akkordiert ist. Es waren ja bitte auch im Unterausschuss die Vertreter der Arbeitnehmer dort und haben dieser Regelung zugestimmt.

Weil man muss auch andererseits sagen, dass, natürlich auch wie es in Oberösterreich ist, sich das neue Dienstrecht ja auch von den Dienstrechten auf Bundesebene oder in anderen Bundesländern unterscheidet. Und daher kann ich nicht immer Fairness in den Mund nehmen, aber dann sagen, die kriegen es zwar oder die müssen es machen und andere nicht.

Und wenn ich mir die erläuternden Bemerkungen dazu lese. Ich zitiere Seite 45, dann sollte man auch die Kirche im Dorf lassen. Die Zahl der Unfälle bei Tätigkeiten im Haushalt, in der Freizeit und im Sport nimmt in den letzten Jahren stetig zu, während die Zahl der Arbeitsunfälle stetig sinkt. Gott sei Dank sage ich da dazu. Es scheint daher geboten auf diese geänderten Umstände zu reagieren.

Das heißt, wenn ich heute Maßnahmen setze, um einen Ausgleich zu machen, und der ist akkordiert mit den Arbeitgebern, dann muss ich dir sagen, ist es zwar von euch ein Versuch polemisch zu sein, aber wir lehnen ihn ab. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe nun die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Bei der Abstimmung werden wir so vorgehen, dass wir zunächst über den Abänderungsantrag mit der Beilagennummer 462/2005 Beschluss fassen werden. Ich bitte nun jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Abänderungsantrag mit der Beilagennummer 462/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 446/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 447/2005. Das ist der Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten. Ich bitte Herrn Abgeordneten Franz Weinberger, über die Beilage 447/2005 zu berichten.

Abg. **Weinberger**: Sehr geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich berichte zur Beilage 447/2005, Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 447/2005.)

Der Ausschuss für Finanzen beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge den Abschluss der aus der Subbeilage ersichtlichen Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten gemäß Art. 56 Abs. 4 L-VG genehmigen. Ich ersuche um Zustimmung.

**Dritte Präsidentin**: Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weinberger.

Abg. **Weinberger**: Frau Präsidentin, werte Kollegen! Diese Beilage ist ja analog zu der des Zeitpunktes Oktober 2004, als wir diesen Beschluss für die Jahre 2003 und 2004 fassten. Nun geht es eben darum, dass die Länder für die Finanzausgleichsperiode 2005 bis 2008 wiederum diese Vereinbarung treffen. Tatsächlich geht es um eine freiwillige Pauschalleistung der Bundesländer, damit auch die externe medizinische Versorgung für Insassen von Justizanstalten gegeben ist. Für Oberösterreich beträgt dies jährlich einen Betrag von 1.317.792,73 Euro und ich ersuche, dass wir so wie schon für die Jahre 2003 und 2004 diese Zustimmung geben, damit eben dieser Kostenaufwand dementsprechend kostengünstig gedeckt werden kann. Ich ersuche um Zustimmung. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin**: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 447/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 453/2005, das ist der Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltung betreffend das Landesgesetz über das Verbot der Diskriminierung auf Grund der rassischen oder ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (Oö. Antidiskriminierungsgesetz - Oö. ADG). Ich bitte Frau Erste Präsidentin Angela Orthner, über die Beilage 453/2005 zu berichten.

Abg. Präsidentin **Orthner**: Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltung betreffend das Landesgesetz über das Verbot der Diskriminierung auf Grund der rassischen oder ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (Oö. Antidiskriminierungsgesetz - Oö. ADG). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 453/2005.)

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltung beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen: 1. der Ausschussbericht wird in die Tagesordnung der Landtagssitzung am 3. März 2005 aufgenommen und 2. das Landesgesetz über das Verbot der Diskriminierung auf Grund der rassischen oder ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (Oö. Antidiskriminierungsgesetz - Oö. ADG) wird beschlossen.

**Dritte Präsidentin:** Ich eröffne die Wechselrede, zur Wort gemeldet hat sich die Frau Präsident Orthner.

Abg. Präsidentin **Orthner:** Liebe Frau Kollegin Eisenriegler, meine sehr geehrten Damen und Herren! Allein die Verlesung des Wortlautes sagt schon, da steckt eine Menge drinnen in diesem neuen Gesetz, und da gebe ich schon auch denen Recht, und das haben auch wir ja im Ausschuss diskutiert, die sagen, ja ist denn das nicht ohnehin alles verboten? Ja selbstverständlich ist es auch jetzt nicht erlaubt, selbstverständlich haben auch sehr viele der angesprochenen Inhalte im neuen Antidiskriminierungsgesetz auch schon Strafbestimmungen in der einen oder in der anderen Richtung. Notwendig wurde das Gesetz aus einem ganz bestimmten Grund für uns und ich glaube wirklich, dass es Symbolwert hat, nämlich alles das zusammenzufassen und zu sagen, wir wollen in Oberösterreich keine Diskriminierungen, wir wollen eine Aufzählung der möglichen Benachteiligungen und gleichzeitig auch eine Bewusstseinsbildung herbeistellen, dass Diskriminierung unerwünscht ist, dass wir wollen, dass alle Menschen miteinander gut umgehen, dass wir uns bewusst werden, dass die Sprache, ein bestimmtes Verhalten und auch die tatsächliche Benachteiligung, die sich in Postenbesetzungen oder auch in finanzieller Hinsicht ausdrückt, auf das Schärfste ablehnen.

Und wir lehnen es so ab, dass wir es beschreiben, sehr detailliert im Gesetz beschreiben, und wir lehnen es so ab, dass wir die Dinge auch unter Strafe stellen, um damit ganz deutlich zu machen, was in Zukunft bei uns sein soll. Selbstverständlich haben wir vieles davon schon in unserer Landesverfassung, steht in der Bundesverfassung, ist formuliert auch in einem Grundrechtskatalog, den der Österreich-Konvent gemacht hat. Und trotzdem glaube ich, ja es ist richtig und gut, in dieser Zusammenfassung es heute nicht nur zu diskutieren, sondern zu beschließen und damit auch ein gemeinsames Bekenntnis über den Inhalt und die Zustimmung zum Inhalt abzugeben.

Es tut mir ein wenig leid, dass die Kollegen von der freiheitlichen Partei die Zustimmung heute nicht geben, weil ich eigentlich als Vorsitzende des Unterausschusses der Meinung gewesen bin, dass wir eine sehr qualitätsvolle Diskussion darüber gehabt haben (Zwischenruf Abg. Moser: "Um das geht es ja nicht!") und dass auch bei Ihnen ja, Frau Kollegin Moser, nie ein Zweifel daran bestanden hat am Inhalt, also dass das, was wir verbieten, das, was wir ablehnen, das wir als unerwünscht erklären, auch von Ihnen abgelehnt wird, auch von Ihnen nicht gewünscht wird. Und natürlich, das gebe ich schon zu, hätte es nicht nur mehr Charme gehabt, sondern wäre es auch besser gewesen für den Oberösterreichischen Landtag, für das Sehen nach außen hin, wenn dieser Beschluss heute einstimmig vielleicht immer noch gefasst werden könnte. Es hat für mich eigentlich immer den Anschein gehabt, dass wir uns hier im Unterausschuss sehr einig sind. Ich glaube auch, dass die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle, dass die spezielle Befassung im Land mit Maßnahmen über das, was jetzt schon geschieht, hinaus günstig sich auswirkt, wenn wir zum Beispiel bei der Vergabe von Förderungen auch ein Bekenntnis mit einer Unterschrift für den Förderungsempfänger, die Empfängerin verlangen, dass sie jegliche Diskriminierung hintanhält, dann hat das nicht für morgen und nicht für übermorgen, aber vielleicht doch, oder ich hoffe es doch für eine mittelfristige und dann für eine langfristige Zeit doch eine besondere Bewandnis.

Und so bedanke ich mich bei allen Mitgliedern des Unterausschusses. Wir haben drei Sitzungen gehabt, die wir in einer guten Diskussion miteinander verbracht haben. Ich bedanke mich auch für die Betreuung durch Fachabteilungen, durch die Landtagsdirektion, dass wir auch textlich gesehen glaube ich wirklich ein Gesetz haben, das uns ausweist auch als ein Land, in dem die Menschen selbstbewusst auch zu ihrer Überzeugung stehen und die sich

auch trauen, die Dinge beim Namen zu nennen und sie niederzuschreiben. Ich bitte um Beschlussfassung dieses Gesetzes. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist die Frau Präsidentin Weichsler.

Abg. Präsidentin **Weichsler:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war heute Vormittag muss ich ehrlich sagen, Helga, du warst nicht persönlich heute anwesend und dein Klubobmann hat abgestimmt, ein bisschen überrascht im Ausschuss nach dieser doch sehr intensiven Diskussion, wie es also auch Frau Präsidentin Orthner bereits dargestellt hat und ich glaube einer sehr sachlichen Auseinandersetzung, die wir zu diesem Thema geführt haben und dann zu diesem Ergebnis gekommen sind, über dieses Gesetz, dass es euch heute nicht möglich war, diese Zustimmung auch für dieses Gesetz zu erteilen. Ich glaube, dass das Antidiskriminierungsrecht, und das behaupte ich mit Fug und Recht, sein Recht hat, auf der Welt zu sein und heute beschlossen zu werden. Denn wir können jetzt reden was wir wollen, natürlich steht vieles drinnen, was verfassungsrechtlich, was menschenrechtlich eigentlich Grundlagen unseres Lebens sind, an denen wir uns jeden Tag orientieren sollten, ich sage sollten, weil ab und zu weiß ich auch, dass es anders ist, aber genau das ist es ja. Wir haben da immer wieder Verstöße dagegen und vieles ist noch nicht Selbstverständlichkeit in unserer Gesellschaft und ich glaube, dass wir mit diesem Antidiskriminierungsgesetz es noch einmal wesentlich mehr manifestieren, welcher unser Weg da in Oberösterreich ist und dass wir jede Diskriminierung in den in diesem Gesetz vorgesehenen Bestimmungen hintanhalten wollen. (Die Erste Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Es freut mich, dass es uns auch gelungen ist, einige Punkte noch zum ursprünglichen Entwurf dazu mit aufzunehmen, nämlich erstens was den Geltungsbereich betrifft, aber was mir persönlich auch ganz wichtig ist, und Sie wissen, es ist mir ein großes Anliegen, dass Gesetze nicht nur dort, wo wir unsere hoheitliche Zuständigkeit alleine haben, Geltung haben, sondern wir müssen uns als Oberösterreichischer Landtag durchaus auch dem Anspruch stellen, gesellschaftsbestimmend und gesellschaftsverändernd zu wirken. Und gesellschaftsverändernd ist dieses Antidiskriminierungsgesetz und schlägt natürlich in einem Maß ganz besonders durch, nämlich was die Fördermaßnahmen betrifft. Und Förderungen gibt es viele im Land Oberösterreich, gerade die Freiheitlichen wissen das ja sehr gut, die da immer wieder diese Anträge stellen in Richtung Förderungskatalog, um diese entsprechend auch aufzulisten.

Aber wir sind auch alle davon betroffen und da nehmen wir uns alle selber glaube ich irgendwo, müssen wir uns ans Herz greifen, weil auch wir sind immer wieder Fördernehmer. Wer in einem Verein arbeitet, die Martina Pühringer schaut mich auch gerade an, weiß es, ich weiß es selbst aus dem Sportverein, aus Kulturvereinen, wir sind Fördernehmer des Landes Oberösterreich, und das geht quer durch. Und dort muss es auch ansetzen. Und das ist der Teil, den vorhin auch die Kollegin Orthner bereits angesprochen hat, dort können wir gesellschaftsverändernd mitwirken und nicht nur zu glauben, dass es einige Unternehmungen sein können oder von uns ausgelagerte Unternehmungen oder der Hoheitsbereich des Landes und der Gemeinden selbst, sondern das muss durchgreifen bis ins Kleinste hinein, denn dann traue ich mich zu behaupten, dass wir eine Möglichkeit haben, diese Dinge auch entsprechend hintanzustellen.

Ich freue mich auch darüber, dass es diese Antidiskriminierungsstelle gibt in zwei Hinsichten natürlich, einerseits, dass es Anlaufstelle ist für all jene, die mit einem entsprechenden Anliegen der Diskriminierung auch dort herantreten können, aber natürlich auf der anderen Seite, wo ich sage, es braucht Bewusstseinsbildung, das muss uns klar sein, noch sehr, sehr

viel Bewusstseinsbildung, was denn das bedeutet und in welche Richtung wir auch entsprechend gehen wollen.

Und einen Wunsch habe ich auch, weil wir erst vor kurzem, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl, den Gleichbehandlungsbericht von Ihnen auch vorgelegt bekommen haben. Ich möchte nicht, dass er so wenig beinhaltet wie dieser Gleichbehandlungsbericht und ich möchte, dass etwas sorgfältiger und korrekter damit umgegangen wird. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Wissen Sie eh, dass das die Gleichbehandlungsbeauftragte vorlegt und nicht der Landeshauptmann-Stellvertreter!") Aber Sie sind das zuständige Landesregierungsmitglied (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Aber sie ist weisungsfrei, Frau Kollegin!") und könnten in diese Richtung also durchaus etwas machen. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Sie macht den Bericht, nicht ich mache den Bericht. Sie legt ihn vor!") Und ich denke, dass wir, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich habe das also ein bisschen wirklich als ja etwas wenig empfunden, muss ich ehrlich sagen, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Das werden Sie der Gleichbehandlungsbeauftragten sagen, die ist völlig frei in ihrer Formulierung!") um hier entsprechend auch mitzunehmen und das möchte ich also auch in diesem Bericht haben, denn ich denke, das sind alles wirklich Themen, die gesellschaftspolitisch verändernd sind. Ich weiß es schon, dass es nicht immer lustig ist für jeden, und nicht von jedem diese Themen ernst genommen werden. Aber ich möchte doch, dass wir das in Zukunft tun, und jetzt haben wir auch dieses Gesetz dazu und entsprechend kann das auch umgesetzt werden.

Ich muss ehrlich sagen, wir waren gerne dabei und haben gerne mitgearbeitet und es war eine sehr konstruktive, manches Mal auch etwas kontroverielle Diskussion, aber es freut mich, dass wir hier an einem Strang ziehen können mit einer Ausnahme, dass uns die F heute da verlässt, tut mir wirklich persönlich sehr, sehr leid, weil es ist ein gutes Gesetz und wir haben hier eine gute Möglichkeit, wie ich schon gesagt habe, gesellschaftspolitisch etwas zu verändern. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist Herr Klubobmann Trübswasser.

**Abg. Trübswasser:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur kurz das ergänzen, was ich Vormittag schon gesagt habe, meine Freude zum Ausdruck gebracht habe, dass wir heute dieses Gesetz beschließen. Auf drei Dinge möchte ich dennoch hinweisen, was dieses Gesetz eigentlich sehr besonders macht, und ich möchte auch meinem Bedauern Ausdruck verleihen, dass die vierte politische Kraft in diesem Land dieses Gesetz trotz konstruktiver Mitarbeit, trotz Zustimmung nicht mitträgt. (Zwischenruf Abg. Moser: "Nicht Zustimmung, Mitarbeit!") Ich gehe davon aus, dass wir hören werden, dass es aus eher formalen Gründen ist und das nehme ich ja positiv zur Kenntnis, und nicht als Kritik an unserem Vorhaben insgesamt.

Die drei Dinge, die ich nur anführen möchte und die mir ein besonderes Anliegen sind, wir haben dieses Gesetz in Oberösterreich Antidiskriminierungsgesetz genannt, das was es ist. Ich finde im Bund ein bisschen verschämt, dass man es Gleichbehandlungsgesetz genannt hat, was natürlich in etwa dasselbe ausdrückt, aber dennoch, es geht um das, was es ist. Es geht um Benachteiligungen und um Diskriminierungen, die wir vermeiden wollen. Das zweite ist, ich habe teilweise gegen meine eigenen Kolleginnen und Kollegen in Wien und vor allem in Teilbereichen der Behindertenbewegung immer die Meinung vertreten, dass man Menschen mit Behinderungen nicht aus dem Antidiskriminierungsgesetz herausnehmen soll. Ich habe grundsätzlich Recht behalten deshalb, weil die Lebensbereiche dieselben sind wie für die Menschen, die nicht behindert sind. Und im Bundesgesetz hat man den anderen Weg

gewählt und die Menschen mit Behinderungen herausgenommen und ich halte es auch weiterhin nicht für richtig.

Was uns gelungen ist in Oberösterreich ist, dass, egal ob man auf Grund sexueller Orientierung, auf Grund der Hautfarbe, auf Grund einer Behinderung diskriminiert wird, es als dieselbe Menschenrechtsverletzung empfindet. Oder ob man als Frau zurückgestellt wird oder ob man als Mensch mit Behinderung keinen Job kriegt, weil man im Rollstuhl sitzt oder blind ist, nicht weil man nicht fähig ist, sondern auf Grund der Behinderung. Dieses Empfinden auch, diese Solidarität über verschiedene Zielgruppen hinaus war mir wichtig, ist mir immer noch wichtig und ich bin überzeugt davon, dass wir in Oberösterreich den richtigen Weg gegangen sind. Und das letzte, was ich sagen wollte, was glaube ich nicht unbeachtet bleiben soll, wir haben uns Zeit genommen zur Diskussion. Wir haben sehr breit diskutiert. Ich bin sehr oft angesprochen worden von den sogenannten Zielgruppen, die sehr interessiert sind. Ich habe gestern in einem Rundmail diese Zielgruppen bekannt gegeben, jetzt ist es so weit, morgen beschließen wir das Gesetz. Ich habe erst vorhin kurz in meine Mailbox geschaut, ich habe sehr viele Gratulationen bekommen. Es wird bemerkt, es wird von der Öffentlichkeit, nicht nur von einigen wenigen Betroffenen, sondern von der gesamten Öffentlichkeit bemerkt. Und das ist das Schöne daran, dass wir Politik machen, nämlich Politik nicht nur für die „wenigen, die unmittelbar betroffen sind“, sondern für eine Gesellschaft, von der alle profitieren.

Und zum Schluss möchte ich sagen, genau so wie die Integration von Menschen mit Behinderungen, oder Menschen anderer Herkunft, anderer Muttersprache, eine wichtige Aufgabe ist für die Betroffenen, so ist es mindestens eine gleich große Aufgabe für die Gruppe, in die sie hineinintegriert werden, um eine gemeinsame Gesellschaft in diesem Land zu bilden, die stabil ist, die keine Gegensätze kennt, und wo der Wettstreit auf einem Niveau stattfindet, wo alle davon profitieren. Deshalb danke ich allen, die mitgearbeitet haben, der Frau Präsidentin für die Vorsitzführung im Ausschuss, und allen Kolleginnen und Kollegen, die zugestimmt haben. Auch dir, Helga Moser, du hast ebenfalls, Ihr habt ebenfalls euren Beitrag geleistet. Dankeschön. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke Herr Klubobmann. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Moser. Bitte.

**Abg. Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörer auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte dem Kollegen Trübswasser, und das meine ich ganz ehrlich, gratulieren, dass er es geschafft hat, dass dieses Gesetz gekommen ist. (Beifall) ich habe es sehr genau gelesen in den Nachrichten, und wir haben ja schon einmal darüber gesprochen, wie frustriert er war, weil er gesagt hat, als ich vor vier Jahren mit der Forderung nach einem solchen Gesetz rausgegangen bin, hat das keinen interessiert. Ich verstehe es, darum stelle ich das an den Beginn meiner Ausführungen, weil du auch gesagt hast, ja, es tut dir leid, dass wir nicht mitgehen. Ich habe mich bemüht im Ausschuss, sachlich über Inhalte zu sprechen. Ich habe dort eingebracht, dass wir eigentlich die Verfassung haben, dass wir das Gleichbehandlungsgesetz haben, dass wir diese EU-Richtlinie übernehmen können. Es haben mir auch einige mit Kopfnicken signalisiert, ja, sie sind meiner Meinung. Was mich bei diesem Gesetz, nur jetzt einmal das erste, was nämlich noch ist, und das ist auch, was mich so wundert, Gerda, gute Zusammenarbeit dann so irgendwo gleichzustellen, konstruktives Mitarbeiten, nun ja, aber irgendwo bist ein Hascherl, weil jetzt darfst heute nicht zustimmen, so habe ich es zumindest empfunden. So läuft es nicht, ich glaube, man kann konstruktiv mitarbeiten, auch wenn man im Endeffekt der gesamten Materie nicht die Zustimmung gibt. Ich glaube, das sind zwei Dinge, und ich bemühe mich als Politikerin, das sehr wohl auseinander zu halten und nicht miteinander zu vermischen. Ich habe es zumindest so verstanden.

Du hast die Förderungen angesprochen. Wir wollen einen Förderungskatalog, ja, aber ich sage jetzt eines, dass der Förderungsgeber, und ich bin immer im Land davon ausgegangen, dass wir Beamte haben, die sehr wohl gerecht im Sinne des Gesetzes agieren. Dass ich jetzt jemanden brauche, der sagt, na Moment, aber weil es Antidiskriminierungsgesetz gibt, kann ich, wenn ich um eine Förderung ansuche, muss ich aufpassen, weil vielleicht diskriminiere ich den. Ich sehe den Zusammenhang nicht. Und ich habe es gesagt im Unterausschuss, ich habe gesagt, dass wir eigentlich keine Notwendigkeit eines eigenen Gesetzes sehen. Wir stehen zur oberösterreichischen Verfassung, und wir haben die Antidiskriminierung in der Verfassung verankert. Und ich würde mir wünschen, und es klingt vielleicht böse, aber ich meine es nicht so, dass man auch andere Signale oft durch ein Gesetz setzt. Es gebe viele Signale zu setzen. Wollen wir das in Zukunft? Dann müssen wir aber auch unsere legislative Situation ändern. Wenn wir Signale über Gesetze setzen wollen, dann gehen wir in Überzeugungen, in Ideologien, in Vorstellungen. Ich glaube aber, dass unsere Aufgabe ist, Grundlagen zu erarbeiten, und Grundlagen zu schaffen.

Ich habe auch im Ausschuss einen Aspekt dahingehend eingebracht, dass ich mir überlege, wie gehen unseren Beamten mit diesem Gesetz um? Nämlich wirklich jetzt mit der Beweislastumkehr. Einerseits weiß ich, und da hat er sicher wesentlich mehr Kompetenz, vom Kollagen Trübwasser her, der sagt, nun ja, aus Wien wissen wir, und darum haben wir ja da auch den Zeitraum der Bestellung dann geändert, dass nicht recht viel kommt, aber jeder Beamte muss sich überlegen, wenn er mit einem Klienten, sage ich, in einem Raum ist, was tut er, was sagt er, was eventuell missverstanden werden kann. Und das ist für uns der Punkt, wo ich sage, ich als Beamter muss mich dann rechtfertigen, und muss den Beweis erbringen, dass ich jemanden anderen nicht diskriminiert habe. Na, wie laufen denn diese Verhandlungen dann ab, wenn ich zu einem Beamten gehe mit der Beweislastumkehr. Das heißt, es wird ein Knackpunkt, und das sind Punkte, die wir immer wieder angesprochen haben. Wir wissen, dass es ein EU-Recht ist, wir wissen, dass es natürlich auch auf Bundesebene umgesetzt worden ist, aber wir meinen einfach, dass hierbei ein überschießender Geltungsbereich geschaffen wurde. Daher sagen wir Freiheitlichen, nein zu jeder Diskriminierung, wie lehnen sie genau so ab, wie alle anderen hier im Landtag vertretenen Parteien, wir sagen aber auch nein zu dieser Gesetzesvorlage, weil wir meinen, dass sie nicht notwendig wäre. Und wenn ich mir als Schluss nur noch anschau, die Homepage ausgedruckt von den Grünen, wo auch steht, bereits nach geltender Rechtslage besteht sowohl für den Bund als auch für den Landesbereich ein umfassendes Diskriminierungsverbot, dann frage ich, wozu brauchen wir das neue Gesetz? Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Bitte Frau Abgeordnete Mag. Chansri.

**Abg. Mag. Chansri:** Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich freue mich, dass wir heute das, ich würde auch sagen, das fortschrittlichste Antidiskriminierungsgesetz beschließen können. Und ich denke mir, Frau Kollegin Moser, es ist deshalb so fortschrittlich, weil wir klar in einem Gesetz bekennen, dass wir nicht nur dem geförderten Bereich als Land Österreich jegliche Diskriminierung wirklich verbieten, sondern dass wir zusätzlich auch alle privaten Einrichtungen mit einbeziehen, die Förderungen vom Land Oberösterreich bekommen, und dass wir gleichzeitig uns dazu bekennen, dass, wenn in diesen Bereichen jegliche Art von Diskriminierung passiert, dass es in diesem Bereich keine zukünftigen Förderungen mehr geben wird. (Zwischenruf Abg. Moser: „Wenn ich es weiß!“) Aber es ist einmal ein klares Bekenntnis, und ich denke mir, dass ist sehr wichtig. Ich freue mich auch sehr, dass unsere Anregungen seitens der SPÖ berücksichtigt worden sind, näm

lich als wesentliche Grundlage das bereits bestehende Wiener Antidiskriminierungsgesetz als Grundlage zu nehmen.

Und als Vorstandsmitglied vom Verein migrare möchte ich mich auch noch im Namen des Vereins bedanken, dass wir zukünftig vorsehen, dass die Antidiskriminierungsstelle laufend in Kontakt mit bereits erfahrenen NGOs, in Austausch sein muss, Kommunikation üben muss, weil ich denke mir, es ist sehr wichtig, dass man auf bereits stehende Strukturen und Erfahrungen zurückgreift. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Frau Abgeordnete Schwarz bitte.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausführungen von Helga Moser haben mich nur verleitet, noch einmal herauszukommen, auch zum Antidiskriminierungsgesetz kurz ein paar Erklärungen zu geben. Was es für mich auch heißt, und wie wichtig das es ist, gerade im Bereich von behinderten Menschen. Es geht nicht um eine Beweisumkehr, dass die einen Beamtinnen und Beamten jetzt plötzlich in die Mangel genommen werden, sondern es geht um die Beweiserleichterungen, es geht einfach um eine Beweislasterleichterung. Wir, oder diskriminierte Menschen müssen nach wie vor glaubhaft machen, und fundiert glaubhaft machen, dass sie diskriminiert werden. Und ich glaube, es geht wirklich uns alle an, dass auch die Gegenseite wirklich glaubhaft macht, dass sie nicht vorsätzlich diskriminiert hat. Und ich glaube, um genau das geht es, es geht um eine Erleichterung, damit nicht immer nur die betroffene Seite für alles einsetzen muss, sondern auch die Gegenseite fundierte Argumente bringen muss.

Und das zweite, warum wir trotz einer Staatszielbestimmung ein Gesetz dazu brauchen, glaube ich, ist uns auch allen klar, in diesem Gesetz werden ja nicht nur das, wen wir nicht diskriminieren geregelt, sondern auch welche Folgen hat eine Diskriminierung, wie schaut es da mit den Konsequenzen aus, und ich glaube, das ist wichtig. Und ich bitte alle hier das zu unterstützen, und ich freue mich, dass bei drei Parteien die Einigung da ist. Dieses Antidiskriminierungsgesetz, was ja wirklich Vorreiter ist, also ich war vorige Woche in Wien bei einer Diskussion, und da ist Oberösterreich wieder hervorgehoben worden, dass wir das erste Bundesland in Österreich sein werden, das die EU-Richtlinie umsetzt, und hier ein Antidiskriminierungsgesetz vorlegt, das auch den Namen wirklich verdient, und Konsequenzen drinnen verankert sind, und auch Rechtsschritte klargelegt sind. Ein Verbandsklagerecht, das nicht nur der Form halber ist, sondern wirklich aktiv angegangen werden kann. Ich glaube, darauf können wir stolz sein, und ich bedanke mich bei all denjenigen, die im Unterausschuss so konstruktiv gearbeitet haben, auch bei der Helga, weil ich weiß, dass sie viele Dinge eingebracht hat, und es tut mir wirklich leid, dass sie hier von der Partei her nicht mitstimmen können. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht mehr. Dann schließe ich die Wechselrede, lasse abstimmen, und bitte Sie, wenn Sie dem Antrag zur Beilage 453/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit, auf jeden Fall mit Zweidrittelmehrheit, denn das Gesetz hat eine Verfassungsbestimmung, angenommen worden ist.

Wir kommen zur Beilage 463/2005, das ist der Geschäftsantrag betreffend eine Fristsetzung zur Beilage 123/2004. Das ist der Initiativantrag betreffend eine Starthilfe für die erste eigene Wohnung. Ich bitte den Herrn Klubobmann Mag. Steinkellner zu berichten.



Abg. **Mag. Steinkellner:** Beilage 463/2005, das ist der Geschäftsantrag betreffend eine Fristsetzung zur Beilage 123/2004. Das ist der Initiativantrag betreffend eine Starthilfe für die erste eigene Wohnung. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 463/2005.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Der Oö. Landtag setzt dem Sozialausschuss zur Vorlage eines Ausschussberichts zur Beilage 123/2004 - Initiativantrag betreffend eine Starthilfe für die erste eigene Wohnung - eine Frist bis zum 7. April 2005.

**Erste Präsidentin:** Danke. Ich eröffne darüber die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich lasse abstimmen, und bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 463/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Dieser Antrag ist abgelehnt worden.

Wir kommen zur Beilage 473/2005, das ist der Geschäftsantrag betreffend eine Fristsetzung zur Beilage 456/2005, den Initiativantrag betreffend die Errichtung einer Hochschule für Pädagogische Berufe unter Trägerschaft des Bundes in Linz. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Hirz darüber zu berichten.

Abg. **Hirz:** Beilage 473/2005, das ist der Geschäftsantrag betreffend eine Fristsetzung zur Beilage 456/2005, den Initiativantrag betreffend die Errichtung einer Hochschule für Pädagogische Berufe unter Trägerschaft des Bundes in Linz. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 473/2005)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Der Oö. Landtag setzte dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorlage eines Ausschussberichtes zur Beilage 456/2005, ein Initiativantrag betreffend Errichtung einer Hochschule für Pädagogische Berufe unter Trägerschaft des Bundes in Linz gemäß § 26 Absatz 4 LGO eine Frist bis zum 11. Mai 2005.

**Erste Präsidentin:** Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, ich lasse über den Antrag zur Beilage 473/2005 abstimmen. Wenn Sie ihm zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Ich teile Ihnen mit, dass im Verlauf der heutigen Sitzung eine Reihe von Anträgen eingelangt sind. Beilage 465/2005, Initiativantrag betreffend den Beschluss einer Resolution für einen Effizienzvergleich der Oö. Bezirkshauptmannschaften und Magistrate. Beilage 469/2005, Initiativantrag betreffend die Verordnungen der Landesregierung. Beilage 470/2005, Initiativantrag betreffend den Einbau von Fahrtenschreibern in die Dienstkraftwagen. Beilage 471/2005, Initiativantrag betreffend Gemeinsame Erklärung anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen vor 60 Jahren. Beilage 472/2005, Initiativantrag betreffend die umgehende Weiterleitung dringlicher Anträge durch die Landesregierung. Diese Beilagen erhält der Ausschuss für Verwaltung und Verfassung zur Vorberatung. Beilage 468/2005, Initiativantrag betreffend eine Quote für die Niederlassung von Ausländern. Diese Beilage erhält der Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung. Beilage 466/2005, Initiativantrag betreffend den Beschluss einer Resolution für einen Verwaltungskostenvergleich innerhalb der Oö. Gemeinden. Beilage 467/2005, Initiativantrag betreffend den Beschluss einer Resolution für eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit des Oö. Landtages. Diese Beilagen erhält der Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zur Bearbeitung. Beilage 464/2005, Initiativantrag betreffend die Einkommensgrenzen der Lan

desförderungen. Dem Ausschuss für Finanzen habe ich das zugewiesen. Beilage 474/2005, Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Krankenanstaltengesetz 1997 geändert wird (Oö. KAG-Novelle 2005). Diese Beilage wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Weiters teile ich Ihnen mit, dass von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion ein Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission eingelangt ist. Wir haben Ihnen diesen Antrag als Beilage 461/2005 auf Ihren Plätzen aufgelegt. Gemäß § 49a Absatz 2 der Landtagsgeschäftsordnung können der Abgeordnete, der den Antrag an erster Stelle unterzeichnet hat, sowie anschließend je ein Abgeordneter der Fraktion, der der Redner nicht angehört, Stellung nehmen, wobei die Redezeit pro Redner oder Rednerin mit fünf Minuten beschränkt ist. Ich erteile dem Herrn Klubobmann Mag. Steinkellner als Erstunterzeichner des Antrags das Wort. Bitte.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Freiheitlichen beantragen die Einsetzung einer Untersuchungskommission. Die härteste Kontrollmöglichkeit, die wir in unserer Landtagsgeschäftsordnung vorsehen setzen wir dann ein, wenn es um Menschenleben, um menschliche Gesundheit und besonders gravierende Missstände geht. Zur Untersuchung der möglichen Missstände im Landeskrankenhaus Vöcklabruck ist vom Oö. Landtag eine Untersuchungskommission nach den Bestimmungen des § 49a Landtagsgeschäftsordnung einzusetzen. Aufgabe dieser Kommission ist die Untersuchung, ob dem Landeskrankenhaus Vöcklabruck genügend Personal zur Behandlung der Patienten zur Verfügung steht, ob und aus welchen Gründen Patienten zu Schaden kamen und ob andere, eventuell organisatorische Mängel gegeben waren.

22. Februar dieses Jahres, Primar am LKH Vöcklabruck, Patienten wurden verpfuscht. Ein Brief eines Primararztes gelangt an die Öffentlichkeit, der gravierende Mängel im neuen Landeskrankenhaus Vöcklabruck aufzeigt.

Wie geht es weiter? 23. Februar, Neue Kronenzeitung, kritischer Primar unter Beschuss. Das heißt offensichtlich sofort jener, der sich mit einem Brief als Hilfeschrei formuliert, wird Selbstdruck ausgeübt.

Und ich zitiere aus dem Kommentar von Werner Penninger in den Oberösterreichischen Nachrichten, dass dieses Vorgehen, das ist genau jenes Vorgehen, mit dem man kein Vertrauen schafft. Was auch immer herauskommt, dank dieses unprofessionellen Vorgehens der gespag, Motto: „Die Nachricht ist schlecht, tötet den Boten“ bleibt jedenfalls der Geruch, dass hier etwas vertuscht und schöngefärbt werden soll. Da sind wir gefordert, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir nichts, was Gesundheit betrifft, vertuschen, sondern restlos aufklären. Und wenn Akutfälle warten müssen, so wie es am 24. Februar berichtet wird, dann sind wir gefordert. Wenn am 25. Februar in den Salzburger Nachrichten geschrieben steht: Operationssäle stehen leer, obwohl Patienten auf ihre Operation warten. Und am 26. noch einmal in der Sonntagsrundschau: Simma-Brief war ein Aufschrei um Hilfe, weil das Personal im Krankenhaus Vöcklabruck nicht ausreicht. Neue Kronenzeitung 1. März: Öffentlicher Hilferuf aus Vöcklabrucker Spital. Dann sollten wir, wenn wir das alles gelesen haben und ich gehe davon aus, dass bei derartigen Vorfällen die Abgeordneten dieses Hauses sich die Angelegenheit wirklich genau anschauen, dann sollten wir diesen Hilferuf auch wahrnehmen und dann sollten wir über die Probleme, die aufgrund der Personalnöte in Vöcklabruck entstanden sind, wo Menschen zu Schaden gekommen sind, ernsthaft in der Kontrollausschusssitzung diskutieren und eine Untersuchungskommission mit diesem Inhalt beschließen.

Als wir nach Freistadt, nach stundenlanger ja tagelanger Arbeit, einen sehr guten Bericht gemeinsam formulierten, es ging an die Substanz von allen, die dort mitarbeiteten, wurde unter anderem beschlossen, dass die Spitäler, die gespag ausgelagert wird. Man wollte die politische Verantwortung im Gesundheitsbereich, im operativen Bereich weghaben, damit klar die Kompetenzen getrennt werden. In der Zwischenzeit sind im Aufsichtsrat vier Aufsichtsräte, die natürlich in der Politik stark verankert sind., Klubobmann Fraiss, Dr. Walter Aichinger, Johann Mayr aus Linz und Klubobmann Trübswasser. Wenn das eine Entpolitisierung des gesundheitlichen Bereiches ist, dann sage ich, dann ist das die falsche Auswahl der Personen im Aufsichtsrat.

Und wenn dann Kollege Trübswasser meint, es reicht, wenn er als Aufsichtsrat Auskünfte dann einholt bei der morgigen Sitzung, dann sage ich dir eines, du bist als Aufsichtsrat unter anderem ja auch zuständig und mitverantwortlich dafür, wie die Personalstruktur in den oberösterreichischen Krankenhäusern aussieht. Auch ein Aufsichtsrat hat eine Verantwortung, die gesetzlich genau definiert ist. Und genau alle, die aus der Politik das Wagnis auch eingehen, Rechte und Pflichten zu übernehmen im Aufsichtsrat, tragen auch dafür Verantwortung, dass alles klappt. Um das zu kontrollieren, braucht es eine Untersuchungskommission und ich bitte Sie, diese Vorwürfe, diesen Hilferuf des Primararztes zu hören und einer Untersuchungskommission zuzustimmen. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Klubobmann Trübswasser.

**Abg. Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus! Selbstverständlich, Günther Steinkellner, ist die Verantwortung, die Kontrolle, beim Aufsichtsrat und selbstverständlich nimmt der Aufsichtsrat diese Kontrollpflicht wahr. Was mich bei der Diskussion etwas wundert, ist, dass die Gesetzgebung, die Ausgliederung der gespag oder das Entstehen der gespag natürlich auch nicht ganz ohne Zutun der Freiheitlichen stattgefunden hat und so wie die Konstruktion ist, heute durchaus auch unter Mitwirkung der Freiheitlichen in diesem Land geschehen ist. Da muss man ja dazusagen, dass das nicht eine Erfindung der Grünen oder der schwarz-grünen Koalition ist.

Ich glaube die Konstruktion ist richtig. Der Unterschied zu Freistadt ist klar. Freistadt war in der Verantwortung der Landesregierung, als Aufsichtsorgan der Landtag. Und jetzt haben wir eine Gesellschaft, eine Aktiengesellschaft, die einen Aufsichtsrat hat, der diese Aufsichtspflicht wahrnimmt. Und genau dort ist diese Aufsichtspflicht angesiedelt und dort wird sie auch wahrgenommen. Was meine Wortmeldungen betroffen haben, bis zum heutigen Tag, so waren es weder eine Vorverurteilung von bestimmten Personen, sondern haben klar die Meinung wiedergegeben, dass wir als Aufsichtsräte aber auch als Politiker des Landes Oberösterreich nachsehen müssen, wo es strukturelle Mängel gibt. Für persönliches Fehlverhalten gibt es Verantwortungen, da werden die Menschen zur Rechenschaft gezogen werden, ob es jetzt Ärzte sind oder Pflegeverantwortliche oder Vorstände. Wir werden uns das ansehen.

Aber, Günther Steinkellner, wir werden sicher nicht zustimmen der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, wenn nicht in aller Kürze, in der Kürze der Zeit, die Kontrollinstrumente, die vorhanden sind, wie sanitäre Aufsicht, wurde bereits eingesetzt, medizinische Kontrolle, dann noch zusätzlich die Patientenvertretung und dann der Aufsichtsrat ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Das sind die Organe, die derzeit tätig sind, als letztes der Aufsichtsrat am kommenden Freitag in aller Kürze der Zeit. Ich meine, das ist ja erst wenige Tage her, dass dieser Missstand, dieser mögliche Missstand bekannt geworden ist. Und wir

werden uns damit auseinandersetzen. Was ich nicht will, ist, dass auf der einen Seite diese Vorkommnisse in Vöcklabruck, und das habe ich heute hier schon einmal gesagt, nein, das war bei der Fragestellung an die Frau Landesrätin Stöger, was ich nicht will, ist, dass man aus dieser Situation billiges politisches Kleingeld schlägt, sondern die Sache ist ernst, sie wird dort gelöst, wo sie in jedem Unternehmen hingehört. Zuerst ist der Vorstand gefragt, der Vorstand hat Rede und Antwort zu stehen dem Aufsichtsrat und der Aufsichtsrat muss seiner Pflicht nachkommen. So wird es geschehen und wenn gravierende Mängel festzustellen sind, die auf diesen Ebenen nicht zu lösen sind, dann wird es selbstverständlich einen Untersuchungsausschuss oder eine Untersuchungskommission geben. Dagegen wird niemand etwas einzuwenden haben. Ich bin für Transparenz. Ich bin dagegen, dass man diese Vorkommnisse mit einer aktuellen Spitalsreform in Verbindung bringt. Das schadet nicht nur dem Spital in Vöcklabruck, nicht nur der Gespag als Unternehmen, das schadet natürlich auch der Spitalsreform, die in Diskredit kommt bevor sie überhaupt noch stattfindet, bevor es überhaupt noch ein Ergebnis gibt.

Und was mich positiv gestimmt hat von den Regionalkonferenzen und hier war ja das Salzkammergut ein besonderes Beispiel, da waren sich alle einig, was dort geschehen muss. Die Entscheidungen mit Buchberg und Gmundnerberg sind bereits vorher gefallen. Da ist eigentlich alles klar am Tisch gelegen und alle haben zugestimmt. Ich möchte nicht, dass man diesen Vorfall in Verbindung bringt mit einer notwendigen Reform. Und die Zeichen, dass wir zum Konsens kommen, auch in der Reform, die sind positiv. Und deswegen machen wir unsere Arbeit, aber machen wir uns nicht gegenseitig Vorwürfe auf einer Ebene, die nicht nur dem System, sondern auch dem Unternehmen Gespag schadet. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Aichinger.

**Abg. Dr. Aichinger:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Die Untersuchungskommission - manche von Ihnen können sich vorstellen, dass der boshafte und nachtragende Teil meines Ichs durchaus die Chance gerne sehen würde, einmal am anderen Ende des Tisches zu sitzen. Es wäre sicherlich eine neue Erfahrung. (Zwischenruf Abg. Schenner: „So lästig war ja die Untersuchungskommission gar nicht!“) Nein, nein, aber es wäre durchaus etwas Interessantes - die Untersuchungskommission ist sicherlich eines der wichtigsten und gewichtigsten Instrumente in unserer parlamentarischen Tätigkeit, aber es ist auch klar, dass es ein politisches Instrument ist, ein politisches Instrument, das politische Verantwortung zu kontrollieren und zu hinterfragen hat. Und wir sollten nicht so tun, als hätten wir im Landtag mit diesem Instrument eine Generalzuständigkeit für quasi alle Zustände und alle Lebensbereiche. Es ist ein Faktum, dass der Gesundheitsbereich eine ungeheure Rechtstiefe und eine Regelungsbreite hat wie kein anderer gesellschaftlicher Bereich. Und daher gibt es da auch sehr, sehr viele Kontrolleinrichtungen, Kontrollinstanzen, von der Verantwortung des OP-Managements, von der Verantwortung der kollegialen Führung, die sanitäre Aufsicht, die Patientenvertretung, die innere Revision, der Gespag-Aufsichtsrat, ordentliche Gerichte, alles sind Kontrollinstanzen. Und da glauben wir, wenn wir eine Untersuchungskommission noch darüber setzen, dann tun wir der Sache etwas Gutes. Ich bin im Gegenteil der Meinung, dass es wieder zu dem käme was eigentlich damals bei Freistadt auch passiert ist, nämlich eine permanente Vorverurteilung zum Schaden der an der ganzen Sache Beteiligten, zum Schaden letztendlich auch des Gesundheitssystems und unserer Häuser.

Wir werden am 31. März im Kontrollausschuss über die vorgelegten Berichte diskutieren können. Bis zu diesem Zeitpunkt sind alle diese Untersuchungen abgeschlossen. Ich denke, dass es dort möglich wird, auch eine inhaltliche und korrekte Diskussion zu führen und wir

werden uns dann entscheiden, ob eine Untersuchungskommission in diesem Fall tatsächlich auch Sinn macht. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist Herr Klubobmann Dr. Frais.

Abg. **Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, mir ist es nicht anders gegangen als vielen hier herinnen. Die Informationen erfolgten über Zeitungsberichte, über das was an Kommentaren drinnen gestanden ist und was dann zusätzlich an politischen Kommentaren so mehr oder weniger mit Schnellschuss auch dazu abgegeben worden ist. Ich war nicht besonders erfreut darüber, weil ich der Meinung bin, dass man in solchen, tatsächlich sehr sensiblen Bereichen zunächst einmal die richtigen Maßnahmen treffen und setzen sollte. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: „Das Ergebnis ist mit der ÖVP beschlossen worden!“ Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Das müsstest du deinem Parteiobmann auch sagen!") Ich darf dazusagen Günther, nein Gunter, jetzt erspare mir bitte dein Verhalten zu kommentieren. (Zwischenruf Mitte: Was?) Nein, Gunter habe ich gesagt. Weil er sagt, mein Parteivorsitzender, dann muss ich dir sagen, du wirst auch noch ein bisschen lernen müssen, wie sich ein Aufsichtsrat verhält. Denn das ist etwas anderes als eine Untersuchungskommission.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mit dem Kollegen Mittendorfer aufgrund meiner stellvertretenden Position sofort ein Gespräch von Südtirol aus geführt, wir haben den Termin vereinbart für die Aufsichtsratssitzung. Ich glaube, dass es notwendig und sehr sinnvoll war, zwei Kommissionen einzuberufen, sanitäre Aufsicht eine Kommission zur Kontrolle und die hausinterne Kommission aus Experten, die sich mit diesen Dingen beschäftigt. Und ich glaube, dass es richtig ist, dass dann am Freitag, also morgen, eine quasi Erstinformation auch dort im Sinne des Aufsichtsrates erfolgt, dass im Kontrollausschuss eine weitere Information dann für die Mitglieder des Kontrollausschusses erfolgen wird und dass dann der Kontrollausschuss erstmals überhaupt ein Gremium ist, das darüber befindet, ob die Angemessenheit eines Untersuchungsausschusses vorliegt oder nicht vorliegt. Das ist die heutige Situation. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Ich glaube, wir sollten in einer sehr vernünftigen, angemessenen und auch letztendlich den Ergebnissen angepassten Form vorgehen. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Unserer Geschäftsordnung entsprechend stimmen wir über diesen Antrag ja heute nicht ab, sondern ich weise ihn dem Kontrollausschuss zur weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zu. Damit ist das Ende der Tagesordnung gekommen. Ich schließe die Sitzung.

(Ende der Sitzung: 17.14 Uhr)